

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Der 22. Juni und „Der heilige Krieg“

Wer am 8. und 9. Mai an einem der drei großen sowjetischen Ehrenmale in Berlin – im Treptower Park, in Tiergarten oder in Schönholz – der Befreier und Sieger der Roten Armee gedenken wollte, mußte durch Polizeikontrollen, teilweise mit Leibesvisitationen. Im Tiergarten erlebte ich, wie eine ältere russische Frau, die das Bild eines Rotarmisten im A5-Format mit sich trug, zurückgewiesen wurde: Abbildungen sowjetischer Uniformen waren laut der „Allgemeinverfügung“ der Berliner Polizei, die vom 8. Mai 6 Uhr bis zum 9. Mai 22 Uhr galt, im Umfeld der Ehrenmale verboten. Das war schon im vergangenen Jahr so – diesmal hatten sich die amtlichen Tüftler antirussischer Schikanen zusätzlich ausgedacht: „Das Abspielen und Singen russischer Marsch- bzw. Militärlieder, (insbesondere aller Varianten des Liedes ‚Der heilige Krieg‘, Swjaschtschennaja woina), ... sind untersagt.“

Der Text des Liedes von Wassili Lebedew-Kumatsch erschien am 24. Juni 1941 in der „Iswestija“, zwei Tage später hatte es Alexander Alexandrow vertont. Am Belorussischen Bahnhof in Moskau, wo Freiwillige an die Front verabschiedet wurden, erlebte es seine Uraufführung. Die deutsche Fassung von Stephan Hermlin sang Ernst Busch, sie war in der DDR auf Schallplatten verbreitet. Die erste Strophe und der Refrain lauten: „Steh auf, steh auf, du Riesenland! / Heraus zur großen Schlacht! / Den Nazihorden Widerstand! / Tod der Faschistenmacht! / Es breche über sie der Zorn / wie finstre Flut herein. / Das soll der Krieg des Volkes, / der Krieg der Menschheit sein.“

Wer diesen antifaschistischen Text und die Melodie, die Flaggen und Symbole der Sieger von 1945 verbietet, weiß, was er macht und auf welche Seite er sich stellt. Auf die Seite derjenigen, die aus Osteuropa eine Kolonie bis zum Ural machen und die Bevölkerung der Sowjetunion ermorden oder als Arbeitssklaven ausbeuten wollten. Die Berliner „Allgemeinverfügung“, die so selbst in den meisten westdeutschen Städten undenkbar, in Ostdeutschland außerhalb Berlins für große Teile der Bevölkerung eine Schandung wäre, ist Ausdruck der Bereitschaft in der deutschen herrschenden Klasse, das 1945 Gescheiterte zu wiederholen. In fünf bis sechs Jahren, lügen Minister und Generäle regelmäßig, sei mit einem Angriff Rußlands auf einen NATO-Staat zu rechnen. Dem Ziel, Bundeswehr

und Gesellschaft „kriegstüchtig“ zu machen, ordnet die Bundesregierung alles unter. Eine mäßige Stimme wie die des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich wird von den Bürgermedien, die den Krieg wie stets schon führen, bevor er offiziell begonnen hat, niedergebrüllt.



Ernst Busch singt (Plattencover 1967)

Nein, die Bundesrepublik ist kein faschistischer Staat, sie verfolgt lediglich die gleichen Ziele, die der deutsche Imperialismus 1914 mit Hilfe der kaiserlichen Armee (und der SPD) und ab 1933 mit Hilfe des Faschismus und der Wehrmacht erreichen wollte: Die Zerschlagung des größten Landes der Erde zum gleichen Zweck ließen die USA nach 1945 das deutsche Monopolkapital in Westdeutschland wiederauferstehen, wurden die BRD 1949 und die Bundeswehr 1955 gegründet. Die DDR war der Riegel, der eine Wiederholung des 22. Juni 1941, des Überfalls auf die Sowjetunion, mit verhinderte. Das Ende der DDR bedeutete die Wiederkehr der alten Pläne. Hinzu kam: Ukrainische Nationalisten, Faschisten und sogenannte Liberale stellten seit 1991 ihr Land für den Aufmarsch der NATO gegen Rußland bereit. Bereits 2003 beteiligte sich die Ukraine an der „Koalition der Willigen“, die unter Führung der USA völkerrechtswidrig in den Irak einfiel. 2006 hatte Kiew dort noch 1650 Soldaten stationiert

– das sechstgrößte Kontingent. Der Putsch von 2014 ermunterte die von den USA und der NATO ausgehaltene Regierungsclique in Kiew, Rußland sogar mit der Stationierung von Atomwaffen zu drohen.

Der Westen und die deutsche Bundesregierung haben dieses Angebot nicht nur angenommen, sie führen den Ukrainekrieg längst direkt gegen Rußland, auch mit eigenen Truppenteilen, nutzen aber vor allem ukrainische Soldaten als Kanonenfutter. Sie riskieren bewußt erneut einen Weltkrieg, der diesmal das Ende der Menschheit bedeuten würde.

In der BRD und speziell ihrer Hauptstadt heißt das für die Herrschenden: Alles zu tun, um den 22. Juni 1941, um 27 Millionen tote Sowjetbürger, um den 8. und den 9. Mai 1945 aus dem Gedächtnis zu streichen. Das hatte schon in der alten BRD funktioniert. Sie werden auch diesmal nur durch militärische Macht zum Frieden zu zwingen sein.

Arnold Schölzel

### Aus dem Inhalt



Plant die NATO einen offenen Krieg gegen Rußland?	2
„Schießen sich USA und NATO-Staaten ins eigene Knie“	4
Ukraine-NATO-Rußland-Krieg geht weiter	6
Wunderwaffen für die Ukraine?	8
EU reaktionär und militaristisch	10
Europa auf dem Weg nach rechts	11
Kampf der Götter	12
Über den dritten deutschen Einmarsch in Litauen	15
„Das Lied der Murmeln“	16
Geistige Kriegsvorbereitung	17
Verordnete Desinformation?	18
China kann nicht mehr übergangen werden	20
Die indischen Sepoy und die Hamas	22
Kuba braucht unsere Solidarität	25
Philippinen – bald die Ukraine Asiens?	26
Zum 80. Jahrestag des D-Days	28
RF-Interview mit Tobias Bank, früherer Bundesgeschäftsführer der PDL	30
Dr. Alexander King: Die EU-Wahlen und das BSW	31
Ausladung: Erklärung des russischen Außenministeriums	32
Contra Hitler an der Saar	33
Brüsseler und Berner Konferenz (WWA)	34

# Plant die NATO einen offenen Krieg gegen Rußland?

Der Chef des russischen Sicherheitsrates, **Nikolai Patruschew**, gab einer russischen Zeitung aus Anlaß des 75. Geburtstages der NATO ein Interview, in dem er die russische Sicht auf die NATO dargelegte.

*Die Staatsoberhäupter der NATO-Mitgliedsstaaten planen, den Jahrestag im Juli während des Washingtoner Gipfels des Bündnisses zu feiern. Aber im Rest der Welt werden viele nicht feiern, denn in ihren Augen hat sich diese Organisation einen Ruf als Hauptaggressor der Welt erworben. Sind Sie damit einverstanden?*

Der Jahrestag der Gründung der NATO fiel praktisch mit dem 25. Jahrestag der groß angelegten Bombardierung Jugoslawiens zusammen, als die Flugzeuge der Nordatlantischen Allianz unter dem Deckmantel der „Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie“ unbewaffnete Menschen gnadenlos massakrierten. Bei den Bombardierungen wurden mehr als 2500 Menschen getötet und mehr als 12 000 Zivilisten verletzt. Die genaue Zahl der Todesopfer der Operation steht noch nicht fest. Der Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran führte zu einer Verseuchung des Bodens und einem mehrfachen Anstieg von Krebserkrankungen in der Bevölkerung, die auch ein Vierteljahrhundert nach der NATO-Aggression noch immer Menschen tötet. Die NATO hat in den 75 Jahren ihres Bestehens mehr als 20 größere militärische Operationen durchgeführt. Darüber hinaus haben sich einzelne Länder des Bündnisses wiederholt an Militärkoalitionen außerhalb des Blocks beteiligt, die von den USA gebildet wurden, um ihre globalen Ambitionen in verschiedenen Regionen der Welt zu befriedigen – in Vietnam, Irak, Libyen, Afghanistan und Dutzenden anderer bewaffneter Konflikte. (...)

*Nach dem Text des Nordatlantikvertrags ist das Bündnis nicht nur ein militärisches, sondern auch ein politisches Bündnis. Wie sehen Sie das?*

Als Instrument Washingtons wird der Block verstärkt zur Führung „hybrider Kriege“ eingesetzt. Seine Mitglieder befolgen gehorsam die Anweisungen zur Verhängung von Wirtschaftsanktionen, zum „Einfrieren“ von Finanzmitteln, zur Durchführung von nachrichtendienstlichen Aktivitäten, psychologischen Operationen und Cyberangriffen in Staaten, die die nicht mit der Politik der Angelsachsen einverstanden sind. Dabei schreckt das Bündnis auch nicht davor zurück, Terrororganisationen für seine Interessen einzusetzen.

Das Schüren von Russophobie, die Einschüchterung der eigenen Bürger durch die imaginäre „russische Bedrohung“, ist zum wichtigsten Bestandteil der Politik der europäischen Regierungen geworden, die auf diese Weise versuchen, die Aufmerksamkeit der Menschen von den wachsenden innenpolitischen und wirtschaftlichen Problemen abzulenken. Darüber hinaus wird die Russophobie von Washington und London genutzt, um andere NATO-Länder durch wirtschaftliche Verpflichtungen fest an sich zu binden. Die USA profitieren davon, indem sie die Kapazitäten des militärisch-industriellen Komplexes ausbauen und ihren Verbündeten die Bedingungen für den Kauf ganz bestimmter Arten von Waffen und Uniformen von ihren Herstellern diktieren. Die Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedstaaten sind

in diesem Jahr auf 50 Prozent der weltweiten Gesamtausgaben gestiegen. Der Haushalt des Bündnisses ist das neunte Jahr in Folge gewachsen und wird im Jahr 2023 mehr als 1,1 Billionen Dollar erreichen. (...)

*Es ist bekannt, daß ursprünglich zwölf Länder Europas und Nordamerikas der NATO beigetreten sind, um dem Einfluß ihres vorherigen Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition, der Sowjetunion, entgegenzuwirken ...*



**Nikolai Patruschew (2019)**

Es wird behauptet, das Bündnis sei gegründet worden, um den „aggressiven Bestrebungen“ des Warschauer Paktes entgegenzuwirken. Dabei verschweigen sie, daß der Warschauer Vertrag am 14. Mai 1955 unterzeichnet wurde, also sechs Jahre nach der Gründung der NATO. Es sei daran erinnert, daß dank der Gründung des Warschauer Paktes viele Jahre lang ein militärisches Gleichgewicht und Frieden in Europa herrschten. Bis zum Ende des Kalten Krieges wuchs die NATO um nur vier Mitglieder. Nach dem Ende der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes durchlief die NATO mehrere Erweiterungswellen, vor allem durch die Aufnahme ehemaliger europäischer Verbündeter der UdSSR. Heute umfaßt die NATO 32 Staaten mit insgesamt etwa vier Millionen Soldaten in den Streitkräften. Weitere fünf Staaten nehmen an den Programmen zur Erweiterung der NATO-Partnerschaft teil.

*Der NATO-Block schien nach dem Ende des europäischen Sozialismus den Sinn seiner Existenz verloren zu haben ...*

(...) Die Schwächung unseres Landes als wirtschaftlicher und politischer Konkurrent und seine anschließende Entfernung von der politischen Weltkarte durch seine Zerstückelung waren die langfristigen strategischen Ziele Washingtons, Londons und der von ihnen kontrollierten Länder des kollektiven Westens. Deshalb haben die Verantwortlichen in Brüssel unseren Staat als die Hauptquelle der Bedrohung für die europäische Sicherheit bezeichnet und dies ausdrücklich im strategischen Konzept der NATO verankert.

*Kürzlich erklärte der Leiter des NATO-Militärausschusses, Rob Bauer, daß die NATO für einen offenen Krieg mit Rußland bereit sei ...*

Diese Aussage steht im Einklang mit der gesamten NATO-Politik. Im März legte

NATO-Generalsekretär Stoltenberg einen Jahresbericht über die Aktivitäten der Organisation im vergangenen Jahr vor. Das gesamte Dokument konzentriert sich auf die Hauptaufgabe – die „Eindämmung“ Rußlands und insbesondere Chinas, die NATO ist also unverblümt über ihr geografisches Mandat hinausgegangen und hat ihre globalen Ambitionen offen verkündet. Die NATO verstärkt systematisch ihr militärisches Potential entlang unserer Grenzen von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer. Sogar der Begriff „Ostflanke der NATO“ taucht in den Reden und Dokumenten der führenden Politiker des Bündnisses auf, zu dem alle osteuropäischen Länder gehören, die an Rußland und das verbündete Weißrußland grenzen, sowie Rumänien und in jüngster Zeit auch Schweden und Finnland. Die Führung des Bündnisses macht keinen Hehl daraus, daß das größte Militärmanöver in der Nähe der russischen Grenzen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, „Steadfast Defender 2024“, das derzeit in Europa stattfindet, darauf abzielt, Rußland „einzudämmen“. Allein im letzten Jahr haben die NATO und ihre Mitgliedsstaaten 130 Bündnis- und über 1000 nationale Manöver und Trainingseinheiten durchgeführt. Wohlgerne, nicht in einem Jahrzehnt, sondern in einem Jahr, in 2023.

*Viele Menschen in Rußland glauben, daß Washington versucht, die Ukraine zu einem militärischen Brückenkopf für eine strategische Niederlage Rußlands zu machen. Teilen Sie diese Meinung?*

Seit 1995 finden regelmäßig NATO-Manöver in der Ukraine statt. Und 2004 hat die Werchowna Rada ein Gesetz über den freien Zugang der NATO-Streitkräfte zum Hoheitsgebiet der Ukraine verabschiedet und damit die Souveränität des Landes zugunsten des Bündnisses geopfert. Die verstärkte Militarisierung der Ukraine begann nach dem Staatsstreich des Westens in Kiew im Februar 2014 und dem von den Ukrainazis verübten Völkermord an der russischsprachigen Bevölkerung. Es gibt unwiderlegbare Beweise dafür, daß Kiew auf Geheiß der USA und der NATO die Absicht hatte, das Problem mit den „widerspenstigen“ Regionen mit äußerster Gewalt zu lösen. Die NATO ist de facto eine Partei im Ukraine-Konflikt und aktiv an der Organisation des Beschusses russischer Gebiete durch Neonazis beteiligt. In ihrem Rahmen werden kollektive Beschlüsse über neue Waffenlieferungen gefaßt, deren technische Fähigkeiten und Reichweite erhöht werden. NATO-Ausbilder in mehreren Ländern bilden Söldner und Saboteure für ihre Teilnahme an antirussischen Operationen aus. Der Plan der USA und der NATO besteht darin, die Ukraine, oder zumindest einen Teil davon, als antirussisches Gebiet, das ganz im Dienste der Interessen des nordatlantischen Blocks steht, vollständig unter ihrer Kontrolle zu halten. In diesem Zusammenhang bleibt die Aufgabe der Entmilitarisierung der Ukraine aktuell.

Redaktionell gekürzt  
Quelle: aif.ru, 5.4.24

# Wann beenden wir endlich die Party der Rüstungskonzerne?

Aktienkurse der Waffenhersteller explodieren. Kriege treiben das Rüstungsrad an. Über den fatalen, steuerfinanzierten Geldsegen – und Feigheit.

Umfragen zeigen, daß viele Menschen in Europa und Amerika zunehmend besorgt sind über Kriege und militärische Eskalationen. Nach einer Erhebung in den USA haben zum Beispiel 84 Prozent der Befragten Angst davor, daß das eigene Land in den Nahost-Konflikt hineingezogen werden könnte.

Und diese Studie wurde im November letzten Jahres veröffentlicht, also vor der jüngsten Verschärfung im Zuge der militärischen Schläge von Israel und dem Iran.

## Kauft Aktien von Lockheed-Martin!

Nachdem am 13. und 14. April 300 Raketen und Drohnen vom Iran als Vergeltung für den israelischen Angriff auf das iranische Konsulat in Syrien Richtung Israel gestartet worden waren (wobei fast alle abgefangen wurden und kaum Schaden anrichteten), läuteten überall in westlichen Staaten die Alarmglocken.

Doch nicht jeder hat Angst, Sorgen und will Zurückhaltung, wenn es um Krieg geht. Am Morgen des 15. April stufte der JP-Morgan-Analyst Seth Seifman, so Nick Cleveland-Stout auf *Responsible Statecraft*, die Einschätzung der US-Bank für Lockheed Martin, den Hersteller der israelischen F-35-Kampffjets, von „Halten“ auf „Kaufen“ hinauf und setzte ein höheres Kursziel für die Aktie fest. Er behauptet, daß die Entwicklung gut für das Geschäft sei: „Was wir sagen können, ist, daß die Welt gefährlich ist, und obwohl das keine hinreichende Bedingung für eine „Outperformance“ von Rüstungsaktien ist, stellt es eine potentielle Quelle der Steigerung dar, insbesondere, wenn die Aktien unterbewertet sind.“

## „Wo Krieg ist, kann man Geld verdienen“

Die britische Investmentbank Liberum Capital glaubt daran, daß ein begrenzter Militärschlag Israels den Aktienmarkt um fünf bis zehn Prozent „korrigieren“ würde, während es den Dollar stärkt. Die kurzfristigen Gewinner wären Öl- und Gas-Aktien sowie die der Rüstungsunternehmen.

Der Finanzjournalist Jacob Wolinsky bringt den Sachverhalt in einem Artikel über Aktiengeschäfte im Verteidigungsbereich derart auf den Punkt: „Wo Krieg ist, kann man Geld verdienen.“

Die zunehmenden geopolitischen Spannungen im Nahen Osten und der seit zwei Jahren andauernde Krieg in der Ukraine bringen Anleger dazu, ihre Portfolios mit Aktien aus dem Verteidigungsbereich abzuschirmen, während Regierungen ihre Verteidigungshaushalte mit Plänen stützen, welche die militärischen Lagervorräte aufstocken und die Fahrzeug- und

Flugzeug-Flotten für lange Strecken modernisieren sollen. Es gibt vielleicht keinen besseren Zeitpunkt als jetzt, im Rüstungsgeschäft tätig zu sein.

Das gilt auch für Deutschland – der zweitgrößte Waffenexporteur Israels und der Ukraine hinter den USA –, wo die Ausgaben des Staates für das Militär signifikant angestiegen sind.

## Deutsches Militärbudget: Steigerung um 90 Prozent

Der deutsche Verteidigungshaushalt wurde im Vergleich zu den Budgets der anderen Ministerien in den letzten Jahren am stärk-

In Deutschland ist das vor allem der hierzulande größte Rüstungskonzern Rheinmetall mit Sitz in Düsseldorf. Er stellt die ganze Palette bereit: Panzer, Artillerie oder großkalibrige Munition.

## Die goldene Verzehnfachung dank Kriegen

Vor dem Ukraine-Krieg verkaufte das Unternehmen etwa 70 000 Geschosse pro Jahr. Heute sind es laut Unternehmensangaben rund 700 000. Eine Verzehnfachung der Artilleriemunition-Produktion in zwei Jahren.

Die Aktie ging im Zuge der Kriege und der daraufhin einsetzenden Aufrüstung und



Vor der Rheinmetall-Zentrale in Düsseldorf, 26. Oktober 2012

sten aufgestockt, von 38,5 auf jetzt 51,95 Milliarden Euro. Dazu kommen noch 20 Milliarden aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr für 2024. Also insgesamt werden für Verteidigung 72 Milliarden ausgegeben. Das ist eine Steigerung von fast 90 Prozent in nur fünf Jahren.

In den USA ist man beim Pentagon- und Sicherheitsbudget längst in der Stratosphäre, die kein Maß, keine Grenzen kennt. 1,4 Billionen Dollar der Steuerzahler-Gelder, Tendenz steigend, werden pro Jahr für Militär- und Sicherheitsausgaben bereitgestellt (davon 900 Milliarden für das Verteidigungsministerium). 62 Cents von jedem gezahlten Steuer-Dollar, der frei verfügbar vom US-Kongreß ausgegeben wird, endet bei Streitkräften, Militärbasen, Waffenproduzenten und Sicherheitsfirmen.

Die Empfänger von dem Geldsegen sind insbesondere die Hersteller von Waffen und Munition (in den USA geht die Hälfte direkt an sie).

Militarisierung durch die Decke. Vor dem 24. Februar 2022, als Rußland die Ukraine überfiel, lag ihr Wert bei unter 100 Euro. Sie stieg dann bis zum Sommer 2023 auf rund 250 Euro.

Mit dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem seitdem ablaufenden Gaza-Krieg schaltete die Aktie dann förmlich den Turbo ein. Das Papier erreichte zuletzt neue Höchststände bei rund 570 Euro.

Wer vor zehn Jahren 100 000 Euro in Rheinmetall-Aktien anlegte, hat diesen Wert heute verzehnfacht. Diejenigen, die über genügend „Spiel-Geld“ verfügen, um an der Börse zu spekulieren, können also enorme Profite mit dem Waffengeschäft machen, während die normalen Bürger mit ihren Steuern das Rüstungsrad drehen, das die großen Aktionäre und Konzernlenker privat abschöpfen.

David Goeßmann

Quelle: Telepolis, 18.4.2024

# „Schießen sich USA und NATO-Staaten ins eigene Knie?“

Die von den USA nach monatelangen Streitigkeiten bewilligten 61 Milliarden Dollar werden kaum einen Einfluß auf den Kriegsverlauf in der Ukraine haben, da die meisten der mit den Geldern finanzierten Rüstungsgüter erst noch produziert werden oder auf dem Transport sind.

## Zur Zusammensetzung der 61 Milliarden US-Dollar

23,2 Milliarden werden für die Bezahlung von US-Waffenherstellern verwendet, deren Waffen bereits an die Ukraine geliefert wurden; 13,8 Milliarden sind für den Ersatz von Waffen aus den Beständen des US-Militärs vorgesehen, die gerade ausgeliefert werden oder für weitere Waffen, die noch produziert werden müssen. Es ist vorstellbar, daß höchstens 10 Milliarden auf noch nicht produzierte Waffen entfallen.

Insgesamt belaufen sich die bereits an die Ukraine gelieferten, zur Auslieferung anstehenden oder noch zu produzierenden Waffen auf etwa 37 Milliarden Dollar.

7,8 Milliarden sind als finanzielle Unterstützung der Ukraine zur Zahlung der Gehälter von Regierungsangestellten bis Ende 2024 vorgesehen. Zusätzliche 11,3 Milliarden sind für die Finanzierung laufender Pentagon-Operationen in der Ukraine geplant – was verdächtig nach der Bezahlung von US-Beratern, Söldnern, Spezialkräften und US-Truppen klingt, die vor Ort Ausrüstung wie Radare, Patriot-Raketensysteme usw. bedienen. Weitere 4,7 Milliarden Dollar sind für verschiedene Ausgaben bestimmt, was auch immer das sein mag.

Mit anderen Worten, nur 13,8 Milliarden Dollar sind für Waffen vorgesehen, die die Ukraine noch nicht hat und bis Ende des Jahres erhalten soll.

Wie die 23 Milliarden Dollar, die bereits vor Ort sind, werden auch diese wahrscheinlich in diesem Sommer verbrannt sein, wenn Rußland seine nächste Offensive – die größte des Krieges – gestartet hat.

Es ist davon auszugehen, daß die USA weiterhin die Wirtschaft, die Regierung und die militärischen Anstrengungen der Ukraine im Herbst sowie danach weiter finanzieren wollen.

Dazu muß man nicht nur den 61-Milliarden-Dollar-Gesetzesentwurf, sondern auch einen zweiten, der vom Kongreß ebenfalls verabschiedet wurde, berücksichtigen. Dieser weitere Gesetzesentwurf könnte möglicherweise bis zu 300 Milliarden Dollar für die Ukraine von den USA und ihren G7-Verbündeten bereitstellen, insbesondere von den NATO-Staaten in Europa, wo Berichten zufolge 260 der 300 Milliarden Dollar (Rußlands gesperrte Vermögen/Aktiva) in den Banken der Eurozone lagern.

## Bidens kurzfristige Strategie 2024

Die 61 Milliarden Dollar stellen nur eine Überbrückungsmaßnahme mit dem Versuch dar,

die ukrainische Armee und die Regierung über den Sommer zu finanzieren. Die Strategie Bidens besteht darin, die Ukraine bis nach den US-Wahlen im November über Wasser zu halten. Damit das gelingt, beabsichtigt Washington, die Russen dazu zu bringen, einer Art von Verhandlungen zuzustimmen. Die USA wollen solche Gespräche dazu nutzen, um die Forderung nach einem Einfrieren der militärischen Operationen auf beiden Seiten zu erheben, während die Verhandlungen im Gange sind. Bidens Strategie des „Einfrierens und Verhandeln“ ist jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn den Russen ist völlig klar, daß es den USA und der NATO im Grunde nur darum geht, „Zeit zu kaufen“, und damit wurde Rußland bereits mehrmals ausgetrickst (2015/16 „Aussetzung der Kämpfe und Verhandlungen“ mit dem Minsk-II-Abkommen). Damals stimmte Moskau zu, die militärischen Operationen im Donbass einzustellen, aber die NATO und die Ukraine nutzten das Minsker Abkommen als Deckmantel, um die ukrainischen Streitkräfte wieder aufzurüsten, die sie anschließend für Angriffe auf die Provinzen im Donbass einsetzten. Die übernommenen Verpflichtungen zur Einrichtung eines Sonderstatus der Donbass-Republiken wurden nicht erfüllt. Die europäischen Staats- und Regierungschefs Angela Merkel (Deutschland) und François Hollande (Frankreich) gaben im Jahr 2022 öffentlich zu, daß Minsk II nur dazu diente, „Zeit zu gewinnen“.

Auch bei den Friedensgesprächen in Istanbul im April 2022 wurden die Russen in ähnlicher Weise hinters Licht geführt. Sie wurden von der NATO aufgefordert, guten Willen bei den Verhandlungen zu zeigen, indem sie ihre Streitkräfte aus der Umgebung von Kiew abziehen, was sie auch taten. Die Verhandlungen wurden dann von Selenskyj auf dringende Empfehlung der NATO abgebrochen. Die Ukraine startete daraufhin eine Offensive, in der sie sich zu Siegern erklärte, was propagandistisch ausgeschlachtet wurde.

Es ist daher äußerst unwahrscheinlich, daß Rußland ein drittes Mal auf eine Biden/NATO-Forderung nach einem „Einfrieren“ der militärischen Operationen und erneuten Verhandlungen eingehen wird.

## Die Volte von Sprecher Johnson

Die Verabschiedung der 61 Milliarden Dollar für die Ukraine durch das US-Repräsentantenhaus war das Ergebnis einer Kehrtwende des Parlamentspräsidenten Johnson, der die Abstimmung im Plenarsaal zuließ. Warum könnte er seine Meinung geändert haben?

Im Vorfeld der Abstimmung gab es hinter den Kulissen eine intensive Lobbyarbeit der US-Waffenindustrie bei wichtigen republikanischen Ausschußvorsitzenden im Repräsentantenhaus. Immerhin ging es um Zahlungen in Höhe von 37 Milliarden Dollar für bereits gelieferte und noch zu liefernde Waffen,

worauf sich Republikaner und Demokraten geeinigt haben.

Dies zeigt, daß der militärisch-industrielle Komplex der USA im Repräsentantenhaus von mindestens drei Vierteln unterstützt wird (im US-Senat wahrscheinlich sogar noch mehr).

Die Abstimmung war also das Ergebnis eines „parlamentarischen Manövers“, bei dem alle Demokraten überließen, um den republikanischen Sprecher des Repräsentantenhauses zu unterstützen.

Was passiert aber, wenn die 61 Milliarden Dollar weit vor den Wahlen im November aufgebraucht sind?

Das 61 Milliarden-Dollar-Paket war nicht die wichtigste legislative Maßnahme des US-Repräsentantenhauses.

Während sich die meisten Medienkommentare auf das Gesetz zur Ukraine-Hilfe bezogen, wurde, wie schon erwähnt, kaum etwas über das zweite Gesetz gesagt, das fast zeitgleich verabschiedet wurde, aber viel größere strategische Auswirkungen auf die globalen Interessen der USA als die 37 Milliarden an tatsächlichen Waffenlieferungen für die Ukraine besitzt. Dabei handelt es sich um ein 184-seitiges Dokument, das als „Gesetz für Frieden durch Stärke im 21. Jahrhundert“ bezeichnet wird und ein weiteres Paket von US-Sanktionen gegen die Russische Föderation (RF) darstellt.

## 300 Milliarden gesperrtes RF-Vermögen für die Ukraine?

Der erste Abschnitt des Gesetzes ist Teil der wachsenden Liste von Sanktionen gegen China sowie eine Reihe von zusätzlichen Sanktionen gegen den Iran. Die wichtigste Maßnahme betrifft jedoch die Sanktionen gegen Rußland.

Geplant ist, den USA-Anteil (5 Milliarden Dollar von den 300 Milliarden an beschlagnahmten Vermögenswerten der RF) zu enteignen und an westliche Banken zu überweisen, die 2022 zu Beginn des Ukraine-Krieges eingefroren wurden.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, daß die USA einen „Verteidigungsfonds für die Ukraine“ einrichten, in den die 5 Milliarden eingezahlt werden sollen.

Wenn dies geschieht, wird ein juristischer Präzedenzfall geschaffen, dem Europa folgen und seine 260 Milliarden Dollar ebenfalls überweisen soll, wogegen sich die Europäische Zentralbank (EZB) bisher sträubt.

Man kann davon ausgehen, daß die USA Europa stark unter Druck setzen werden. Biden wird durch den Gesetzesentwurf außerdem ermächtigt, mit Europa und anderen G7-Partnern zu „verhandeln“, um sie davon zu überzeugen, dasselbe zu tun – d.h. ihren Anteil an den 300 Milliarden Dollar zu beschlagnahmen, liquide zu machen und dann die Barmittel in den US-Verteidigungsfonds zu transferieren.

Die Beschlagnahmung und Umverteilung der 300 Milliarden Dollar an die Ukraine über den US-Verteidigungsfonds ist das Mittel, mit dem die USA/NATO den Krieg in der Ukraine längerfristig finanzieren wollen.

### Gescheiterte RF-Sanktionen: Vergangenheit und Zukunft

Die geopolitischen Ziele der USA und ihr Engagement für die Fortsetzung ihrer jetzigen Kriege führen zu unbeabsichtigten, negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft der USA und ihrer G7-Verbündeten, insbesondere Deutschlands.

Die EZB-Vorsitzende Christine Lagarde formulierte mit Blick auf die US-Gesetzgebung: „Das muß sorgfältig geprüft werden“. Großbritannien hat sich für die Beschlagnahmung und Übertragung der russischen Vermögenswerte an die Ukraine ausgesprochen.

Europa hat in den letzten Jahren immer wieder vor der Wirtschaftspolitik und den Forderungen der USA kapituliert.

Sollte sich Europa den USA anschließen und seinen Anteil von 260 Milliarden Dollar an russischen Aktiva in europäischen Banken transferieren, ist es fast sicher, daß Rußland in ähnlicher Weise antworten und mindestens den gleichen Betrag an europäischen Vermögen, das sich in Rußland befindet, beschlagnahmt wird. Das hat das russische Parlament kürzlich offiziell erklärt.

Obwohl ein Teil der westlichen Unternehmen Rußland wegen der westlichen Sanktionen verlassen, sind viele in dem Land geblieben. Die RF hat daraufhin die Übertragung der Aktiva der EU-Unternehmen, die Rußland verlassen haben, auf russische Unternehmen veranlaßt, was zur Ankurbelung der russischen Wirtschaft beitrug.

Kurz gesagt, die Sanktionen des Westens, mit denen westliche Unternehmen zum Verlassen Rußlands gedrängt werden, haben das erwartete Ergebnis, nämlich die Reduzierung der russischen Staatsausgaben und Unternehmensinvestitionen, verfehlt.

Die bisherigen 15 Sanktionspakete des Westens seit Beginn des Krieges im Februar 2022 hatten nur geringe Auswirkungen auf die russische Wirtschaft. Das russische BIP stieg in den letzten sechs Monaten zwischen 4,9 % und 5,5 %. Die russischen PMI-Statistiken zeigen eine robuste Expansion sowohl für das verarbeitende Gewerbe als auch für den Dienstleistungssektor, während in den meisten großen europäischen Volkswirtschaften beide PMI-Indikatoren schrumpfen. Das Lohnwachstum in Rußland betrug in den letzten sechs Monaten in beiden Quartalen durchschnittlich 8,5 % (während es in den USA weniger als die Hälfte und in Deutschland weniger als 1 % beträgt).

Man kann sogar argumentieren, daß die Sanktionen die russische Wirtschaft angekurbelt statt geschwächt haben.

### Schießt sich das US-Imperium selbst ins Knie?

Die Verzweiflungstat der USA und Europas, Rußlands 300 Milliarden Dollar an Guthaben in westlichen Banken in die Ukraine zu transferieren, hat jedoch weitaus größere Folgen. Die Chefs der US-amerikanischen und anderer Zentralbanken, die Vorstandsvorsitzenden großer Geschäftsbanken und sogar Mainstream-Ökonomen wie Shiller aus Yale haben immer wieder öffentlich davor gewarnt, daß die Übertragung der Vermögenswerte das Vertrauen in das US-Dollarsystem, das der Dreh- und Angelpunkt des globalen Wirtschaftsimperiums der USA ist, ernsthaft untergraben wird.



Jack Rasmus

Welche Länder des globalen Südens werden ihre Vermögenswerte nun bei westlichen Banken, insbesondere in Europa, anlegen (oder dort belassen) wollen, wenn sie befürchten, daß diese beschlagnahmt werden könnten, falls sie mit der vom Imperium geförderten Politik nicht einverstanden sind? Werden die USA jetzt auch die Guthaben dieser „sekundären“ Länder in westlichen Banken beschlagnahmen, wenn sie sich nicht an die Weigerung halten, mit Rußland Handel zu treiben? Und was ist mit China, gegen das die USA nun ebenfalls ihre Sanktionen – primäre und sekundäre – umsetzen wollen?

Die BRICS haben sich kürzlich auf 10 Mitglieder erweitert (allesamt im Nahen Osten und starke Ölproduzenten) und nicht weniger als 34 weitere Länder haben einen Beitrittsantrag gestellt. Auf der nächsten BRICS-Konferenz Ende 2024 soll es um einen „alternativen globalen Finanzrahmen“ gehen. Dies wird wahrscheinlich eine alternative Währungsregelung sowie ein alternatives internationales Zahlungssystem beinhalten, das das US-SWIFT-System ersetzen soll. Wahrscheinlich wird auch ein Ersatz für den von den USA geleiteten IWF kommen, um die Währungsstabilität zu gewährleisten, und eine Ausweitung von Chinas Belt & Road als Alternative zur von den USA geleiteten Weltbank.

Kurz gesagt, das globale Wirtschaftsimperium der USA tritt in eine instabile Phase ein. Die Auswirkungen der Beschlagnahmung und des Transfers werden sowohl für die amerikanischen als auch für die europäischen Interessen erheblich sein.

### Imperium im freien Fall?

Die Geschichte wird zeigen, daß die geopolitischen Ziele und Strategien der USA im 21. Jahrhundert die Hauptursache für den Niedergang der globalen wirtschaftlichen Vorherrschaft der USA im letzten Vierteljahrhundert waren. Ein Großteil dieser Ziele und Strategien war das Werk der wirtschaftlich ignorantesten Gruppierung in der Geschichte der USA, welche allgemein als die Necons bezeichnet wird.

Die Beschlagnahmung und Überweisung der 300 Milliarden Dollar kann die Möglichkeit sein, den Stellvertreterkrieg der USA/NATO gegen Rußland in der Ukraine bis 2024 und darüber hinaus zu finanzieren. Aber der Zeitpunkt könnte für die imperialen Interessen der USA und Europas nicht schlechter sein, da er am Vorabend der historischen BRICS-Konferenz liegt. Der Akt der „Beschlagnahme und Abtretung“ wird nur noch mehr Länder des globalen Südens davon überzeugen, eine andere, unabhängigere Alternative zu suchen, indem sie den BRICS beitreten oder zunehmend mit diesem Block Handel treiben.

Die längerfristige Folge des 300-Milliarden-Dollar-Transfers und des Ausscheidens des globalen Südens aus dem US-Imperium kann nur der Rückgang der Verwendung des US-Dollars bei globalen Transaktionen und als Reservewährung sein. Das setzt eine Reihe von Ereignissen in Gang, die sich gegen die US-Binnenwirtschaft richten: Eine geringere Nachfrage läßt den Wert des Dollars sinken. Weniger Dollar fließen in die USA zurück, wodurch es zu weniger Käufen von US-Staatsanleihen kommt. Die Fed würde dazu gezwungen werden, die langfristigen Zinssätze über Jahre hinweg anzuheben, um die steigenden Haushaltsdefizite der USA zu decken. Damit wird es zu einer sich verschärfenden Haushaltskrise des US-Staates kommen, was bereits jetzt schon passiert.

Ein Rückschlag für die US-Wirtschaft durch die schwindende globale Hegemonie der USA – verschärft durch Sanktionen im Allgemeinen und die Beschlagnahmung von Vermögenswerten von Ländern wie Rußland im Besonderen – ist längerfristig so gut wie sicher, genauso wie es für die europäische Wirtschaft in noch kürzerer Zeit der Fall sein wird.

Jack Rasmus

Redaktionell gekürzt

Quelle: globalbridge.ch, 28.4.24

Jack Rasmus ist US-amerikanischer Politologe und Wirtschaftswissenschaftler.

# Pistorius: „Europa ist im Krieg“

## Der Westen investiert nicht in die Beendigung, sondern in die Fortsetzung des Ukraine-NATO-Rußland-Krieges

*Rußlands neuerliche militärische Initiativen an der Front lösen in den USA und den NATO-Staaten Forderungen nach stärkerer Aufrüstung und nach dem Einsatz westeuropäischer Militärs in der Ukraine aus. Im Gegensatz dazu warnen verantwortungsbewußte Experten vor einer demographischen Katastrophe für die Ukraine.*

### Die Ukrainer im Kampf halten?

USA, NATO und EU suchen nach Optionen zur Abwendung einer militärischen Niederlage im Ukraine-Krieg. Realistische Militäranalysten stellen fest, daß Rußland nach den vor kurzem erreichten taktischen Siegen (Reisner, MacGegor, S. Ritter) bald ein bedeutender Durchbruch der Front in die Tiefe der Ukraine gelingen könnte.

Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Generaloberst Olexander Syrskij, erklärte, daß die Situation an der Front im Osten und Süden des Landes „in den vergangenen Tagen beträchtlich angespannter“ als zuvor sei; was daran läge, daß die russischen Streitkräfte nach der Präsidentenwahl in der RF ihre Offensivhandlungen „gezielt“ ausweiteten hätten (an anderer Stelle führte der höchste Militär der Ukraine aus, daß die ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) und die NATO keine Mittel zur Abwehr der gelenkten und sehr zerstörerischen russischen Gleitbomben hätten). Ähnliche Auffassungen vertritt auch der ehemalige Befehlshaber des Joint Forces Command, Richard Barrons, mit der Aussage, „die Ukraine sei in erster Gefahr, den Krieg im Verlaufe des Jahres zu verlieren“.

In Vorbereitung auf ihre diesjährige Offensive hat Rußland in den vergangenen Wochen vernichtende Angriffe auf die ukrainische Energieversorgung durchgeführt, wobei verstärkt konventionelle Kraftwerke angegriffen wurden. So kam es am 11.4.24 zur Zerstörung des Wärmekraftwerks in Trypillja, welches die Region Kiew versorgte; kurz zuvor traf es das Wärmekraftwerk Smijiw in der Region Charkiw. Mittlerweile sind seit dem 8.5.24 90 Prozent der ukrainischen Wärmekraftwerke nicht mehr funktionsfähig; ihre Reparatur dürfte Jahre dauern. Die hinter den Angriffen steckende Strategie der russischen Streitkräfte (RF-SK) beabsichtigt, es der Ukraine schwerzumachen, sich erfolgreich vor russischen Angriffen zu verteidigen und tiefengestaffelte Verteidigungslinien aufzubauen. Auch Aspekte von Vergeltung für die ukrainischen Angriffe auf russische Erdölraffinerien und Objekte der kritischen Infrastruktur, die Schwächung der verbliebenen ukrainischen Rüstungsbetriebe sowie das Brechen der Moral von Militär und übriger Bevölkerung, finden dabei Umsetzung. Durch die intensiven und verlustreichen russischen Angriffs- und Einwirkungsmaßnahmen wird es für die Ukraine, trotz aller Waffenlieferungen, militärischen Hilfsleistungen und Finanzspritzen des Westens, immer schwerer,

sich mit einer wirksamen Verteidigung auf die russische Großoffensive vorzubereiten. Mit Blick auf die sich abzeichnende diesjährige Offensive der Russischen Föderation (RF) (Mai, Juni) üben realistische Militärs scharfe Kritik an der bisherigen westlichen Einschätzung des Ukraine-Krieges. So urteilt z. B. der österreichische Oberst M. Reisner: „Wir haben uns die Lage der Ukraine von Anfang an schöngeredet.“ So waren „die Ressourcen, die von außen in das Land kamen“, von Beginn an „unzureichend für einen Abnutzungskrieg“. Illusionen gab es auch zum Zustand der SK der RF. Oftmals „haben wir ein einmaliges Ereignis herausgenommen und daraus den Zustand der gesamten russischen Armee abgeleitet“. Reisner weiter: „So naiv dürfe man aber niemals sein.“ Fehleinschätzungen der Kampfkraft der russischen Streitkräfte waren die Folge, die zu nicht voll ersetzbaren personellen Verlusten der ukr.-SK führten. Dies gilt auch für die westlichen Waffen, die u.a. in den Mainstreammedien als besonders effizient bezeichnet wurden, was z.B. auf die britischen und französischen Marschflugkörper Storm Shadow und SCALP zutreffen sollte. Letztere waren zwar anfangs „erfolgreich“, aber leider nur kurzzeitig, berichtete ein ukrainischer Offizier. Die russischen Militärs hätten schnell gelernt, diese Waffensysteme unschädlich zu machen, was übrigens auch schon für die erst kürzlich gelieferten US-ATAC MS-Raketen zutrifft (so wurden bei einem Angriff Anfang Mai auf Ziele auf der Krim auf einen Schlag mehrere US-Raketen des angeführten Typs abgeschossen oder außer Kraft gesetzt, was auch bei eventuell gelieferten „Taurus“-Raketen zu erwarten ist). Mittlerweile gelinge es den RF-SK, sagt Reisner, „gut 50 Prozent der ukrainischen Flugkörper mit neuen starken Systemen des elektronischen Kampfes von den vorgesehenen Zielen abzulenken. Der Rest werde „dann von der kosmischen Luftverteidigung der RF abgeschossen“. Zwar gelinge den ukrainischen Streitkräften „hier und da ein spektakulärer Treffer“; doch das genüge nicht, „um den russischen Gegner zum Aufgeben zu bewegen“. Um eine ukrainische Niederlage zu verhindern, müßten der Westen u. a. Luftabwehrsysteme, z.B. „Patriot“- und IRIS-Komplexe in großen Stückzahlen liefern. Deutschland nimmt dabei wieder einmal eine Vorreiterrolle ein, während andere NATO-Staaten wegen der hohen Verlustraten überlegter und zurückhaltender agieren. Gelingt es nicht, die ukrainische Niederlage zu verhindern, könne man keine vorteilhafte Friedensvereinbarung erzielen. Der italienische Außenminister Antonio Tajani ergänzte dazu: Es gelte, Rußland „aus der Ukraine“ herauszubekommen. Wie das erreicht werden soll, ließ er aber offen. Schon zuvor hatte der britische Außenminister David Cameron erklärt: „Das Beste, was wir dieses Jahr tun können, besteht darin, die Ukrainer in diesem Kampf zu halten.“ Der Westen spielt Vabanque.

### Mehr Waffen, mehr Munition und mehr Soldaten

Dazu heißt es in einem Beitrag in der Zeitschrift Internationale Politik, die „uneingeschränkte Unterstützung der Ukraine mit Waffen und Munition“ sei unbedingt erforderlich. Der Autor, Ralf Fücks, Direktor des Zentrums Liberale Moderne, bezieht dies auch auf den Marschflugkörper „Taurus“, der in der Lage sei, die Brücke von Kertsch zu zerstören. Fücks verlangt außerdem, das Vermögen der russischen Zentralbank, soweit es in Europa eingelagert ist, „für Waffenlieferungen u. a. Dienstleistungen an die Ukraine“ zu verwenden. „Europa ist im Krieg“, schreibt Fücks, „und im Krieg kann es kein ‚business as usual‘ mit der Gegenpartei geben.“ Mehrere US-Militärs fordern in der US-Zeitschrift Foreign Affairs, daß die Staaten Europas die vom französischen Präsidenten Macron geäußerte Drohung wahr machen und ihre Soldaten in die Ukraine entsenden müßten. Sie könnten dort eine Vielzahl an Tätigkeiten übernehmen, z. B. die Betreuung von Reparaturwerkstätten für beschädigte westliche Militärtechnik, die frontnahe Ausbildung des ukrainischen Militärs, Minenräumung, Sicherungsaufgaben an den Grenzen der Ukraine. Das dadurch gewonnene ukrainische Personal könnte dann umgehend an die Front geschickt werden. Die Autoren schlagen des weiteren vor, daß NATO-Soldaten die ukrainische Luftverteidigung übernehmen sollten, um noch mehr Ukrainer für den Fronteinsatz „zu gewinnen“. Schließlich sollten europäische Militärs mit aktivem Verteidigungsauftrag zur Abwehr von angreifenden SK der RF westlich des Dnepr sowie in den Schwarzmeerräumen der Ukraine eingesetzt werden. Übrigens konnte man bei You Tube bereits am 7.5. erfahren, daß sich, entgegen den offiziellen verneinenden französischen Verlautbarungen, 150 Fremdenlegionäre des Vorkommandos der 1500 vorgesehenen Soldaten unter Leitung französischer Offiziere, in den Kämpfen im Gebiet von Donezk, bereits rote Nasen geholt haben.

Polen und die baltischen Staaten schlagen zum Ausgleich des akuten Personalmangels der Ukraine vor, geflüchtete kriegsdienstpflichtige Ukrainer, zu einer Rückkehr in ihr Herkunftsland zu nötigen, wo sie dann rekrutiert sowie umgehend an die Front geschickt werden könnten. Nach Angaben von Eurostat sind 860 000 der ukrainischen Flüchtlinge, die in der EU registriert wurden, erwachsene Männer, die zur Registrierung in ihr Land zurückgeschickt werden könnten. Allein in Polen wären es 200 000, von denen der polnische Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz viele so schnell wie möglich, in die Ukraine überstellen will. Auch Litauen und Lettland haben angekündigt, die Rückkehr von wehrdienstpflichtigen Ukrainern einzuleiten. Wie wir sehen, spielen plötzlich

die in unseren „Demokratien“ geltenden und garantierten Asylrechte für Kriegsflüchtlinge keine Rolle mehr.

### Die Verantwortung des Westens für die Lage

Mit Blick auf die immer desolateren militärische Lage der Ukraine wird mittlerweile auch in den Mainstreammedien erste Kritik an der Entscheidung vom April 2022 laut, den damals möglichen Waffenstillstand zwischen Rußland und der Ukraine ausgeschlagen und auf eine Weiterführung des Krieges gesetzt zu haben. Über die Vereinbarung, die am 9.4.22 ein Ende des Krieges ermöglicht hätte, berichtete vor kurzem Foreign Affairs – und räumte ein, Putin und Selenskyj seien damals „bereit gewesen, außergewöhnliche Kompromisse zu schließen“. Der Abschluß der fast fertigen Vereinbarung kam deshalb nicht zustande, weil der kollektive Westen diesen Krieg unbedingt weiterführen wollte und heute auch noch will, um Rußland längerfristig zu schwächen, einen Konkurrenten um die Welt Herrschaft loszuwerden und Maximalprofite, besonders bei den MİK, einzufahren. Damit steht der Westen seit April 2022 in voller Verantwortung für die eskalierende Fortführung des USA/NATO-Stellvertreter-Krieges gegen Rußland in der Ukraine.

### USA zwingen Kiew zu einer zweiten Gegenoffensive

Worum geht es dabei?

Es geht um eine Entscheidungsschlacht, wobei der kollektive Westen die Möglichkeit einer umfassenden Niederlage des ukrainischen Militärs und der NATO sowie die hinter ihnen stehenden westlichen Politik-Establishments ins Auge fassen sollten. Ein solcher möglicher Ausgang könnte das Ende der westlichen Dominanz einläuten und ein wichtiger Faktor bei der Änderung der politischen Weltordnung sein. (Quelle: AFP © Dimitar DILKOFF / AFP)

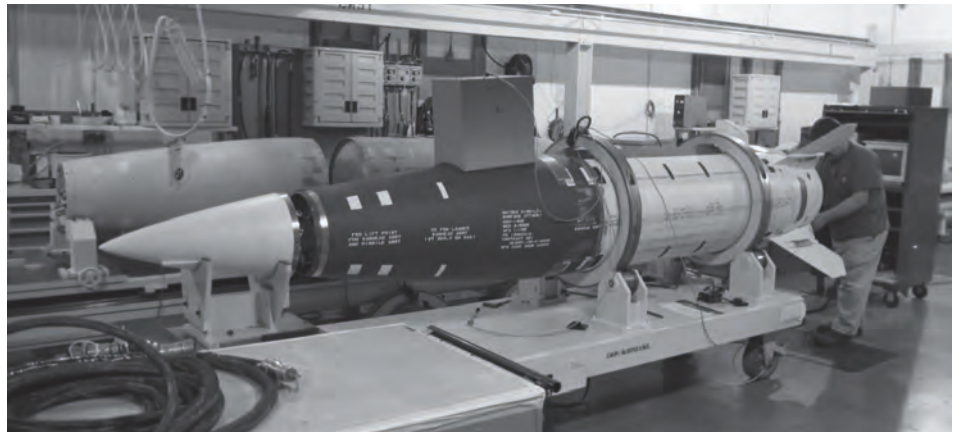
Dazu stellte der bekannte russische Journalist Sergei Mirkin fest, daß W. Selenskyj in der zweiten Aprilhälfte 2024 vollmundig erklärt hat, bereits den Plan für eine zweite „Gegenoffensive“ zu besitzen.

Wohl nicht zuletzt auf derartige Versprechen hin ließ M. Johnson, Republikaner und Vorsitzender in der Unterkammer des US-Parlaments, endlich über den Gesetzesakt abstimmen, der die astronomische Summe von 61 Milliarden US-Dollar für die Bezahlung alter Lieferschulden der Ukraine an den MİK der USA (ca. 37 Milliarden) und neuer militärischer Hilfen an Kiew (fast 14 Milliarden) freischaltete – obwohl ein großer Teil seiner Parteigenossen sich dagegen sträubte.

Als ein weiterer Interessent für Gelder aus dem 61 Milliarden Dollar-Topf für die Ukraine drängt sich das Weiße Haus auf. Bidens Mannschaft ist nichts Besseres eingefallen als die Reanimierung des alten Plans für eine ukrainische „Gegenoffensive“. D.h., Rußland eine Niederlage im Süden und Osten der Ukraine sowie auf der Krim beizubringen, in der RF eine liberale Regierung an die Macht zu bringen, die dem Westen vollständig ergeben wäre und die RF zum Akzeptieren eines vom Westen diktierten Friedens zu bringen. Da das mit

noch weniger Kräften und Mitteln als bei der ersten Offensive kaum zu erreichen ist, wären die Kriegsherren in den USA und in der NATO bereit, mindestens eine Schwächung der RF und eine zeitweilige Niederlage Rußlands an einer der Fronten, die man den US-Wählern als Sieg verkaufen kann, zu akzeptieren. Dazu ist die derzeitige Administration bereit, viel Geld in die Hand zu nehmen und dieses zur Durchführung einer zweiten Offensive der Ukraine in den Rachen zu schmeißen.

Beobachter werten Selenskyjs Ankündigung so, daß er dem Teil des US-Establishments, welches die 61 Milliarden Dollar Ukrainehilfe lockermachte, die Garantie gibt, pünktlich zu den Präsidentschaftswahlen in den USA diese neue „Gegenoffensive“ zu starten. Aber auch



Das Artilleriegeschütz 2S22 Bohdana für 155-Millimeter-NATO-Munition wird seit 2018 in der Ukraine gebaut

die „Europäer, die für mehrere Jahre 50 Milliarden Euro Hilfe bereitstellen, finden sich bestätigt. Selenskyj bedauert, daß sich die USA bisher nicht durchsetzen konnten, um die gesperrten Vermögen Rußlands zu konfiszieren und zur Kriegsfortsetzung und zum Wiederaufbau der Ukraine einzusetzen.

Für diese zweite Offensive der Ukraine sollen bereits im Sommer und Herbst 2024 100 000 bis 300 000 Mann im Rahmen der verschärften Mobilmachungsbedingungen zum Kriegsdienst eingezogen, mit neuen westlichen Waffen ausgerüstet und hauptsächlich durch westliche Ausbilder in der Ukraine ausgebildet werden. Anschließend sollen dann diese neu formierten ukrainische Truppen in mehrere Stoßrichtungen einer breit angelegten Offensive mit viel, viel Infanterie in den Einsatz kommen, wobei Verluste keine Rolle spielen.

Der außenpolitische Kurs des Weißen Hauses läßt sich aktuell auf zwei Punkte herunterbrechen: Öl in das Feuer des NATO-Rußland-Krieges in der Ukraine zu gießen und eine Eskalation des Krieges im Nahen Osten zu vermeiden.

Bezüglich der Hilfen für die Ukraine und Israel verfolgt Washington ein unterschiedliches Herangehen. Beim iranischen Massenangriff am 14.4. auf Israel haben sich Luftstreitkräfte der USA, GB und Frankreichs an der Abwehr beteiligt. Gleichen Schutz, so Pentagon-Sprecher John Kirby und der britische Außenminister David Cameron auf Anfrage Selenskyjs, wird es jedoch für die Ukraine nicht geben. Ein Präsenzkonflikt der US- und NATO-Truppen mit den russischen Streitkräften ist tabu. Stoltenberg teilte Selenskyj mit, daß sich die

Ukraine selbst mit Militärpersonal versorgen und alle Probleme in diesem Zusammenhang selbst lösen muß. Die NATO-Staaten würden Kiew nur Waffen geben.

Alles hat sich in extremer Klarheit offenbart: Die Ukraine soll dem kollektiven Westen einen Blutzoll zahlen.

Der Westen hat seinem Marionetten-Regime von Bandera-Faschisten und Maidan-Putschisten befohlen, alle Männer einzuziehen, die es nur in die Finger kriegen kann, und sie in der neuen „Gegenoffensive“ in die Fleischwölfe zu werfen.

Leicht wird es für Rußland nicht, den westlichen Vorhaben zu widerstehen, doch seine Armee und Gesellschaft werden dem zweifellos standhalten.

Was aber, wenn diese „Gegenoffensive“ krachend scheitert? Genau das wird letztlich auch eintreten. Wird aber die Ukraine die zu erwartende Niederlage in dieser zweiten Offensive überleben? Die neueste Haltung von USA und NATO zu einem solchen Szenarium wäre, daß die Ukraine dann die NATO um die Bereitstellung von 100 000 Mann Kampftruppen bitten müßte. Sollte das Problem der Langzeitfinanzierung dieser zweiten Offensive gelöst werden, (Konfiszierung der 300 Milliarden russischen Vermögens), stände für die westlichen Kriegstreiber einem großen europäischen Krieg nichts mehr im Wege.

Hier könnte sich die Frage nicht nur nach der Liquidierung des Projekts „Maidan-Ukraine“ stellen, sondern dieser Staat auch im Ganzen von der politischen Weltkarte verschwinden. Und eine derartige außenpolitische Niederlage der USA, zumal auch noch unmittelbar vor den Wahlen, könnte sich für Biden im besonderen und für die Demokratische Partei im allgemeinen als fatal erweisen: Eine umfassende Niederlage der Militärs von Ukraine und NATO – und damit der hinter ihnen stehenden westlichen politischen Eliten und der Rüstungsindustrien – wird das Ende der westlichen Welt Dominanz einläuten und eine wichtige Rolle beim dauerhaften Umbau der Weltordnung aus einer unipolaren in eine multipolare spielen.

Die neue „Gegenoffensive“, zu der Kiew vom Westen gezwungen wird, könnte die Entscheidungsschlacht für die Ukraine, für Biden, samt seinen Demokraten, und die westzentrierte Weltordnung werden.

Oberst a. D. Gerhard Giese

# Bringen die neuen „Wunderwaffen“ nun den Ukrainern den Sieg?

Der umtriebige und häufig bei You Tube prä-sente Blogger Mark Reicher (MR) verbreitet mit viel Brimborium die Positionen des kriegerischen Westens und der nazistischen Ukraine zu den neuen finanziell abgesicherten „Wunderwaffen“-Lieferungen (game changer). Dabei haben es ihm die weitreichenden taktischen Raketen aus GB (Storm Shadow) und Frankreich (Scalp) sowie die der USA (ATAC MS) besonders angetan. Schnell übersprang er bei seinen Betrachtungen die britischen und französischen Raketen, da diese offensichtlich von den russischen Streitkräften (RF-SK) bereits ausgespäht wurden und erfolgreich bekämpft werden können. Sein ganzes „game changer“-Gehabe lud er auf die bereits gelieferten und neu bereitzustellenden US-Raketen ab. Endlich werden die USA der Ukraine die ATAC MS-Boden-Boden-Raketen mit 300 km Reichweite, mit Streumunitionsgefechtssköpfen sowie mit Gefechtsköpfen gegen gehärtete Ziele liefern. Damit, so frohlocken die Ukrainer, können sie nun unmittelbar mit der Planung und Realisierung der Bekämpfung von wichtigen entfernten Zielen auf der Krim und im russischen Kernland beginnen, obwohl ihnen die USA den Beschuß Rußlands, im Gegensatz zu den Briten für ihre Raketen, noch nicht explizit gestattet haben (doch je schlechter die Lage in der Ukraine, desto eher werden die USA den Beschuß russischen Kernlandes genehmigen). MR legt den Ukrainern nahe, solche Ziele wie Truppenansammlungen, Großlager von Waffen und Munition, wichtige Objekte der militärischen Infrastruktur, des MIK Rußlands und die Logistik der RF-SK in ihre Angriffsvorhaben mittels Massenanzügen von Drohnen und Raketen aufzunehmen, um damit die Kampffähigkeit der russischen Truppen, besonders an der Front im Süden und im Osten der Ukraine, bedeutend zu verringern. Rußland soll den Krieg genauso fühlen wie die Ukraine, einen hohen Blutzoll erbringen sowie spürbare materielle Verluste erleiden. Nicht zuletzt gelte es, Putin aus dem Amt zu jagen. MR verlautebarte auch, daß einige dieser ATAC MS-Komplexe sich bereits vor der Freigabe der US-Kredite in der Ukraine befanden, um dort vor Ort getestet zu werden. Da es sich dabei aber zunächst um die Modifikation mit 165 km Reichweite handelte, traten oftmals die erhofften Wirkungen nicht ein. Die älteren ATAC MS wurden mehrheitlich von ihren Zielen abgelenkt oder abgeschossen. Bei den jetzigen US-Raketen großer Reichweite, mit ihren Geschwindigkeiten um 3 Mach, so MR weiter, soll es sich aber tatsächlich um game changer handeln, da der angeblich erfolgreiche Beschuß eines Flugplatzes auf der Krim (der aber in Wirklichkeit nur geringe Schäden hervorgerufen hatte) Anfang Mai mit dieser neuen Rakete als Erfolgsbeweis angeführt wird. Die militärischen Möglichkeiten der Russen sollen durch diese neueren Raketenwaffen stark eingeschränkt werden, was wiederum dazu führen könnte, daß die SK der RF ihre derzeitigen Initiativen, sowie auch die im Frühsommer dieses Jahres geplante Großoffensive, möglicherweise

nicht umsetzen könnten. So erhielten die ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) wieder die unrealistische Chance zur Erfüllung ihrer bisher erreichten Ziele (Rückzug der Russen aus allen ehemals ukrainischen Territorien) und könnten ihre Kräfte auch auf die von den USA vor deren Präsidentenwahlen geforderte zweite Großoffensive konzentrieren.

## Wie ist das Dargelegte zu bewerten?

Handelt es sich um realistische Positionen oder um unrealistische Wunschvorstellungen?

Die Antworten gaben die Streitkräfte der Russischen Föderation stehenden Fußes.

1. Am 4.5.24 vermeldete die RF, daß es ihren Streitkräften gelungen sei, an diesem Tag vier ATAC MS-Raketen aus neuester US-Produktion auf der Krim abzufangen. Damit erhöhte sich die Anzahl der zerstörten neuen ATAC MS-Raketen bereits 14 Tage nach dem ersten Abschuß auf 15. So wurde der game changer-Mythos schnell zerstört. „Schuld“ daran hatten in erster Linie die modernisierten BUK-M3-Luftverteidigungskomplexe, die eng mit den neusten Mitteln des elektronischen Kampfes zusammenarbeiteten und dabei ihre Wirksamkeit gegenüber den ATAC MS unter Beweis stellten. Dieser Komplex kann bis zu 36 Ziele bis auf 70 km und in einer Höhe von 35 km orten und sechs Ziele gleichzeitig, auch solche unter schwierigen elektronischen Bedingungen, bekämpfen. BUK-M3 zeichnet sich durch hohe Mobilität und kurze Vorbereitungszeiten aus. Diese LV-Komplexe stehen für einen Wendepunkt in der Kriegsführung, wie es Rainer Rupp am 8.5.24 feststellte. Nun steht es in den Sternen, ob die USA die avisierte Anzahl von 100 ATACMS, die sich noch in der Produktion befinden, mit einem Stückpreis bis 1,5 Mio. Dollar, in die Ukraine liefern wird.
2. Rußland, welches auch auf das an seinen West- und Nordgrenzen stattfindende Großmanöver der NATO „Steadfast Defender 2024“ reagieren muß, zeigte den Manöverparteien in der Ost-Ostsee und im Baltikum auf, daß die RF-SK dort nicht isoliert sind und daß es die elektronische Kriegsführung – die Satellitenkommunikation – tiefgründig beherrscht. Die RF schaltete für 63 Stunden das GPS-System des Westens einfach ab, wodurch sich keine Flugzeuge im dortigen Luftraum unbehindert bewegen konnten. Davon betroffen war sogar der Verteidigungsminister GB, da an seinem Flugzeug, als dieses an Kaliningrad vorbeiflog, ein Nichtfunktionieren des GPS-Systems festgestellt wurde. Eine solche Operation war auch deshalb für Rußland wichtig, weil immer noch nicht voll geklärt war, wie und von wo die Drohnen in St. Petersburg aus der 700 km entfernten Ukraine gelenkt wurden. Rußland zeigte dem Westen weiterhin an, daß es mit seinem immer wirksameren GLONASS-Satellitensystem für Armee, Flotte und den Zivilbereich handlungsfähig ist und bleibt.

Die technologische Antwort Rußlands auf die US-Angriffswaffen (besonders auch auf F-16 Flugzeuge) wird Auswirkungen auf die Strategie und Taktik des NATO-RF-Krieges, aber auch auf die militärischen Konflikte in der Welt, haben.

Auf den Gebieten der Luftverteidigungsanlagen und der elektronischen Kampfmittel läßt die NATO im modernen Gefecht ernste Schwächen erkennen, die nur langfristig zu beheben sind. Hier wirkt sich die jahrelange Negierung der realen technologischen Lage und Selbstüberschätzung des Westens äußerst negativ für die NATO und die Ukraine aus.

## Reaktionen der RF auf die eskalierenden Bedrohungen des Westens

Die Zunahme der Bedrohungen der RF durch den Westen, wie

- der Einsatz von weitreichenden NATO-Atomraketen auf russisches Kernland,
  - der mögliche Einsatz von NATO-Willigen und deren Soldaten auf ukrainischem Territorium,
  - das NATO-Großmanöver „Steadfast Defender 2024“ an den Nord- und Westgrenzen Rußlands,
  - das Ansinnen Polens, US-Atomwaffen auf seinem Territorium zu stationieren,
  - sowie der Wunsch der USA, 1000 Atomsprenköpfe an NATO-Länder in der EU zu verkaufen,
- machten es notwendig, daß Rußland seine taktischen Atomwaffen überprüft. Aus diesem Grund wurde dazu kurzfristig eine Militärübung durch die RF angeordnet, wodurch jedoch niemand, entsprechend der russischen Doktrin, unbegründet bedroht wird. Bisher erfuhr der Westen auf seine immer stärker eskalierenden Bedrohungen der RF – auch atomare – keine ihn direkt bedrohenden Antworten durch Rußland. Mit dem Atomwaffenmanöver sorgte die RF erstmalig für ein schwerwiegendes Gegengewicht. Die Artilleriegranaten, Flugbomben, Marschflugkörper u.a. Waffen, die man zu den taktischen Atomwaffen Rußlands rechnen sollte, sind einsatzbereit und werden auch weiterhin wie Pulver trockengehalten. Die Richtigkeit dieses Herangehens wurde bereits dadurch bestätigt, daß Macron eilig seinen geplanten Truppeneinsatz in der Ukraine, bis auf die Fremdenlegionäre, zurückgezogen hat. Auch dem übrigen Westen sollte klarwerden, daß jeder Einsatz von NATO-Truppen in der Ukraine deren Vernichtung – bei Notwendigkeit auch mit taktischen Atomwaffen – zur Folge haben wird. Für Rußland hat ein solches Handeln eine existentielle Bedeutung. Das möchte die RF mit dieser Überprüfung der taktischen Atomwaffen der NATO vermitteln. Wenn vor einem Einsatz von Atomwaffen nur wenige Minuten verbleiben, sollte man die Gelegenheit nutzen, die Uhren abzugleichen.

Oberst a.D. Gerhard Giese



# Rüstungsknotenpunkt Ukraine

*Deutsche Rüstungsunternehmen gehen zunehmend zur Produktion von Waffensystemen in der Ukraine über. Die Ukraine soll einer der größten Waffenproduzenten der Welt werden.*

Laut Angaben des Ministers für strategische Industrie der Ukraine, Oleksandr Kamyschin, produzieren mittlerweile rund 500 ukrainische Unternehmen Rüstungsgüter, darunter gut 100 staatliche. Größter Konzern ist das Konglomerat Ukroboronprom, das seit März 2023 offiziell den Namen Ukrainian Defense Industries (UDI) trägt.

Die Standorte dieser Waffenschmieden werden von Rußland allerdings immer wieder mit Drohnen sowie Raketen angegriffen; manche Unternehmer sind dazu übergegangen, ihre Fabriken alle drei Monate an einen neuen Standort zu verlegen. Hinzu kommen Stromausfälle, die aktuell wieder zunehmen – ein Ergebnis der jüngsten russischen Angriffe auf die ukrainische Energieversorgung. Nicht zuletzt beklagen ukrainische Rüstungsunternehmen einen Mangel an Arbeitskräften, der daraus resultiert, daß Hunderttausende Ukrainer an der Front kämpfen und weitere Millionen – häufig dauerhaft – ins Ausland geflohen sind.

Unabhängig davon schreitet der Aufbau der im September 2023 gegründeten Rüstungsallianz

der Ukraine mit Unternehmen aus westlichen Ländern voran. Ziel ist es, westliche Konzerne zur Gründung von Fabriken bzw. Joint Ventures mit ukrainischen Firmen zu bewegen. Berichten zufolge sind der Rüstungsallianz mittlerweile knapp 100 Unternehmen aus über 20 Staaten beigetreten, darunter etwa BAE Systems, die französische Thales Group, die italienische Leonardo, Saab aus Schweden sowie der türkische Drohnenhersteller Baykar. Diesem Vorgehen schließt sich auch Rheinmetall, der größte deutsche Rüstungskonzern, an. Rheinmetall hat am 24. Oktober vergangenen Jahres in Anwesenheit von Bundeskanzler Olaf Scholz gemeinsam mit Ukroboronprom/Ukrainian Defense Industries (UDI) die Gründung des Joint Ventures Rheinmetall Ukrainian Defense Industry LLC vollzogen. Rheinmetall-Chef Armin Papperger erklärte kürzlich, ab Spätsommer 2024 werde man den Transportpanzer Fuchs aus in Deutschland hergestellten Einzelteilen in einer Fabrik in der Ukraine montieren können; im Sommer 2025 werde das mit dem Schützenpanzer Lynx möglich sein. Langfristig ist auch die Fertigung des Kampfpanzers Panther in der Ukraine geplant. Zudem will das Unternehmen jährlich eine sechsstellige Zahl an Artilleriegeschossen vom Kaliber 155

in der Ukraine produzieren. Bislang ist der Bau von vier Fabriken in dem Land geplant. Einen ähnlichen Weg geht der deutsche Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann bzw. dessen Gemeinschaftsunternehmen mit der französischen Waffenschmiede Nexter, KNDS. Im März hieß es, man werde eine Logistikbasis in der Ukraine gründen; dort sollten zunächst Ersatzteile, später dann Munition sowie langfristig auch komplette Waffensysteme hergestellt werden. Der Münchener Drohnenhersteller Quantum Systems, der nach der Lieferung zahlreicher Aufklärungsdrohnen ebenfalls zunächst einen Standort zur Reparatur und zur Ausbildung an seinen Drohnen in der Ukraine eröffnet hatte, hat am 18.4.24 im Beisein von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck eine Fabrik in Betrieb genommen, die bis Ende 2024 annähernd 100 Mitarbeiter beschäftigen und perspektivisch bis zu 1000 Drohnen pro Jahr herstellen soll. Der Drohnenabwehr wiederum dient eine Kooperation von MBDA Deutschland und UDI, auf die sich beide Seiten bereits im Februar geeinigt haben.

Die Beispiele zeigen, daß sich die deutsche Rüstungsindustrie eine herausragende Rolle beim Aufbau der ukrainischen Branche zu sichern sucht.

*Redaktionell gekürzt  
german-foreign-policy.com, 22.4.24*

## Internationale Rekordausgaben für Rüstung 2023

Am 22. April veröffentlichte das Stockholmer Institut für Internationale Friedensforschung (SIPRI) Zahlen zu den internationalen Rüstungsausgaben und damit zu den militärischen Aktionen und Ambitionen der regierenden „Eliten“ der Großmächte und jener, die nunmehr auch den deutschen Anspruch auf diesen Rang erheben. Die SIPRI-Zahlen sind eine dramatische Warnung vor einer sich abzeichnenden globalen Kriegskatastrophe. Sie müßten vielen der zum militärischen Opfergang verurteilten Völker das Blut in den Adern erstarren lassen.

2,4 Billionen US-Dollar, das heißt 2400 Milliarden Dollar, wurden laut SIPRI 2023 für Waffen und Krieg verpulvert. Soviel wie noch nie zuvor – nicht einmal während des Kalten Krieges. Diese kaum vorstellbare Größenordnung wurde um fast sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert und das vor dem Hintergrund eines globalen geopolitischen Umbruchs. Er signalisiert das allmähliche Schwinden der US-Dominanz, die nach dem Zweiten Weltkrieg die internationalen Beziehungen prägte. Die USA versuchen, das mit der Riesensumme von über 916 Milliarden Dollar für das Rüstungsbudget (37 Prozent aller Militärausgaben der Welt) aufzuhalten. Die NATO als de facto US-Militärbündnis gab allein über eine Billion (d. h. 1340 Milliarden) Dollar für den ursprünglich nur auf die Staaten des Nordatlantiks bezogenen Pakt aus, der zusammen mit Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland weltweite militärstrategische Ambitionen gegenüber Rußland

und China verfolgt. Auch letztere stockten zwar weniger, aber dennoch erheblich gegenüber dem kollektiven Westen auf: Rußland im Krieg mit der Ukraine um 44 Milliarden auf 109 Milliarden und China auf fast 300 Milliarden Dollar.

Wie bei einer Waage werden beide Seiten mit immer weiteren Gewichten für gesteigerte Aufrüstung sowie reale beziehungsweise vermeintlich geopolitische Verteidigungserfordernisse belastet. Die SIPRI-Zahlen sprechen für sich. Aber zugleich verschwimmen die Grenzen der Tragfähigkeit für Balken, die diese Waagschalen tragen. Trotz – nein, vor allem wegen immer raffinierterer waffentechnischer Innovationen. In deren Konsequenz kann durch Fehldeutung der jeweils gegnerischen Absichten, durch technische Defekte automatisierter Befehlsketten oder streßbedingter Fehlentscheidungen ein letztlich ungewollter Krieg, aber dann auch mit seinen kaum zu stoppenden Eskalationen, ausgelöst werden. Das offenkundige Kalkül auf Seiten Rußlands: das nahezu zwanzigfach größere Wirtschaftspotential des Westens für den Ukraine-Krieg so lange wie möglich militärisch nur begrenzt wirksam werden zu lassen, um die NATO mit einer zur Neutralität gezwungenen Ukraine gegenüber dem europäischen Teil Rußlands auf Abstand zu halten. Sollte dies auf längere Sicht mit konventionellen Waffen nicht gelingen, sähe Rußland seine Staatlichkeit existenziell gefährdet. Dies wäre laut seiner im Prinzip von den USA

2015 übernommenen Nukleardoktrin (mit der Streichung des zuvor geltenden Verzehrs der UdSSR auf Erstanwendung von Kernwaffen) jener Fall, der den Rückgriff auf entsprechende Einsatzmittel erlauben würde.

Das proklamierte Ziel eines einzig und ausschließlich denkbaren Sieges der Ukraine über Rußland zeigt das westliche Kalkül: Es setzt auf lange Kriegsdauer mit entsprechender rüstungsindustrieller Hochkonjunktur – vor allem in den drei klassischen Großmächten des Westens unter Einschluß Deutschlands als dem zweitgrößten Waffenlieferanten für die Ukraine nach den USA. Die damit verbundene Hoffnung auf eine Schwächung/„Ruinierung“ Rußlands bei längerer Dauer des Krieges würden sich für den Westen bezahlt machen, solange die Truppen der Ukraine formal allein ohne NATO, aber mit westlichen Waffen kämpfen. Aber die große Frage hierbei lautet: Für wie lange hält der Kreml diese auf westlicher Seite behauptete Nichtbeteiligung der NATO für glaubwürdig? Keineswegs hinter vorgehaltener Hand kursiert nicht nur in Moskau die noch als inoffiziell geltende Auffassung, daß sich Rußland längst in einer Art militärischer Auseinandersetzung mit den USA und ihrer NATO befindet. Polens Regierung signalisierte bereits mehrfach die Bereitschaft, ihr Land für die Stationierung amerikanischer Kernwaffen zur Verfügung zu stellen.

Die letzten „roten Linien“ sicherheitspolitischer Mäßigung stehen somit in Frage.

**Prof. Dr. Gregor Putensen, Güstrow**

# Europäische Union – reaktionär, imperialistisch, militaristisch, aggressiv

Am Anfang stand das Versprechen, ja die Verheißung, die Europäische Union (EU) werde den Kontinent vereinen und Frieden und sozialen Fortschritt bringen. Es wurde die Illusion verbreitet, Europa könne unter kapitalistischen Bedingungen zu Einheit, Frieden und Wohlstand gelangen. Und was ist daraus geworden?

## Vorläufer

Die Vorgänger der EU waren die Montanunion (1951) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1957). Schon an deren Entstehung waren sowohl die europäischen als auch die Monopole der USA interessiert. Dafür waren sowohl ökonomische als auch politische Interessen und Ziele maßgebend.

Eine wichtige Triebkraft war der Antikommunismus. In den revolutionären Umgestaltungen in den Staaten Osteuropas, in den verbreiteten revolutionären Stimmungen in den kapitalistischen Staaten Westeuropas und vor allem in der Existenz und dem zunehmenden Einfluß der Sowjetunion sahen sie eine Bedrohung für ihre imperialistische Politik.

Die Vertreter des deutschen Monopolkapitals, die mit Hilfe vor allem der USA und Englands den Zweiten Weltkrieg überlebten, ordneten sich aktiv in diese Front ein. Dazu gehörten auch solche, die schon während der Zeit des Faschismus einflußreiche und Regierungsfunktionen innehatten. Sie machten den amerikanischen und englischen Konzernherren und Regierungen konkrete Vorschläge, sowohl zu „wirtschaftlich-technischen Aspekten“ als auch die „politische Ebene“ betreffend. Arnold Rechberg, führender Mann des Kalitrusts stellte schon im Oktober 1945 der amerikanischen Militärregierung eine Denkschrift zur Verfügung. Er wurde deutscher Ratgeber dieser Regierung! Und es waren viele mehr!

Verweisen muß man auf die Rolle, die der Finanz- und Wirtschaftsfachmann und Minister der Hitlerregierung, Hjalmar Schacht, im Zusammenspiel zwischen den deutschen und internationalen Monopolen gespielt hat. Im Nürnberger Prozeß wurde Schacht am 1. Oktober 1946 mit drei Stimmen des Westens gegen die des sowjetischen Vertreters freigesprochen. Am 13. Mai 1947 verurteilte ihn ein deutsches Gericht zwar zu acht Jahren Gefängnis, aber schon am nächsten Tag ließen die amerikanischen Behörden in Deutschland ihn ins Krankenhaus bringen. Einen Monat später ließen sie verlauten, daß der ehemalige Reichsbankpräsident „einstweilen“ auf freien Fuß gesetzt wurde. Obwohl er den Status eines Angeklagten hatte, der für die Verbrechen des Nazi-Regimes Mitverantwortung trug, hatte Schacht immer die Möglichkeit, seine Vorstellungen über die Zukunft des deutschen Kapitalismus und über das Zusammenwirken mit den Westmächten zu äußern – und gehört zu werden. Er sah die Zukunft des deutschen Kapitalismus als ein Glied in der Front gegen den Sozialismus.

Antikommunismus und Gewerkschaftsfeindlichkeit gehörten zu seinen Lebensmaximen. Sein Buch „Abrechnung mit Hitler“ (1948) schließt er mit der Forderung, Deutschland als gleichberechtigten Partner in die „atlantische Völkergemeinschaft“ aufzunehmen. „Deshalb dürfen wir der festen Meinung sein, daß auch die neuesten Opfer, die Deutschland auferlegt worden sind, einen Sinn haben ... Vor dem Krieg hatte die Welt Deutschlands Zwangslage und sein Suchen nach einem friedlichen Weg zu seiner Selbsterhaltung nicht verstanden. Nach dem Kriege erkennt die Welt, was sie durch eine Vernichtung Deutschlands verlieren würde.“ Seine Pläne für die Wirtschaft waren noch konkreter. Sie knüpften an seinen Verhandlungen an, die er schon 1943/44 mit Allen Dulles und den anderen USA-Vertretern geführt hatte. Sie boten eine „friedliche“ Neuaufteilung entsprechend der Macht in der Welt des Kapitals an. Schacht wollte nicht nur ein „vereinigtes Europa“, sondern legte – in Kenntnis der amerikanischen Ziele – die Idee „einer einzigen Welt“ vor. In der Zeitung „Die Weltwoche“ (Schweiz) schrieb er 1948:

„Ein führender amerikanischer Einfluß bei entsprechender Kapitalinvestierung in die europäische Industrie würde einen wesentlichen Schritt auf eine einheitliche Weltwirtschaft unter einheitlicher Führung bedeuten“. Und Schacht war nur ein, wenn auch sehr wichtiger, Sprecher des deutschen Kapitals. Gefährten auf dem Weg der Spaltung Deutschlands und seiner Integration in die Bündnisse des internationalen Kapitals waren Hermann Abs, Robert Pferdmenges, der ehemalige Reichskanzler Brüning und nicht zuletzt Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Ihr gemeinsames Anliegen war die Rettung der Macht des Kapitals und seiner internationalen Expansion auf der Grundlage des Antisowjetismus und Antikommunismus sowie der Neokolonialismus.

## Deutsches Konzept heute

Die politische Union war und ist ein konstantes Ziel in der Europa-Politik aller bisherigen Regierungen der BRD. Dieses Ziel wurde in einzelnen Perioden mit unterschiedlicher Intensität verfolgt, aber nie aufgegeben. In den letzten Jahren wurde jedoch eine neue Akzentuierung eingeführt. Man ist bestrebt, den deutschen Anspruch zu fundieren, wonach die „bisherige europäische Ordnungsmacht Amerika“ zu ersetzen sei. Es wurde das „deutsche Interesse“ an einem „wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum“ mit einem Hinterhof, der bis nach Zentralasien und in den Nahen Osten reicht, verkündet. Deutschland habe ein „legitimes Interesse an seiner dauerhaften und festen Einbindung in einen wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum, der anderen Weltregionen vergleichbar ist“.

Deutschland müsse als größter und wirtschaftlich stärkster Staat in Europa „in

vorderster Linie“ für ein Europa eintreten, das in der Lage sei, sich „gegen äußere wirtschaftliche, politische und gegebenenfalls auch militärische Pressionen zu wehren“.

In einer SPD-Denkschrift über „Grundwerte für eine gerechte Weltordnung“ wird der angestrebte „Großraum“ wie folgt umrissen: „Um West- und Mitteleuropa, das sich als integrierte Weltregion etabliert, liegen in einem Halbkreis von Ost nach Süd Rußland, die früher mit der Sowjetunion verbundenen Republiken Weißrußland, Ukraine und Moldawien sowie Transkaukasien und Zentralasien, die Türkei und die Länder des Nahen Ostens und des Mittelmeeres“.

Die Rolle der EU wird dabei wie folgt gesehen: „Deutschland muß dafür eintreten, daß Europa (also nicht nur EU!) zu seinen Nachbarn eine besonders intensive, konstruktive und dauerhafte Partnerschaft aufbaut, welche die Lösung der sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und politischen Probleme der europäischen Nachbarschaft nicht – wie bisher – vorwiegend den Vereinigten Staaten überläßt.“

Aus der Sicht Deutschlands (gemeint das Deutschland der Monopole) gehe es heute um die Grundentscheidung, ob die „großen westlichen Nationen“ sich weiterhin der Führung der Vereinigten Staaten unterwürfen, was eine „instabile“ und nicht annehmbare Ordnung bedeute, oder durch die Weiterentwicklung eigener Machtmittel eine nach den eigenen Interessen definierte „globale politische Ordnung“ durchsetzen.

Der „europäische Raum“ müsse vor allem durch präventive Maßnahmen geschützt werden, und das schließe „rechtzeitige präventive Intervention“ weltweit ein.

Die Geschichte und Politik der EU demonstrieren, daß durch diese multilaterale kapitalistische Staatenorganisation weder die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Staaten noch die zwischen ihnen gelöst bzw. beseitigt werden können. Die Gründung und Entwicklung der EU selbst wurden zur Quelle von Widersprüchen.

Prof. Dr. Anton Latzo

## Friedenstüchtig

Wir trauen euch nicht.  
Was ihr verkündet –  
alles verlogen.  
Selbst euer Schweigen  
ist tödlich und irr.  
Daß wir euch ertragen,  
bezeugt:  
Wir sind nicht  
friedenstüchtig.

Erhard Scherner  
Potsdam

# Europa auf dem Weg nach rechts (Teil 2)

*Eine internationale Konferenz in Ungarn versammelte Politiker konservativer mit extrem rechten Parteien und stützte damit Bestrebungen im Europaparlament, den antifaschistischen cordon sanitaire endgültig zu durchbrechen.*

## Die CPAC

Die Conservative Political Action Conference (CPAC) wird seit 1974 regelmäßig abgehalten, um rechte Kräfte innerhalb der US-Republikaner zu vernetzen und für rechte Wahlkandidaten zu werben. Seit den 2000er Jahren hat sie sich von einer Eliten- zu einer Massenveranstaltung entwickelt, an der regelmäßig viele Tausend rechte Aktivisten teilnehmen. Im Jahr 2011 trat erstmals Donald Trump auf der CPAC auf, behauptete, die Vereinigten Staaten würden im großen Stil von fremden Ländern ausgeplündert, und kündigte darüber hinaus an, falls er sich in Zukunft entscheiden sollte, Präsident zu werden, werde „unser Land wieder großartig sein“. Mit Beginn seiner Präsidentschaft im Jahr 2017 ist die CPAC dann vollständig auf seine Linie eingeschwenkt; neben Trump treten regelmäßig ultrarechte Hardliner wie Trumps früherer Chefstrategie Steve Bannon oder die Abgeordnete im Repräsentantenhaus Marjorie Taylor Greene auf. Ebenso regelmäßig berichten US-Journalisten, daß sie auf der CPAC die Präsenz rassistischer Befürworter einer angeblichen „Überlegenheit der Weißen“ und von Anhängern antisemitischer Verschwörungstheorien hätten dokumentieren können. In diesem Jahr wurde auf der CPAC laut einem Bericht des US-Senders NBC aufgerufen, der Demokratie ein Ende zu setzen und eine streng christliche Regierung zu installieren.

## Globale CPAC-Ableger

Im ersten Amtsjahr von US-Präsident Donald Trump haben die Organisatoren der CPAC begonnen, Ableger im Ausland zu gründen, insbesondere auch auf anderen Kontinenten. Im Dezember 2017 etwa wurde erstmals die CPAC Japan abgehalten. Sie versammelt ebenfalls Personen und Organisationen der äußersten Rechten, bezieht allerdings auch Rechte aus anderen Ländern ein, insbesondere aus den USA, aber etwa auch aus Taiwan. Sie ist ebenso

klar antichinesisch geprägt wie die CPAC South Korea, die 2019 zum ersten Mal stattfand. 2019 kamen erstmals die CPAC Australia sowie die CPAC Brazil zusammen, letztere im ersten Amtsjahr des ultrarechten Präsidenten Jair Bolsonaro, dessen Mitarbeiter und Anhänger die Veranstaltung seitdem regelmäßig zur Vernetzung mit der trumpistischen US-Rechten nutzen. 2022 wurden zudem eine CPAC Mexico und eine CPAC Israel umgesetzt, daneben eine CPAC Hungary, diese als bisher einziger Ableger der US-Organisation in Europa.

## Die CPAC Hungary

Auf der am 25.4.24 zum dritten Mal in Budapest durchgeführten CPAC Hungary bezeichnete Orbán in seiner Eröffnungsrede vor rund 800 Gästen Ungarn als „Labor“, in dem man sich „gegen die Ideologie der woken Linken“ in Stellung bringe. Als weitere Redner angekündigt waren unter anderem Polens einstiger Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Sloweniens früherer Ministerpräsident Janez Janša und Australiens Ex-Premierminister Tony Abbott. Auftritte hatten die Vorsitzenden mehrerer Parteien der extremen Rechten – Geert Wilders (Partij voor de Vrijheid, Niederlande), Tom van Grieken (Vlaams Belang, Belgien), Santiago Abascal (Vox, Spanien) und André Ventura (Chega, Portugal) sowie ein Europaabgeordneter der FPÖ, Harald Vilimsky. Zum Thema „Grenzschutz“ gab es Beiträge des vormaligen deutschen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen und von Fabrice Leggeri, von 2015 bis 2022 Leiter der EU-Flüchtlingsabwehrbehörde Frontex, seit Jahresbeginn für den Rassemblement National (RN) aus Frankreich aktiv. Neben US-Republikanern waren in Budapest auch Vertreter der extremen Rechten Lateinamerikas (Eduardo Bolsonaro, José Antonio Kast) sowie zwei israelische Likud-Minister (Amichai Chikli, Gila Gamliel) präsent.

## Dialog mit der extremen Rechten

Die CPAC Hungary ist unter anderem deshalb von Bedeutung, weil sie dazu beiträgt, den cordon sanitaire einzureißen, der in Europa jahrzehntelang die Zusammenarbeit konservativer Parteien mit Parteien der extremen Rechten

tabuisierte. Er ist ohnehin nur noch punktuell vorhanden: In diversen EU-Mitgliedstaaten sind Parteien der extremen Rechten bereits an der Regierung beteiligt bzw. beteiligt gewesen (Österreich, Finnland), stellen sogar die Ministerpräsidentin (Italien mit Giorgia Meloni/Fratelli d'Italia) oder haben die Regierung zumindest per Duldung unterstützt (Dänemark, Schweden). Seit geraumer Zeit sind derartige Bestrebungen auch im Europaparlament zu beobachten. So führt die konservative EVP schon seit Jahren einen „Dialog“ mit der ECR (European Conservatives and Reformists), der neben Polens ehemaliger Regierungspartei PiS (Prawo i Sprawiedliwość) auch als extrem rechts eingestufte Parteien wie „Die Finnen“ sowie die französische Partei Reconquête des rechts von Marine Le Pens RN stehenden Journalisten Éric Zemmour angehören. ECR-Mitglied sind zudem die Fratelli d'Italia der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor allem in der Flüchtlingsabwehr äußerst eng kooperiert.

## Ein breiter Rechtsblock

Vor dem Hintergrund offenkundiger Annäherungsbestrebungen zwischen Konservativen und Teilen der extremen Rechten hat eine Abstimmung im Europaparlament am 24.4.2024 für Aufmerksamkeit gesorgt: Ein Antrag, der Maßnahmen gegen die Belästigung von Mitarbeitern durch Abgeordnete durchsetzen sollte, wurde durch ein gemeinsames Votum von EVP, ECR und der ultrarechten ID-Fraktion (Identity and Democracy) zu Fall gebracht. Damit ist ein breiter Rechtsblock zutage getreten, wie er – freilich informell – auch auf der CPAC Hungary zu beobachten ist; dort sind neben Politikern aus EVP- und aus ECR-Parteien auch Vertreter von ID-Parteien – Vlaams Belang, FPÖ, Lega, Rassemblement National – präsent. Darüber hinaus arbeitet laut Berichten Melonis Partei Fratelli d'Italia daran, das in Italien praktizierte Regierungsmodell – dort regieren die Fratelli d'Italia (ECR) mit der Forza Italia (EVP) und der Lega (ID) – auf die EU-Ebene zu übertragen.

*german-foreign-policy.com, 26.4.24*



## GEDULD

Ein Bild und viermal der Buchstabe P  
Pistorius, Putin, Pistole und Panzer.  
Was ist mit dem menschlichen Dauerwehweh:  
Genau so tückisch und tödlich wie Cancer?

Gemeint ist der Krieg, er steht stets im Raum,  
Als wäre er Teil von Naturgewalten,  
Mit Blitz und Donner und Hagelsturmschaum,  
Durch Mensch und Verstand nicht aufzuhalten.

An Zweibeinern reichlich, an Kopfinhalt Mangel,  
Hat das verdammte Imperium Geld –  
Wir nennen es Schicksal – uns längst an der Angel.  
Mal sehen, wie lang noch der Welt das gefällt.

**Lutz Jahoda**  
5.5.24

# Kampf der „Götter“ hat begonnen

Vom 6. bis 9. Juni 2024 sind Europawahlen. Laut Umfragen sind die konservativen und reaktionären Parteien im Vormarsch. Sie nehmen bereits vor den Wahlen Einfluß auf die Politik der Europäischen Union. Die zentralen Themen sind Migration und Grenzen, Klima und Umwelt, Wirtschaft und Inflation sowie Machtverteilung zwischen EU und Nationalstaaten. Im Richtungsstreit darüber positionieren sich proeuropäische Kräfte, Kritiker und „rechte“ Extremisten. Die Europäische Volkspartei will einen neuen Vertrag mit mehr Macht für das Parlament und weniger Nationalstaatlichkeit. Die Europäische Linke will eine EU, die die europäischen Bürger vor Krieg, Inflation und Klimawandel schützt. Die radikalen Konservativen sagen Nein zur Migration und Ja zu mehr Sicherheit und Grenzregime. Und die extremen Rechten, darunter die AfD, verlangen eine andere EU mit mehr Befugnissen für die Nationalstaaten. Egal wie die Wahlen ausgehen, die Forderungen der Reaktionäre werden bleiben.

In der *arte*-Sendung „Endspiel um Europa? – Die Europäische Union am Scheideweg“ – am 30. April 2024 hieß es: „Beim Thema Migration entsprechen viele Maßnahmen der EU inzwischen den Forderungen rechter Parteien. Die gemeinsame Klimapolitik des Green Deal droht zu scheitern. Offen ist, ob die EU mehr Macht bekommt und das Veto-recht der Nationalstaaten zugunsten eines Mehrheitsprinzips reformiert wird, damit die EU handlungsfähig bleibt.“

Hinter diesen zentralen Themen stehen harte wirtschaftliche Interessen. Die USA und Großbritannien sowie die EU, voran Deutschland, wollen den Krieg gegen die Russische Föderation, um sich den Ressourcenreichtum Sibiriens zu holen. Jeder kapitalistische Wirtschaftsriese will ihn für sich. Der französische Präsident Emmanuel Macron erneuerte in der Sorbonne seinen Appell für mehr Eigenständigkeit und Wehrhaftigkeit Europas. Das tat er bereits vor sieben Jahren am selben Ort. „Es besteht die Gefahr, daß unser Europa sterben könnte“, warnte der Franzose. Ein „Europa der Stärke, des Wohlstands und des Humanismus“ müsse energischer für die eigenen Interessen eintreten, insbesondere gegenüber den USA und der Volksrepublik China. Die Rede war zwar an die ganze Europäische Union gerichtet, sollte aber wohl vor allem die deutsche Ampelregierung herausfordern. Die Bundesrepublik Deutschland, einst Lokomotive der Europäischen Union, ist ins Stocken geraten. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) prognostizierte Deutschland für 2024 ein Wachstum von 0,2 Prozent. Weltweit erwartet sie ein

Wachstum von 3,1 Prozent, im Europa-raum von 0,7 Prozent.

Deutschland hatte in den letzten fünf Jahren wirtschaftliche Überschüsse erzielt, weil die von der Europäischen Zentralbank (EZB) eingeführten Null- oder Negativzinsen einen geringeren Betrag zur Begleichung der Staatsschulden erforderten und es dem Land ermöglichten, Reserven anzusammeln, um die durch COVID-19 verursachte sozialökonomische Krise zu bewältigen. Die Wirtschaft sollte mit Hilfe eines massiven



**Ursula von der Leyen will mit Hilfe der Faschistin Giorgia Melonie erneut EU-Kommissionspräsidentin werden (25. Mai 2023)**

Investitionsschubs von schätzungsweise 20 Milliarden Euro wieder angekurbelt werden. Laut einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird Deutschland jedoch derzeit durch den Krieg in der Ukraine und den völligen Stopp der russischen Gaslieferungen belastet, was bereits zu einem Rückgang von fast 100 Milliarden Euro führte (2,5 Prozent des BIP). Dieser Rückgang hat als Kollateraleffekte den Eintritt der Wirtschaft in eine Rezession, den Anstieg der Arbeitslosenquote in Verbindung mit einer rasanten Inflation und dem Ende der Handelsüberschüsse. Laut *euronews.com* ist die deutsche Lokomotive im vierten Quartal 2023 aufgrund des Anstiegs der Energiepreise, des Rückgangs der Industrieproduktion aufgrund der schwachen europäischen Nachfrage und der Stagnation im Inland zurückgefahren (negatives Wachstum von 0,3 des BIP). Der Konsum ging zurück und die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den übrigen Ländern der Welt verloren. Die Exporte verringerten sich im Jahr 2023 um 1,2 Prozent. Die Erhöhung der Zinssätze durch die EZB auf 4,5 Prozent und die grassierende Inflation von 5,9 Prozent im Jahr 2023 hatten eine Stagnation der Reallohne, Steueranpassungen und Kürzungen der Agrarsubventionen zur Folge.

Laut einem EU-Bericht arbeiten 7,5 Millionen Deutsche im Niedriglohnsektor (Minijobs) und laut Paritätischem Gesamtverband

liegt der Anteil der von Armut bedrohten Menschen in Deutschland bei 14 Millionen (16,6 Prozent der Bevölkerung). Zusammen mit der hohen Einwandererquote in Deutschland (20 Prozent) resultiert daraus eine Intensivierung fremdenfeindlicher Gefühle in der deutschen Gesellschaft. Ausländische Unternehmen kritisierten an Deutschland zu hohe Steuern und Arbeitskosten, teure Energie und lähmende Bürokratie. Nach diesem Bericht sind in Deutschland rund ein Fünftel der Senioren, der Kinder und Jugendlichen

(unter 18 Jahren) sowie ein Viertel aller jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren arm. Der Zustand der Bundesrepublik Deutschland ist das Ergebnis der Regierungspolitik. Die Ampelregierung betrieb den Ausstieg aus dem Bezug russischen Erdgases und Erdöls. War das Dummheit oder maßlose Arroganz oder beides? Das war vor allem ein Riesenschaden für die Bundesrepublik Deutschland, vor allem für ihre Bevölkerung. Wer jedoch annimmt, daß da Laien am Werke wären, der irrt. Die deutsche Bundesregierung ermächtigt sich, mit ihrer Politik die Wünsche der deutschen Bourgeoisie zu erfüllen. Der neue Feldzug gegen die Russische Föderation soll vorbereitet werden, koste es die

Bevölkerung, was es wolle.

Laut einer Umfrage von TNS-Emnid für das Wochenmagazin *Focus* würden 26 Prozent der Deutschen darüber nachdenken, eine Partei zu unterstützen, die Deutschland aus dem Euro führen will. Die AfD dachte bereits darüber nach, ein Referendum über den Austritt Deutschlands aus dem Euro (Dexit) vorzuschlagen. Das nenne ich Arbeitsteilung unter den bürgerlichen Parteien: Die einen bereiten die Bundesrepublik Deutschland auf den Krieg vor. In fünf Jahren muß sie kriegstüchtig sein. Die anderen führen sie aus dem Euro. „Diese EU muß sterben, damit das wahre Europa leben kann“, sagte Björn Höcke beim Europarteitag der AfD. Die Tageszeitung „junge Welt“ schätzte ein, daß an die Stelle einer vor allem an Kapitalinteressen orientierten EU, die AfD ein völkisch definiertes „Europa der Nationen“ setzt, das unter deutscher Hegemonie und in Distanz zu den USA organisiert werden soll. „junge Welt“ weiter: „Die Kritik an einer neoliberal fundierten EU ist aus linker Sicht berechtigt und notwendig. Eine EU-Kritik aus völkisch-nationalistischer Perspektive dagegen öffnet den Weg in eine noch schlimmere Richtung, weshalb es auch nicht den Hauch eines Zweifels geben darf, wie diese EU-Kritik von rechts zu bewerten ist ... Allerdings läuft die Politik der EU und auch der Ampelparteien auf eine objektive Unterstützung der extremen Rechten hinaus. Nach wie vor ist die EU-Finanzpolitik stark

von neoliberalen Grundannahmen geprägt und es droht eine Rückkehr zu den Sparhaushalten der Vergangenheit, die vor allem auf Kosten der Beschäftigten gehen würde.“

Der Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus dem Euro wäre der Anfang vom Ende der Eurozone und der Beginn einer neuen europäischen Wirtschaftskartographie. Die Mächte der USA würden sich in die Fäuste lachen. Sie könnten einen weiteren Triumph verbuchen: Die konkurrierende Eurozone wäre verschwunden und die Bundesrepublik Deutschland geschwächt. Auch wenn ein solches Szenarium hypothetisch ist, ist es deshalb ausgeschlossen? Der Kampf der „Götter“, bei dem sich die imperialistischen Mächte in die Haare geraten, hat begonnen. Die Mächtigen der USA haben vor, ihre „Verbündeten“ als Konkurrenten aus dem Wege zu räumen. Die Gefahr des Spiels mit dem nuklearen Feuer innerhalb der imperialistischen Mächte könnte größer sein als das der USA samt ihrer Gefolgschaft gegen die Volksrepublik China und die Russische Föderation. Washington wird jedes Mittel recht sein, um der Götterdämmerung zu entgehen. Bevor das römische Imperium unterging, zündete Nero Rom an.

In seinem Aufsatz „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ schrieb Lenin unter anderem: „Vom Standpunkt der

ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“ Ein Dexit steht für „unmöglich“, ein neuer Vertrag der EU für „reaktionär“. Unter der Ägide bürgerlicher Parteien, unabhängig davon, in welchen Farben sie auftreten, ist ein friedliches, solidarisches und sozial gerechtes Europa nicht möglich. Ein solches Europa kann nur von fortschrittlichen und revolutionären Kräften aufgebaut werden. Ich habe Zweifel, ob die Europäische Linke eine Versammlung solcher Kräfte ist. Es geht nicht darum, sich sozialistischen Träumereien hinzugeben. Die nächste Aufgabe besteht meines Erachtens darin, eine antiimperialistische Front zu schaffen. Die Linke und das Bündnis Sahara Wagenknecht müssen sich entscheiden, ob sie sich einer solchen Aufgabe stellen wollen. Das Einende muß in den Vordergrund treten und das Trennende verdrängt werden. Wir hatten einmal in der Region mit der „Aktionsseinheit links“ einen solchen Ansatz. Die Bereitschaft war da. Ein neuer Anlauf ist jederzeit möglich.

**Wolfgang Herrmann**  
Dreesch

Unser langjähriger „RotFuchs“-Autor

## Wolfgang Herrmann

aus Dreesch (Neubrandenburg) begeht am 5. Juni seinen 85. Geburtstag.

Redaktion und Vorstand gratulieren Dir, lieber Wolfgang, von ganzem Herzen und wünschen Dir Kraft und Gesundheit für das neue Lebensjahr.

Als standfester Kommunist hast Du in verschiedenen Funktionen im FDJ- und Parteiapparat auf Bezirks- und zentraler Ebene Deine Kraft der Gestaltung unserer sozialistischen Gesellschaft gewidmet.

Von 1985 bis 1988 standest Du als Berater an der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) in Nicaragua. Später warst Du als Vorsitzender des Vereins zur Förderung der deutsch-nicaraguanischen Freundschaft aktiv, deren Zeitung *Nueva Nicaragua Informe* in Deiner Verantwortung herausgegeben wird.

Mit Deinen Beiträgen im „RotFuchs“ profitieren die Leser seit Jahren von Deiner Kompetenz und Deinen politischen Erfahrungen aus arbeitsreichen Jahren im In- und Ausland. Dafür sagen wir Dir Dank!

Wir freuen uns, einen so engagierten, zuverlässigen und parteilichen Mitstreiter an unserer Seite zu haben.

## Karl Lauterbach will Gesundheitswesen auf Kriege vorbereiten

Auch im Gesundheitswesen brauche es eine „Zeitenwende“, sagte der Gesundheitsminister. Er weiß nicht, wovon er redet.

Es ist die Zeit der Zeitenwenden. Überall Zeitenwenden.

Zeitenwende bei der inneren Sicherheit. Zeitenwende im NATO-Land Norwegen, an der Ostflanke, in der deutsch-finnischen Zusammenarbeit. Zeitenwende im Verhältnis zu Teheran. Zeitenwende in der Digitalpolitik. Zeitenwende am Biertisch. Zeitenwende zwischen Iran und Israel. Zeitenwende mit dem neuen Ultra-Handy samt Kameramonster. Zeitenwende in der Verteidigungspolitik.

Und jetzt springt auch noch Gesundheitsminister Karl Lauterbach auf den Zug auf: „Nichtstun ist keine Option. Es braucht eine Zeitenwende im Gesundheitswesen.“

Was könnte er damit meinen? Endlich genug Geld für unsere Spitäler? Werden die börsennotierten Investoren endlich verjagt? Wird die private Krankenversicherung abgeschafft? Oder wird das Pflegepersonal endlich gut bezahlt? Weit gefehlt!

In Interviews wirft Lauterbach Ärztinnen und Ärzten vor, sie hätten sich seit Ende der 80er-Jahre nicht mehr mit Fragen des Krieges beschäftigt. Deswegen sei unser Gesundheitswesen für den Katastrophenfall eines militärischen Konflikts nicht vorbereitet. Lauterbach ortet eine Gesetzeslücke und verspricht: „Wir werden das angehen.“

Konkret wurde Lauterbach gefragt: „Halten Sie es für notwendig, das Gesundheitswesen ‚kriegstüchtig‘ zu machen?“ Lauterbach beanstandete den Begriff nicht, sondern antwortete: „...Wir müssen uns auch für (...)

eventuelle militärische Konflikte besser aufstellen.“

Es war dieses neue, frisch erfundene Wort, ganz harmlos und nebenbei kam es daher, und doch war es das entscheidende paradigmatische Wort: Es heißt „kriegstüchtig“. Schon Platon hatte in seinen *Nomoi* gesagt, daß „sich jeder nicht erst im Kriege, sondern schon in Friedenszeiten auf den Krieg einüben (...) und dabei weder Frost noch Hitze scheuen“ müsse. Oder ist die Kriegstüchtigkeit à la Lauterbach nur die moderne Version von „Si vis pacem para bellum“, wie es Cicero in einer *Philippika* vor mehr als 2000 Jahren sagte („Wenn du Frieden willst, dann bereite den Krieg vor“)? Das Wort tüchtig ist aus der Mode gekommen. „Dem Tüchtigen gehört die Welt“, heißt es, oder: „Das Glück ist mit dem Tüchtigen.“ Da denkt aber niemand an Krieg! Daß ein Verteidigungsminister seine Armee kriegstüchtig machen will, wundert niemanden. Aber das Gesundheitswesen? Wie darf man sich ein kriegstüchtiges Gesundheitswesen vorstellen? Der Minister erklärte: „Im Krisenfall muss jeder Arzt, jedes Krankenhaus, jedes Gesundheitsamt wissen, was zu tun ist.“ Zuständigkeiten und Meldeewege müßten klar sein, sagt er, Vorräte müßten angelegt werden, vorhandenes Personal und verfügbare Betten müßten bekannt sein. Das soll es gewesen sein?

Seltsam. Solche Banalitäten können doch im Ernst mit Kriegstüchtigkeit nicht gemeint sein. Es spricht absolut nichts dagegen, das Gesundheitswesen auf den plötzlichen Anfall vieler Kranker wie bei einer Epidemie oder auf den plötzlichen Anfall vieler Verletzter wie bei einer Natur- oder Verkehrskatastrophe so gut wie

möglich vorzubereiten. Das ist eine originäre gesundheitspolitische Aufgabe, und zwar schon immer. Mit Kriegstüchtigkeit hat dies nichts zu tun. Tatsächlich ist also „Kriegstüchtigkeit“ des Gesundheitswesens ein Propagandabegriff ohne Inhalt. Der Begriff Kriegstüchtigkeit suggeriert, es ginge bei einem Krieg auf europäischem oder gar auf deutschem Boden wie im 20. Jahrhundert zu: Mann gegen Mann, Kompanie gegen Kompanie, Armee gegen Armee. Sollte es aber im 21. Jahrhundert zu einem Krieg in Europa kommen, so wird es ein atomarer Krieg von Großmächten sein, dabei sicher auch ein Cyberkrieg.

Wenn es beim Thema Krieg überhaupt eine Zeitenwende gegeben hat, dann ist es das Verkümmern der Friedensbewegung, dann ist es die massive Aufrüstung der Bundeswehr, dann sind es herbeigezauberte gewaltige Sondervermögen für Rüstungsausgaben, dann ist es Rheinmetall statt Fresenius im Dax.

Es gerät in Vergessenheit, daß es bei einem Atomschlag – im Gegensatz zu Krankheiten oder Katastrophen – keine ärztliche Hilfe gibt. Da kann man das Gesundheitswesen noch so „kriegstüchtig“ machen.

In der Genfer Deklaration des Weltärztebundes von 1948 heißt es unverändert: „Als Mitglied der ärztlichen Profession gelobe ich feierlich, mein Leben in den Dienst der Menschlichkeit zu stellen.“

Von Kriegstüchtigkeit ist da nirgends die Rede. Si vis pacem para pacem („Falls du Frieden willst, bereite den Frieden vor“)!

**Bernd Hontschik**

Quelle: *INFORMER*, 1.5.24

Der Autor ist Chirurg und Publizist in Frankfurt/M.

# Frankreich, Deutschland, Polen und der Traum von der militärischen Großmacht

Schon seit einer ganzen Weile tut sich Frankreichs Präsident Macron mit wüsten militaristischen Forderungen hervor, drängt auf eine schnelle Ausdehnung der Rüstungsproduktion zur Belieferung der Ukraine, beharrt gar darauf, die Entsendung von Bodentruppen in das Land müsse möglich sein. Nun hat er seine pompös angekündigte Europarede am 25. April an der Sorbonne genutzt, um die Sache umfassender anzugehen. Die EU müsse sich endlich an den Aufbau einer „glaubwürdigen Verteidigung des europäischen Kontinents“ machen, verlangte er: Bereits nächstes Jahr solle sie eine Schnelle Eingreiftruppe von gut 5000 Militärs in eine „feindliche Umgebung“ entsenden können, und um auf lange Sicht über ein einheitliches Offizierskorps zu verfügen, sei die Schaffung einer „europäischen Militärakademie“ erforderlich. Tags drauf legte er noch einmal nach: Eine „glaubwürdige Verteidigung“ benötige eigentlich auch noch eine nukleare Komponente; die wiederum könne die Atommacht Frankreich stellen. Wichtig sei bei alledem: Die EU müsse militärisch von den USA unabhängig und eigenständig handlungsfähig sein. Scharfe Töne in Sachen Militarisierung sind schon lange auch aus Polen zu hören. Das Land hat seinen Militärhaushalt in den vergangenen Jahren dramatisch gesteigert und 2023 gut 3,9 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in

seine Streitkräfte investiert; damit liegt es in der NATO auf Platz eins, deutlich vor den USA (3,49 Prozent) und Griechenland (3,01 Prozent). Polen will die größten Landstreitkräfte in Europa aufbauen; dazu beschafft es 300 Abrams-Kampfpanzer aus den USA, ungefähr 1000 südkoreanische Kampfpanzer K2 Black Panther und allerlei weiteres Kriegsgerät, und es will seine Streitkräfte auf rund 300 000 Soldaten aufstocken; ungefähr 150 000 Reservisten kommen noch dazu. Zum Vergleich: Die Bundeswehr zählt zur Zeit kaum mehr als 180 000 Soldaten. Und Polens Präsident Andrzej Duda findet, alle NATO-Staaten müssten nicht 2, sondern mindestens 3 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in ihre Streitkräfte stecken. Außerdem hat er sich in der vergangenen Woche für atomare Aufrüstung stark gemacht: Sollten die USA auf die Idee kommen, Atomraketen in Polen stationieren zu wollen, dann werde man keinerlei Einwände haben, teilte er mit. Zwischen Frankreich und Polen liegt Deutschland, und das trifft nicht nur auf die Geographie zu. Die Bundesrepublik rüstet ebenfalls wie verrückt. Zum ersten Mal hat sie im vergangenen Jahr 2 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in die Bundeswehr gesteckt. Längst ist die Diskussion entflammt, wie man dieses Niveau halten könne, wenn in zwei oder in drei Jahren das sogenannte Sondervermögen von

100 Milliarden Euro ausgelaufen ist. Manche bringen schon ein weiteres „Sondervermögen“, das nach Ansicht des Bundesrechnungshofs eigentlich „Sonderschulden“ heißen muß, in Höhe von vielleicht 200 oder 300 Milliarden Euro ins Gespräch. Die Bundesregierung hat einen neuen Einsatzplan für die Bundeswehr erarbeiten lassen („Operationsplan Deutschland“) und bereitet den Umbau ihrer Organisationsstrukturen vor. Und sie setzt, wie Frankreich, auf die Militarisierung des gesamten europäischen Kontinents. Allerdings ist in deutschen Strategiepapieren zur Zeit eher weniger von einer gemeinsamen europäischen Armee die Rede, sondern mehr von einem „europäischen Pfeiler“ der NATO. Das hat Gründe. Zum einen provoziert man die USA nicht, wenn man die Militarisierung offiziell im NATO-Rahmen vorantreibt. Zum anderen ermöglicht die Verbindung der Begriffe „europäisch“ und „NATO“ so unterschiedliche Staaten wie etwa Frankreich und Polen zusammenzubringen, von denen der eine sich um eine exklusiv „europäische Verteidigung“ mit europäischer Nuklearwaffenkomponente bemüht, der andere um eine klar transatlantische Militarisierung mit noch mehr US-Atomraketen auf dem Kontinent.

Jörg Kronauer  
Redaktionell gekürzt  
Aus: UZ, 3.5.24

## „Für den Kriegsfall optimal aufgestellt“

Um im Kriegsfall „schneller und effektiver“ handeln zu können, zentralisiert die Bundeswehr mit der angekündigten Reform der Organisationsstruktur zunächst ihre Kommandostrukturen. Ziel sei es, Führungsverantwortung zu bündeln, um „Entscheidungswege“ zu „beschleunig[en]“, teilt das Verteidigungsministerium mit. Das neue Kommando soll als „zentrale Ansprechstelle“ für „die Verbündeten und multinationalen Organisationen“ einerseits und nationale zivile und staatliche Stellen andererseits fungieren. Das gilt als erforderlich, da die Bundesrepublik den Anspruch erhebt, logistische „Drehscheibe“ des transatlantischen Aufmarschs in Richtung russische Westgrenze zu sein.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Carsten Breuer, erhofft sich von dem neuen Operativen Führungskommando zunächst einen Gesamtüberblick, der aus innerem und äußerem Lagebild „zusammenwächst“. Zugleich verschwimmen bisherige Abgrenzungen. So werden die Heimatschutzkräfte, die bisher dem Territorialen Führungskommando unterstellt und damit strukturell auf einen Einsatz

im Inland beschränkt waren, dem Heer zugeordnet. Die Heimatschutzkräfte bestehen im wesentlichen aus Reservisten. Das neue zentralisierte Kommando liegt genau an der Schnittstelle zwischen Innen und Außen einerseits und Zivilgesellschaft und Militär andererseits.

Bereits im neuen „Operationsplan Deutschland“ der Bundeswehr nimmt der Bereich Cyber- und Informationsraum eine zentrale Stelle ein. Die Bundeswehr gab in diesem Zusammenhang an, sich auf „Desinformationskampagnen“ und „Cyberangriffe“ vorzubereiten. Der „Gegner“ könne unter anderem versuchen, „Regierungsentscheidungen, die Meinung der Bevölkerung und vielleicht auch der Medien zu beeinflussen“. Mit der Strukturreform werden die Cyber- und Informationskräfte der Bundeswehr neben Heer, Marine und Luftwaffe zur vierten Teilstreitkraft aufgewertet.

Das Aufgabenspektrum reicht von der Digitalisierung des Krieges, der „Analyse hybrider Bedrohungen“ wie etwa „Desinformationskampagnen“ und der „Sicherung von Führungsfähigkeit“ durch abhörsichere vernetzte Kommunikation auf dem Schlachtfeld bis hin zur elektronischen Kriegsführung.

Drittes Reformelement ist das Aufstellen eines neuen sogenannten Unterstützungsbereiches. So seien laut Pistorius beispielsweise im Bereich Feldjäger und ABC-Abwehr Kapazitäten „nicht in dem Umfang vorhanden“, der nötig sei, um den Bedarf aller Teilstreitkräfte zu decken. Das Unterstützungskommando soll zudem die „Truppe konsequent entlasten“, indem – soweit möglich – Soldaten „durch zivile Mitarbeitende ersetzt werden“. Ziel sei eine Verwaltungsstruktur, die der Truppe „den Rücken freihält“.

Wie das Militär mitteilt, wird im Kriegsfall ein „größerer Teil“ der regulären Soldaten an der „Ostflanke“ der NATO kämpfen. Sie könnten deshalb zur Absicherung des deutschen Territoriums selbst „nicht eingeplant werden“. Bei der Strukturreform sei „im Auge behalten und mitgedacht“ worden, „daß es zu einer Wiedereinsetzung der Wehrpflicht – in welcher Form auch immer – kommt“. Im „Kriegsfall“ gebe es „ohnehin“ eine „sofortige Wehrpflicht“.

Redaktionell gekürzt  
german-foreign-policy, 30.4.24

# Über den dritten deutschen Einmarsch in Litauen

## Im ersten Weltkrieg

„Das besetzte Land des Oberbefehlshabers Ost, Ober-Ost oder schließlich Ob.-Ost gekürzt, baute sich im stumpfen Winkel der großen Kerbe vor, die die preußische Ostgrenze von der baltischen Küste bis nach Oberschlesien beschreibt. Es drängte im wesentlichen zu den beiden Strömen hin, der Düna und dem Dnjepr“ – so beginnt Arnold Zweig (1887–1968) auf den ersten Seiten seines 1927 erstmals erschienenen Weltromans „Der Streit um den Sergeanten Grischa“ die Erzählung über das Leben und die Tötung eines russischen Kriegsgefangenen durch preußisch-deutsches Militär in Litauen. Diese Tötung war mit einem Kriegsgericht scheinlegitimiert, denn Arnold Zweig läßt den deutschen Oberleutnant Winfried sagen: „Um Deutschland geht es, daß in diesem Land, dessen Rock wir tragen, und für dessen Sache wir in Dreck und Elend zu verrecken bereit sind, Recht richtig und Gerechtigkeit der Ordnung nach gewogen werde. Daß dieses geliebte Land nicht verkomme, während es zu steigen glaubt. Daß unsere Mutter Deutschland nicht auf die falsche Seite der Welt gerate. Denn wer das Recht verläßt, der ist erledigt.“

Litauen, das im zaristischen Rußland eine autonome, 65 284 km<sup>2</sup> große Region war, wurde im ersten Weltkrieg 1915 von den deutschen Truppen besetzt und als Verwaltungseinheit Ober-Ost unter Befehlsgewalt von General Erich Ludendorff (1865–1937) gestellt. Arnold Zweig war 1917/1918 Mitarbeiter in der Presseabteilung des Stabes Ober-Ost (Etappengebiet östlich der Weichsel) in den litauischen Städten Vilnius und Kaunas. Diese Erfahrungen ließen in den 50er Jahren Arnold Zweig davon sprechen, es gelte, „den Krieg als legales Mittel zur Bereinigung von Differenzen endgültig auszurotten; denn er ist ein Überrest aus einer barbarischen Zeit“.

## Im zweiten Weltkrieg

Josef Stalin (1878–1953) hat das Buch von Adolf Hitler (1889–1945) „Mein Kampf“ gelesen und jene Stelle besonders vermerkt, wo vom deutschen „Lebensraum im Osten“ die Rede ist. Wie die Republik Österreich waren nach Ende des ersten Weltkrieges 1918 die baltischen Staaten Litauen, Estland (45 228 km<sup>2</sup>) und Lettland (64 586 km<sup>2</sup>) entstanden. Als die unmittelbare Bedrohung durch den deutschen Faschismus immer deutlicher wurde, entschlossen sich diese Länder, am 3. August 1940 der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

freiwillig, also auf friedlichem Weg, beizutreten. Der Überfall des mit modernen Waffen hochgerüsteten Deutschlands auf die Union der Sowjetrepubliken (22. Juni 1941) bedeutete auch für die baltischen Länder nur Tod und Zerstörung. Massenhaft wurden in Litauen Juden ermordet und ganze Dörfer zerstört. Als Mordgesellen standen den Deutschen Litauer zur Seite. In Vilnius, das als „Jerusalem des Nordens“ galt, wurden im jüdischen Viertel zwei Ghettos eingerichtet, allein aus dem kleineren Ghetto wurden 11 000 Bewohner im Wald von Paneriai erschossen. Das größere Ghetto wurde am 23. September 1943 aufgelöst (Gedenktag an den Holocaust in Vilna), nur

im Ausbildungsprogramm dieser neuen deutschen Kampfeinheit im Osten nicht aufgelistet. Statt Arnold Zweig wird sinngemäß das in Erinnerung gebracht werden, was der deutsche Schriftsteller Wilhelm Pleyer (1901–1974) in seinem in den 50er Jahren in der Bundesrepublik verbreiteten Lesebuch veröffentlicht hat: „Der russische Drang nach Weltherrschaft, der russische Volksimperialismus, gebrauchte die östliche Kirche, die ‚Rechtgläubigkeit‘, um Einfluß auf dem Balkan zu haben, hernach die panslawische ‚Kirche‘, um in der Mitte Europas mitzuspielen, und schließlich die Weltkirche des Bolschewismus, um einen durchaus russisch-nationalistisch gemeinte Weltherrschaft

vorzubereiten“. Nicht anderes wird in der Gegenwart dem deutschen Volk durch die Massenmedien in Dienste der Rüstungsindustrie wie Rheinmetall vermittelt. Ein prominenter Potsdamer Militärhistoriker empfiehlt, daß die Deutschen „zu alten Werten und zur Wehrhaftigkeit“ zurückfinden müssen, zumal Rußland jetzt von der Mehrheit als Bedrohung wahrgenommen werde. In den 30er Jahren hat sich eine jüngere Generation von deutschen Geopolitikern zusammengefunden, um „das Verständnis für alle weltpolitischen Vorgänge und deren Gegenwirkung auf das erstarkte, erneuerte Deutschland zu entwickeln

und zu vertiefen“. Der sudetendeutsche Geograph Gustav Fochler-Hauke (1906–1996), mit Karl Haushofer (1869–1946) einer der einflußreichsten deutschen Geopolitiker, hat damals bedauert, daß die baltischen Staaten „durch kommunistische Agenten, meist baltische Juden,“ unterhöhlt seien und „mit der Unterdrückung der deutschen Minderheit eine ihrer besten staaterhaltenden Kräfte“ vernichten.

Die sich wieder betätigende neue deutsche Wehrmacht wird in Vilnius über jene 1944 von der alten deutschen Wehrmacht gesprengte Steinbrücke über die Neris mit ihren Stiefeln marschieren können, weil diese von den Sowjets wieder aufgebaut worden ist – mit vier Eckpfeilern, die für das sowjetische Litauen Landwirtschaft, Industrie, Frieden und Jugend symbolisiert haben. Das großartige Denkmal für die bei der Befreiung Litauens von der deutschen Wehrmacht gefallenen Soldaten der Roten Armee auf dem Antakalnis-Friedhof in Vilna werden diese bundesdeutschen Soldaten dagegen nicht mehr sehen, es wurde trotz Einspruch des UN-Menschenrechtsausschusses von der Stadt Vilnius entsorgt.



Porträt Arnold Zweigs auf DDR-Briefmarke (1987)

etwa 800 Ghettobewohner überlebten. Litauische Roma wurden ebenso verfolgt wie litauische Partisanen, die Seite an Seite mit sowjetischen Partisanen für die Befreiung kämpften. In Litauen verloren mindestens 420 000 Menschen durch Deutsche und deren litauische Kollaborateure ihr Leben. Das Morden im Baltikum hatte erst ein Ende, als es durch die Rote Armee von den Deutschen befreit wurde.

## Im dritten Weltkrieg

In der Gegenwart des dritten Weltkrieges marschiert Deutschland in Litauen mit einer schweren Kampfbrigade von 5000 Soldatinnen und Soldaten ein. Die dauerhafte Ansiedlung der diese Brigade begleitenden Familienmitglieder ist geplant. Der bundesdeutsche Kriegsminister Boris Pistorius (\*1960) will mit diesem Einmarsch in Litauen im Einvernehmen mit Kanzler Olaf Scholz (\*1958) ein besonderes Signal in Richtung Rußland setzen, „um der obersten sicherheitspolitischen Aufgabe Deutschlands gerecht zu werden: Aggressoren abzuschrecken, um Freiheit und Sicherheit zu verteidigen“. 100 Milliarden Euro Sondervermögen wurden der deutschen Bundeswehr zur „Ertüchtigung“ bereitgestellt. Leben und Tod des Sergeanten Grischa ist als Pflichtlektüre

# „Das Lied der Murmeln“

1. Washington D.C., USA, 25. Februar 2024, kurz vor 13 Uhr. Aaron Bushnell (25), Hauptgefreiter der US-Luftwaffe eilt schnellen Schrittes zum Eingangstor der israelischen Botschaft. Er weiß, daß er gleich sterben wird, er will es so. Nachdem Aaron wenige Sekunden zuvor eine letzte Botschaft („Ich werde mich nicht länger am Völkermord mitschuldig machen“) in sein Handy gesprochen hat, übergießt er Kopf und Uniform mit Benzin und zündet sich an. Während Aaron Bushnell verbrennt, hören die herbeigelaufenen Menschen seine letzten Rufe, die zu Schreien geworden sind: „Free Palestine!“. Kameraden, die man später nach ihm fragt, schildern ihn als lebenslustig, auch konsequent, aber in keinem Fall lebensmüde. Er engagierte sich für Obdachlose: „Ich betrachte die Arbeit, die wir leisten, als Gegenwehr im Klassenkampf, den die Kapitalistenklasse gegen den Rest der Menschheit führt.“

Die Entscheidung, den eigenen Tod als Mittel des Protestes zu wählen, mag man kritisieren, die Achtung für Aaron Bushnell schmälert es nicht. Er setzte ein Fanal. Wer aber hat es gehört, wer hat es verstanden, wem war es Anlaß, das die eigene Einstellung zu Krieg und Unrecht zu überdenken? Hat der Freitod Aaron Bushnells Menschen auf die Straße gebracht, die nicht schon vorher Teil des Protestes waren?

2. Krieg – schon die Kenntnis eines einzigen sollte ausreichen, um sicher zu sein, daß es einen nächsten nicht geben darf. Aber wie es heißt, macht uns der Regen von gestern nicht naß. Vor 72 Jahren schrieb Bertolt Brecht: „Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer.“ Das war nach dem letzten großen Krieg (70 Millionen Tote), dem viele folgten. Es war auch schon 1919 so, als Kurt Tucholsky auf das Morden (17 Millionen Tote) zurücksah: „Und ein Schrei von Millionen stieg auf zu den Sternen. Werden die Menschen es niemals lernen?“ Nahezu kein Jahr ohne Krieg in den letzten 300 Jahren. Zugegeben, Lernerfolge gab es, immerhin. Aber was sind 40 Friedensjahre der sozialistischen DDR und ihrer Bruderländer gegenüber den mehr als 200 Kriegen, welche die USA seit dem Tag ihrer Gründung weltweit geführt haben? Wieder stehen die Zeichen auf Krieg. Weder eine Glaskugel, große Phantasie noch intellektuelle Sensibilität sind erforderlich, um zu sehen, was los ist, was kommen wird, wenn niemand ihnen in den Arm fällt. Jenen, die unablässig die Kriegstrommel rühren, laut und aufdringlich - sie kaschieren noch nicht einmal mehr ihre Absichten. Kriegsvorbereitung ist zum Regierungsalltag geworden, politische Randfiguren mit militaristischer Schnappatmung, die den „Krieg nach Rußland tragen“ wollen, fallen im stündlich aufgefrischtem medialen Stahlgewitter schon gar nicht mehr auf. Der vor wenigen Wochen aufgestellte Operationsplan (OPLAN DEU), der das militärische Kriegsszenario mit einem unterstützenden

Zivilschutz kombiniert, ein Gesundheitsminister, der von Krankenhäusern als Feldlazaretten halluziniert, eine Bildungsministerin, die militärische Unterweisung an Schulen favorisiert, ein Wirtschaftsminister, früher Kinderbuchautor, der seine wahre Bestimmung als „Rüstungsindustrieminister“ entdeckt, das größte Militärmanöver der NATO, das derzeit von der Arktis bis zum Schwarzen Meer mit über 90 000 Soldaten das Töten probt (Devise: „Wir müssen üben wie im Krieg“, General Carsten Breuer) und weitere 300 Mrd. für die Kriegstüchtigkeit, gefordert von der Wehrbeauftragten – Realitäten, für jeden sichtbar, das ist auch der neue „Veteranentag“ nur konsequent. Die Planer des Krieges brauchen für das, was kommen soll vor allem eines, Ruhe an der Heimatfront. Siege auf dem Schlachtfeld gibt's erst dann, wenn sie zuvor den Krieg in den Köpfen gewonnen haben. Das wissen sie. Wir aber auch.

3. Der Regisseur Max Ophüls, der Komponist Harry Ralton und der politische Sänger Ernst Busch schufen 1932 einen Song für die Berliner Kabarettbühnen, das „Lied von den Murmeln“. Die erste Strophe und Refrain klingt harmlos wie ein Kinderlied. Über „ein Kinderspiel, gespielt in jedem Land“. Von Busch unnachahmlich intoniert: „Sie kennen doch Murmeln. Man nennt sie auch Klicker, dies ist ein dünner, und das ist ein dicker, und der ist aus Eisen und dieser aus Glas, man stößt sie hin und her zum Spaß“. Hatte sich das Publikum, unterstützt durch die eingängige Melodie, just an die unverfängliche Leichtigkeit des Sujets gewöhnt, bricht Busch die Metapher auf: „Das ist auch der Menschen Los auf Erden, wir seh'n nicht, wohin wir gestoßen werden. Man wirft uns rücksichtslos ins Spiel, (...) wir fallen so, wie es die Herren woll'n; denn wir sind nur Murmeln, wir sind wie die Klicker.“

Das erzeugte Betroffenheit, die Selbstwahrnehmung des Publikums war gespalten, hier die Gruppe derer, die der Aussage zustimmen (sei es aus Pessimismus oder aus Selbstironie) und dort jene, die jederzeit strikt von sich weisen würden, von irgendwem fremdbestimmt zu sein. Aber: Auch die mehr oder weniger schmerzhafteste Selbsterkenntnis, den Determinanten des kapitalistischen Systems ausgeliefert zu sein, reicht nicht mal fürs Überleben, es sei denn ihr folgen Entschluß und Handlung. Bewegst du dich nicht, werden andere dich bewegen. „Und so kann's eines Tages noch passieren, da wird man uns wieder kommandieren, zu irgendeinem schönen Zweck, roll'n wir wieder mitten rein in den Dreck. Und sie schreien Hurra und versprechen viel, wir packen ein und zieh'n in den Krieg.“ Das Ende vom Lied: „Ein Kinderspiel, das kostet nicht viel – nur die Toten in jedem Land.“ Sieben Jahre später wußte jeder, daß Busch recht hatte.

4. Was also tun? Schon die Erkenntnis der eigenen Lage stellt sich nur selten automatisch ein, für viele liegt der Entschluß zu handeln noch ferner. Die Herrschenden „möchten, daß

alles so bleibt, am liebsten tausend Jahre“, schrieb Bertolt Brecht 1935 im lesenswerten Traktat über die „Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit“. Die Hürden zu bewußtem politischem Handeln, die auf dem Weg zwischen Zweifel, Erkenntnis, Entschluß und Handlung zu überwinden sind, sind zahlreich und von widerständiger Hartnäckigkeit. Für den Verfechter der Wahrheit ohnehin, aber noch mehr für den, der bislang nur leise Zweifel hegte. Wahrlich eine ausgefeilte Choreografie, derer sich die herrschende Klasse für die Inszenierung der Kriegsbegeisterung und die mentale Kriegsvorbereitung bedient: Täuschung, Lüge, Weglassung und Dazu-Erfindung – George Orwell hätte seine Freude daran. Die täglich ausgesäte Angst vor dem imaginären Feind aus dem Osten scheint ihr dabei einzig vielversprechendes Ziel, um die Massen hinter sich zu bringen. Die Strategie der bürgerlichen Politik und ihrer Hofberichterstatter hingegen, eine folgsam bejahende Anhängerschaft für ihre zerbröselnde Ideologie von Pseudo-Werten und der Freiheit des Kapitals zu binden, kommt nicht recht voran. Der Lack eines Herrschaftssystems, das sich nach der Zerschlagung der sozialistischen Staaten allzu voreilig als „Sieger der Geschichte“ gerierte und nach 75 Jahren Grundgesetz dafür gesorgt hat, daß von den Grundrechten nur ein trüber Abklatsch übrig bleibt, ist ab. Im Inneren wie im Äußeren. Der Rückgriff der Herrschenden auf die Angst vor einem dämonisierten, teuflergleichen Feind ist das letzte Mittel, um den Krieg - die Totalisierung aller jener Schrecken, die als durch Menschen verübt denkbar sind - als das kleinere Übel erscheinen zu lassen. Angst steht gegen Vernunft. Und Vernunft hat bekanntlich den längeren Atem.

**Dr. Ralf Hohmann**

Den 65. Geburtstag von

## Dr. Ralf Hohmann

aus Baden-Baden am 27. Mai vermeldete RF bereits in seinem „Sammelglückwunsch“ des letzten Monats. Du bist, lieber Ralf, nicht zuletzt auch Autor des „RotFuchs“ und so wollen wir uns an dieser Stelle nochmals sehr herzlich bei Dir – dem profilierten und engagierten Rechtsanwalt und Strafverteidiger – für Deine von großer politischer Sachkenntnis und klarer parteilicher Positionierung geprägten Beiträge bedanken, mit denen Du im RF seit Jahren präsent bist. Texte aus Deiner Feder sind ein großer Gewinn für unsere Zeitschrift und prägen ihr Profil.

Beste Wünsche für Dich!

**Redaktion und Vorstand**

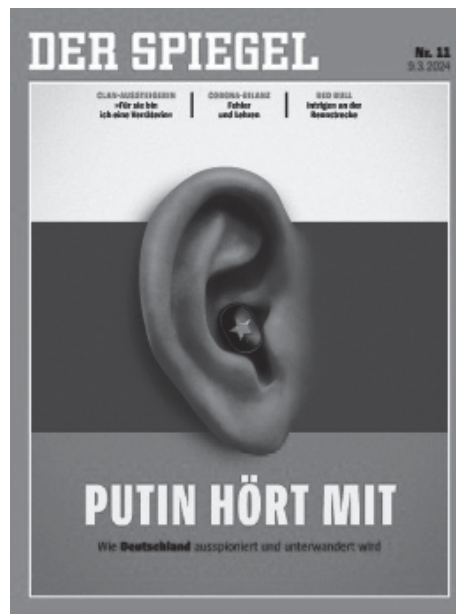


# Pssst! Feind hört mit!

## Spionenparanoia in der BRD als Form geistiger Kriegsvorbereitung

Diesmal werde ich mich bemühen, einen leisen, unauffälligen Ton in meinem Beitrag anzuschlagen. Man muß vorsichtig sein heutzutage, oder? Womöglich erkennt man mich als einen, der Russisch kann und außerdem auch noch Chinesisch, weit über das landesübliche Maß hinaus. Außerdem habe ich seit fast zehn Jahren immer mal wieder Projekte in den Republiken Donezk und Lugansk unterstützt. Gut, es ging um Kinderheime und Schulen, aber eben auf der falschen Seite ... Immerhin gibt es genügend Warnzeichen, zum Beispiel berichtete der *Spiegel* am 18. April von der Verhaftung russischer Agenten, die militärische Objekte ausgespäht haben sollen. Erschwerend gilt für den Hauptbeschuldigten, daß er im Bürgerkrieg in der Ukraine nach 2014 einer Miliz der Republik Donezk angehört haben soll, weswegen gegen ihn auch wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ermittelt wird. Im *Deutschlandfunk* wurde das am 25. April „ein Weckruf“ genannt. Da fragt man sich schon, für wen und wofür. Noch vor zwei Jahren berichtete der Sender über Rechtsradikale, die auf Seiten Kiew gegen Rußland kämpfen. In der *taz* vom 26. Januar 2023 ist sogar von einem Mann die Rede, der über den „III. Weg“ in die Ukraine gelangt sein soll. Die Behörden wußten, da sie ja beobachteten, Bescheid. Von einer terroristischen Vereinigung war da nicht die Rede. Offensichtlich befand sich der kriegslüsterne junge Mann auf der richtigen Seite der Front. Überhaupt wird ja seit Beginn des Krieges zwischen der Ukraine und Rußland medial alles getan, um die deutlich sichtbaren faschistischen Kräfte auf ukrainischer Seite zu verharmlosen. Tätowierte Hakenkreuze, Symbole von SS-Regimentern, alte und neue Nazisymbole auf Fahnen und auf Unterarmen – alles nicht so wild. Auf jeden Fall nix terroristisches. Am 22. Juni jährt sich zum 83. Mal der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß mehr als eine halbe Million nichtdeutscher Soldaten daran beteiligt waren. Finnen, Ungarn, Italiener, Spanier, Rumänen, Slowaken, später kamen im Laufe des Krieges noch SS- und andere Truppenteile aus Belgien, den Niederlanden, Litauen, Estland, Lettland sowie angeworbene Kollaborateure aus den überfallenen Sowjetrepubliken, z. B. Teile der Kosaken, ehemalige Kriegsgefangene und Freiwillige dazu. Diese erledigten oftmals die Drecksarbeit für die Deutschen: Juden zusammentreiben, Partisanen bekämpfen, Widerstandskämpfer foltern und hinrichten. Wir sehen also, der aus dem Italienischen komme Begriff Faschismus (Fascere, auch Rutenbündel, angelehnt an die Rutenbündel, die in der römischen Antike von den sogenannten Liktores, lictores, Leibwächter der Herrschenden, die mit den Ruten und dem dazugehörigen Beil Bestrafungen ausführten) ist nicht auf ein Land beschränkt. Überall dort, wo die Kluft zwischen sehr reich und bitterarm so groß ist, daß sie scheinbar

unüberwindlich ist, lassen sich Leute durch extremen Nationalismus verführen, indem sie sich, als etwas Besseres dünkend, über andere erheben und so Teil einer Mordmaschinerie werden. Herrenmenschentum schreit nach Krieg und un menschlicher Gewalt, nannte die anderen Untermenschen, sprach ihnen das Recht auf menschenwürdiges Leben ab. Aus Sicht der Herrenmenschen besteht die Welt nur aus Gut und Böse und das Böse zu bekämpfen, ist das Gute. So läßt sich die Masse der zu kurz Gekommenen leicht rekrutieren und tun Böses im Namen eines scheinbaren Guten. Freilich steigen sie deshalb nicht auf in der sozialen Hierarchie, machen sich aber zu



Spiegel-Titel 11/2024: Der Russe lauscht

Handlangern für andere Interessen. Medial ist die Welt längst eingeteilt in das Schwarz-Weiß-Schema, in Gut oder Böse. Da wären der „Kreml-Terrorist“ und die „gelbe Gefahr“ auf der einen Seite und die einsickernden „Fremden“, z. B. Muslime, die unsere Kultur unterwandern und uns so von innen zerstören wollen, auf der anderen Seite. Bezogen auf Deutschland sind wir umgeben von Feinden und – ausgenommen die USA – nur von windelweichen Verbündeten umgeben. Dieses Land muß wieder härter werden – nach außen heißt das kriegstüchtig, nach innen – weg vom sozialen Weicheistaat. Zucht und Ordnung müssen wieder einkehren. Das lehrt die Bürger wieder das Fürchten, manche meinen gar „der Russe stehe ante portas“. Hunderte Milliarden werden in Krieg und Rüstung gepumpt, in der Ukraine wird weiter gestorben, auch im Gaza-Streifen und den vielen anderen Kriegen dieser Welt. In den Führungsetagen der Rüstungsindustrie knallen derweil die Champagnerkorken. Und nebenbei bemerkt: Dieses ganze Bomben und Granatengedöns bezahlen wir, die Steuerzahler. Die großen Konzerne haben ja Anwälte für Steuervermeidungsverfahren, siehe cum ex, an das sich ein gewisser kleiner

Mann nicht mehr erinnern kann. Gleichzeitig tönt der Jet-Set-Bundeswehrmajor d. R. und FDP-Chef Lindner auf dem April-Parteitag der Besserverdienenden, daß es nun endlich damit losgehen muß, die sozialen Standards zu schleifen – keine frühe Rente mehr, Totalsanktionen gegen Arbeitsverweigerer und solche Leute, das Streikrecht soll weg – die Liste ließe sich beliebig verlängern ...

Es gibt nur einen Wehrmutstropfen in dem ganzen Politikgewerkel. All das von den letzten und der gegenwärtigen Regierung Veranstaltete nutzt im Augenblick vor allem der AfD, die jedoch im Moment großen Teilen des deutschen Großbürgertums noch zu peinlich ist. Noch möchten sie das Geschäft lieber mit den Etablierten von CDU/CSU, FDP, SPD und den Olivgrünen betreiben. Obwohl auch das schwieriger zu werden scheint in einer Zeit, wo sich ein Obergelehrter anhört, als hätte er ein Seminar beim „III. Weg“ besucht. Außerdem ist die Auseinandersetzung mit dem Nazierbe in der BRD immer noch nicht opportun. Schließlich waren die Mächtigen froh, viele Helferlein aus dem Nazireich schnell wieder in Amt und Würden zu bringen. Der selige Altkanzler Adenauer hat das auf die Formel gebracht: „... man kann das schmutzige Wasser nicht wegschütten, wenn man kein sauberes hat ...“ Auch deswegen hält man es nach wie vor für unverzichtbar, immer wieder auf das DDR-Erbe einzuschlagen, denn hier wurde Antifaschismus Staatsräson, die dem einen oder anderen, das mag sein, auch verordnet werden mußte! Der Witz an der Geschichte ist nun, daß man versucht, die AfD auf Abstand zu halten, indem man ihr Fraternisierung mit dem Feind vorwirft. Dafür muß nun unbedingt jener in Dresden festgenommene Angestellte eines AfD-Abgeordneten und Spitzenkandidat für das EU-Parlament herhalten. Er soll nämlich den Chinesen total geheime Unterlagen der EU zugänglich gemacht haben. Das ist sicher nicht undenkbar, schließlich bespitzelt in dieser Welt jeder jeden – ob Freund oder Feind, wir erinnern uns an das verwanzte Telefon der Bundeskanzlerin, hier waren es jedoch die Amis. Der Fall des in Dresden Festgenommenen liegt wohl etwas anders, denn er hatte sich schon Jahre vorher diversen einheimischen Diensten, vom BND bis zum VS, angeboten.

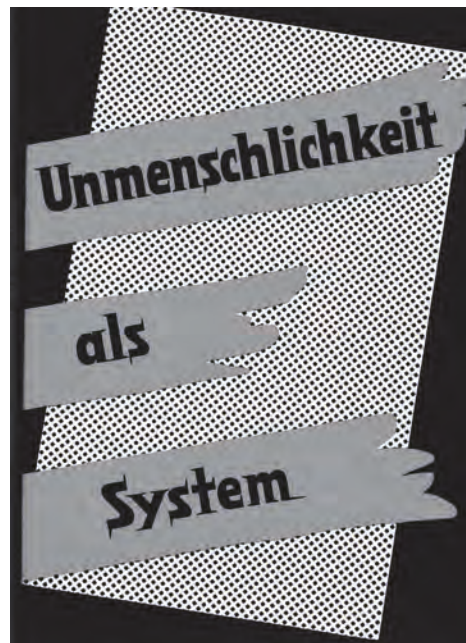
Jetzt zu hoffen, wegen des AfD-Kuschelns mit dem Feind diese Partei zu Fall bringen zu können, ist wohl Augenauswischerei. Allerdings ist diese Spionomanie sehr gut geeignet, die Paranoia der eigenen Bevölkerung voranzutreiben. Das dient auf jeden Fall einer geistigen Kriegsvorbereitung der Heimatfront und zeigt sicher bei dem einen oder anderen auch Wirkung. Oder anders herum: Wer in Angst und Schrecken versetzt wird, denkt nicht mehr nach und kann nicht erkennen, daß der wirkliche Feind der einfachen Leute weder in Moskau noch in Beijing sitzt.

# „Sabotage“ der Meinungsbildung oder verordnete Desinformation?

Die Forderung der Berliner Justizsenatorin Felor Badenberg (seit April 2023 im Amt), „Sabotage des Meinungsbildungsprozesses“ unter Strafe zu stellen, hat Reaktionen unterschiedlicher Art hervorgerufen. Frau Badenberg möchte gern, daß die Bundesregierung eine Regelung erarbeitet, um „Desinformation“ und „Propaganda“ unter Strafe stellen zu können. Mit ihrer Forderung, auch das Wort Sabotage in den meinungsbildenden Diskurs einzuführen, sollte sie allerdings vorsichtig umgehen. Autorinnen und Autoren des „RotFuchs“ sowie seine Leserinnen und Leser wissen, was es heißt zu kontextualisieren, wissen folglich, wo der sprichwörtliche Hase im Pfeffer liegt. Womit gemeint ist, daß alles nur in seinem jeweiligen Zusammenhang verstanden werden kann.

Bevor wir uns mit Badenbergs kühner These einer „Sabotage“ der Meinungsbildung befassen, hier ein längerer Auszug eines Beitrags, der am 20. Februar 2015 unter der Überschrift „CIA finanzierte Sabotage und Anschläge in der DDR“ im „Spiegel“ erschien. „Der Kalte Krieg“, so heißt es dort, „ist in Deutschland brutaler geführt worden als bislang bekannt ... Eine sogenannte Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit verübte in der DDR Anschläge.“ Das Hamburger Nachrichtenmagazin wird dann konkret: „Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V. (KgU) präsentierte sich in Zeiten des Kalten Kriegs als humanitäre Organisation, die Menschenrechtsverletzungen in der DDR dokumentierte und Opfern des SED-Regimes half. Doch laut einer Studie von Enrico Heitzer (Böhlau-Verlag), die dem ‚Spiegel‘ vorliegt, hatte die 1948 gegründete KgU einen anderen Schwerpunkt, berichtet der Historiker: Sie unterhielt ein Spionagenetz mit mehreren Hundert V-Männern, verübte Sabotageakte in der DDR und betrieb psychologische Kriegsführung. KgU-Leute beschädigten Strom- und Telefonleitungen und zerstörten Maschinen. Nach Einschätzung der CIA verursachte der Verein Schäden in Millionenhöhe. Ab 1949 finanzierte der US-Geheimdienst die KgU, ohne diese vollständig kontrollieren zu können. Von der KgU zu verantwortende Todesfälle lassen sich laut Heitzer aus den Unterlagen nicht nachweisen. Sicher ist, daß die KgU in Leipzig 1951 Brandanschläge mit Phosphorampullen auf belebte HO-Läden durchführte. Auch die Sprengung von Schleusen und Eisenbahnbrücken wurde vorbereitet, doch die Täter flogen auf. Die Stasi und der sowjetische Geheimdienst verfolgten die KgU mit großer Härte. Insgesamt wurden wenigstens 1072 KgU-Leute verhaftet. Die Sowjets erschossen mindestens 121 von ihnen, die DDR richtete 5 hin.“ Soweit der sich auf die Studie beziehende Text des „Spiegels“. Die Bemerkung, brutaler geführt worden „als bisher bekannt“ bedarf einer Korrektur. In der DDR wie auch in der Sowjetunion machte man sich über das Treiben der KgU keine Illusionen. Doch in den

Westen gelangte Informationen wurden bestenfalls als „Fake News“ (um es mit dem heutigen gängigen Begriff auszudrücken) abgetan. Es gibt Sätze, die, selbst wenn sie von Politikern stammen, im Abstand von einigen Jahrzehnten wieder oder immer noch aktuell sind. Als Bundeskanzler charakterisierte Helmut Schmidt einst das Selbstverständnis, den gesellschaftlichen Charakter und den Grad der Seriosität von Journalisten seines Umgangs überraschend offen: „Im übrigen



Protestaktion gegen Nancy Faeser am 8. Juni 2022 vor dem Bundesinnenministerium

ist es ja so, daß in Brüssel genauso wie in Frankfurt, genauso wie in Bonn, aber anders wie in Ostberlin (!) die Journalisten Gott sei Dank schreiben dürfen, was sie für richtig halten, auch wenn es falsch ist. Sie dürfen sogar etwas schreiben, von dem sie wissen, daß es nicht richtig ist. Das soll auch so bleiben.“ („Bulletin des Presse- und Informationsamtes“, Bonn, 21. 1. 1977). Das liest sich wie ein Beglaubigungsschreiben für einen angehenden Desinformatiker und ist ein Freifahrtschein für alle in den Medien Tätigen. Deutlich zurückhaltender formulierte es der damalige Bundespräsident Walter Scheel. Anlässlich der Verleihung des Theodor-Wolff-Preises im gleichen Jahr gab er zu bedenken, daß solche Praktiken nicht hilfreich seien, um die Entscheidungsfähigkeit der Bürger zu fördern. „Der Bürger“ sagte er, „geht gewöhnlich davon aus, daß das, was in der Zeitung steht, das Ergebnis völlig freier Arbeit ist ... Er wird im Detail über alles Mögliche informiert – wer informiert ihn über die Information? ... Schon allein, daß eine Nachricht erscheint und Tausende von Nachrichten nicht erscheinen, macht klar, daß der einfache Abdruck einer dpa-Meldung die Stellungnahme der Redaktion über die Wichtigkeit dieser Nachricht mit

enthält.“ Die Bedeutung der jeweiligen Nachricht besteht nun darin, daß, so Scheel, ihr „Wert aus dem Zusammenhang des Üblichen herausfällt. Das führt dazu, daß der Bürger im Grunde nur unzusammenhängende Einzelheiten erfährt, deren Zusammenhang ihm zunehmend entgleitet. Informationen, wie wir sie um der Demokratie willen brauchen, ist aber gerade die Information, die die Zusammenhänge deutlicher macht. Die Sensation“, immer noch Walter Scheel, „ist letztlich Desinformation, da sie den Zusammenhang der Dinge sprengt. Der Zusammenhang ist wichtiger als die Einzelheit.“

## Instruktionen zur Herstellung einer loyalen Heimatfront

Nach einem analytischen Blick auf die heutigen Brennpunkte darf festgestellt werden, daß die Schnittmengen zwischen Meinungsfreiheit bzw. Grenzen derselben, Desinformationen sowie dekontextualisierende Informationen im Verständnis der vom Westen dominierten Gesellschaften sich überlagern und zu einem „wertebasierten“ Regelwerk des transatlantischen Regimes geronnen sind. „Natürlich weiß man in den deutschen Redaktionen“, schreibt Dr. Renate Dillmann (1989 Promotion zur Staatstheorie) über die russische Militäraktion in der Ukraine, „daß die Behauptung einer alleinigen Verantwortlichkeit Putins für den Konflikt nicht stimmt. Schließlich hat man ja selbst die Nachrichten der vergangenen Jahre und Jahrzehnte geliefert. Aber in der Berichterstattung über den laufenden Krieg ist man nicht bereit, den Zusammenhang herzustellen (zu kontextualisieren, H. Sch.) zwischen all den Fakten, obwohl sie in den eigenen Archiven schlummern ... Würde man“, so Dillmann weiter, „die Leistung der deutschen Medien im Ukraine-Krieg an Zielen wie Informationsweitergabe und nüchterner Aufklärung messen, wäre die Bilanz düster. Das erlaubt den Rückschluß, daß die Journalist\*innen in Deutschland ihre Aufgabe mehrheitlich darin sehen, eine Parteinahme für die NATO-Linie und die unbedingte Verurteilung Rußlands zu erzeugen. Das wiederum sollte man als Lehrstück über die Funktion der Medien in der Demokratie auffassen: Die Journalist\*innen tun mit ihrer parteilichen und moralisierenden Berichterstattung alles dafür, eine loyale Heimatfront herzustellen ... (Sie sind damit) ganz um die ideologische Unterstützung ‚ihrer Nation‘ bemüht.“ Deshalb darf in Talkshows, in Interviews und Kommentaren unter Umgehung jedweder Beweislast und logischer Argumentation Desinformation betrieben, deshalb dürfen Lügen aufgetischt werden. Alles dies soll einer „guten Sache“ dienen. So darf die FDP-Kandidatin für das Europaparlament Marie-Agnes Strack-Zimmermann bei Frau Maischberger unwidersprochen behaupten, daß Rußland 20 000 Kinder verschleppt und

zusätzlich Folterkeller für Kinder eingerichtet habe. Der „Verteidigungs“minister Boris Pistorius erklärt: „Putins Aggressionen würden nicht stoppen, wenn der Krieg vorbei ist. Das hat er auch so gesagt.“ Und Bundeskanzler Scholz müßte die salopp formulierte Frage gestellt werden, ob er mit seiner Behauptung, daß Rußland uns den Gashahn zugedreht hat, noch „alle Latten am Zaun“ hat. Wüßte man nicht um die Funktion solcher und vergleichbarer Lügen und wäre es nicht zu ernst, könnte man sie als „Running Gags“ einordnen. Noch während ich diesen Text schreibe, kommt die Meldung: „Nach Deutschland haben auch die französischen Grenzbehörden dem Arzt Salman Abu Sitta die Einreise nach Frankreich verweigert. Er war vom französischen Senat eingeladen worden, um über seine Erfahrungen als Arzt im Gaza-Krieg zu berichten. Die Begründung: Er dürfe nicht einreisen – Achtung, jetzt kommt's! –, weil die deutsche Regierung ihm für ein Jahr ein Einreiseverbot nach Europa in den Schengenraum erteilt habe. Hier sieht man übrigens exemplarisch, was passiert, wenn Nationalstaaten ihre Souveränität an die demokratisch nicht legitimierte EU abgeben. Die deutsche Regierung entscheidet also darüber, wer nach Frankreich einreisen darf. Salman Abu Sitta war auch als Redner des von der Polizei gesprengten Palästinenserkongresses in Berlin gebucht. Wenige Tage vor dem Kongreß erhielt Sitta



ein Betätigungs- und Einreiseverbot mit der abstrusen Begründung, er habe in einem Artikel geschrieben, daß er als junger Mensch zu denen gehört hätte, die am 7. Oktober den blutigen Hamas-Anschlag verübt haben. In der „Berliner Zeitung“ vom 23. April schreibt Fabian Scheidler unter der Überschrift „Falsche Lehren aus der Vergangenheit – Deutschland begibt sich mit seiner Israel-Politik auf einen gefährlichen Konfrontationskurs im Verhältnis zur Meinungsfreiheit“. Im Text heißt es dann genauer, daß trotz wachsender Proteste „die Politik weiter auf eine bedingungslose Unterstützung Israels setzt. Dabei geht sie immer brachialer gegen Kritiker vor und begibt sich auf einen gefährlichen Konfrontationskurs mit der Meinungsfreiheit und mit völkerrechtlichen Standards. Deutschland droht auf diese Weise immer weiter in eine repressiv-autoritäre Ordnung abzurutschen.“

### Pressefreiheit nur im Rahmen der Staatsräson

Hier berührt Florian Scheidler möglicherweise unbeabsichtigt einen wunden Punkt. Alles macht sich Sorgen um die (deutsche) Demokratie mit ihren Ingredienzien: Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit. Daß es ohne Pressefreiheit keine Demokratie gebe, wird fortwährend von oben bis unten dekliniert. „Wir müssen uns für die Pressefreiheit einsetzen – überall.“ Dieses Postulat des Bundeskanzlers erinnert ein wenig an

den Auftrag, den Jesus seinen Jüngern erteilte, unmittelbar bevor er seine letzte Reise antrat und sich selbst zum Sohn Gottes beförderte – und danach verschwand. Zeitzeugen überlieferten diese seine letzten Worte, die als Himmelfahrtskommando verstanden werden dürfen: „Mir ist alle Macht gegeben im Himmel und auf der Erde. Darum gehet hin zu allen Völkern und macht alle Menschen zu meinen Jüngern.“ Seine Entourage, vor allem deren Nachfolger, haben diese Botschaft nicht wirklich verstanden. Ausgerüstet mit gesalbtem Sendungsbewußtsein haben sie als Missionare ihre Kreuzzüge gestartet und sich dabei weniger auf die Wirkmächtigkeit ihrer Worte als auf die Durchschlagskraft ihrer Schwerter verlassen, um die Ungläubigen zu belehren oder in

Blut zu ertränken. Dieses Sendungsbewußtsein hat sich in das christlich-abendländische Bewußtsein als Selbstgerechtigkeit so tief eingependelt, daß jeder – jetzt erfolgt der Sprung in die Gegenwart – Ausfallschritt mit dem Label „Propagandist“, „Antisemit“ oder „Verschwörungstheoretiker“ versehen wird. Aus dieser Gewißheit erklärt sich auch die Senatsentscheidung, daß sie das auf der Titelseite der Zeitung „junge Welt“ am 8./9. Mai gedruckte Foto, das Rotarmisten bei der Befestigung der sowjetischen Fahne auf dem Reichstag zeigt, nicht dulden wollte. Das Foto auf der Titelseite der nächsten „jW“ (10. Mai) zeigt, wie die Meinungsfreiheit unter den Stiefeln der sich als Demokratieversteher verstehenden Gewaltmonopolisten zertreten wird – und belegt, daß Pressefreiheit nur im Rahmen der Staatsräson genehm ist. Die Berliner Justizsenatorin, ganz im transatlantischen Katechismus befangen, soll deshalb noch einmal etwas ausführlicher zu Wort kommen: „Wir müssen darüber sprechen, ob unsere Gesetze Deutschland noch ausreichend vor diesen Gefahren schützen und die Berliner Strafverfolgungsbehörden die rechtlichen Instrumente dafür haben. Das Strafrecht schützt vor Sabotagemassnahmen aus der Zeit des Kalten Krieges. Heute ist aber nicht mehr nur das Abgreifen von Informationen, sondern auch das Einbringen von Desinformationen und Propaganda gefährlich. Die Sabotage des Meinungsbildungsprozesses muß unter Strafe gestellt werden.“ Die Senatorin hätte

das auch anders formulieren können: Das verbrieft Recht auf freie Meinungsäußerung muß aus dem Grundgesetz entfernt werden. Das Treubekenntnis zu Israel ist ein bestens geeignetes Beispiel dafür, daß es um die der Demokratie zugeschriebenen Tugenden gar nicht geht bzw. daß sie nur als Mittel zum Zweck eingesetzt werden. Die immer wieder aufs neue bemühte Phrase einer „regelbasierten Ordnung“ ist nur ein Etikett für das alte imperialistische Ziel zum Erhalt und Ausbau einer unipolaren Weltordnung unter transatlantischem Taktstock. Die USA und die NATO unter deren Führung „wollten und wollen“, so Lothar Schröter in seinem jüngst erschienenen Buch „Der Ukraine-Krieg. Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO“ „die Ukraine

als Bollwerk, Rammbock und Aufmarschraum gegen Rußland in ihrer großen globalen strategischen Auseinandersetzung mit der alten Weltmacht und dem alten Rivalen Rußland und perspektivisch mit der Volksrepublik China“. Die Rolle, die Israel auf diesem Schachbrett zugewiesen wird, ist bei allen Unterschieden mit der der Ukraine vergleichbar. Deshalb werden ihnen auch alle Zutaten zudedacht, mit denen sich eine bürgerliche Demokratie schmückt. Den Beginn seiner nunmehr fünften Amtsperiode nutzte Putin zum wiederholten Mal, um für die Weichenstellung einer multipolaren Weltordnung zu werben. Gespräche müßten allerdings auf Augenhöhe stattfinden, nicht aus einer Position „der Stärke, Arroganz, Selbstgefälligkeit und persönlicher Exklusivität“. Die Kommentare eines Teils des Mainstreams ließen an armseliger Dürftigkeit nichts zu wünschen übrig. „Die Zeremonie zur erneuten Amtseinführung“ habe, weil etliche EU-Diplomaten ferngeblieben sind, allein deshalb „die Europäische Union gespalten“, hieß es. Der Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping wurde vom „Tagesspiegel“ mit den Worten charakterisiert: „Er kommt, um zu spalten.“ Es darf gefragt werden, wie fragil und anfällig dieses demokratisch angeblich so gefestigte Europa sein muß, wenn das Auftreten des russischen und des chinesischen Präsidenten solche Befürchtungen auslöst. Nun, die Ängste sind berechtigt, denn der Kampf für eine multipolare Welt hat viele Facetten. Was im transatlantischen Staatenblock nicht wahrgenommen werden will, ist die Tatsache, daß seit Jahrhunderten Klassenkämpfe ausgetragen werden, die immer sichtbarer antiimperialistische und anticolonialistische Züge und Eigenschaften aufweisen. Wer sich schwertut, die explosiv auftretende und blutige Gegenwehr der Hamas am 7. Oktober zu kontextualisieren, sollte den Beitrag über den Sepoy-Aufstand von Andreas Wehr in diesem Heft lesen.

# China kann nicht mehr übergangen werden

Die umfangreiche westliche Reisediplomatie deutet auf umfangreichen Gesprächsbedarf hin. Die wirtschaftlichen Probleme des politischen Westens sind ohne Entgegenkommen Chinas nicht zu lösen – und ohne dessen Hilfe kommt man offensichtlich auch keinen Schritt weiter bei der Bewältigung der weltweiten Krisen.

## „Westliche Werte“

All das wäre ausreichend Grund, den Chinesen Honig um den Bart zu schmieren, um sie gewogen zu stimmen. Statt dessen scheint man es vorzuziehen, ihnen ans Schienbein zu treten, wo es nur geht. Das entspricht einem Denken vieler Kräfte im politischen Westen, das noch dem der Kolonialzeit verhaftet ist: „Wir haben es nicht nötig, um Hilfe zu bitten. Es ist eine Auszeichnung, uns gefällig sein zu dürfen.“ Ein ähnlich überhebliches Denken liegt der Vorstellung von moralischer Überlegenheit zugrunde, die sich auf die sogenannten westlichen Werte stützt.

Doch hilft dieses Denken nicht weiter, wenn es um die Beilegung der Krisen in der Welt geht. Denn egal wo – ob in der Ukraine oder im Nahen Osten –, überall wird deutlich, daß man ohne die Hilfe Chinas nicht mehr auskommt. Aber statt es sich einzugestehen, stellt etwa die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) überrascht, ja sogar empört fest: Den „Bitten westlicher Staatschefs zu Chinas Russlandpolitik (...) ist Peking nicht gefolgt. (...) Von seiner

strategischen Partnerschaft mit Putin rückt Xi nicht ab.“ Aber klüger wird man anscheinend aus diesen Feststellungen nicht. (...) Belehrungen westlicher Politiker – wie etwa von US-Finanzministerin Janet Yellen – erwecken den Eindruck, daß sie den Chinesen weismachen wollen, deren Interessen besser zu kennen als jene selbst. Und sie scheinen zu glauben, daß sie diese mit hochmütigem Auftreten über die eigene Schwäche hinwegtäuschen könnten. Denn nicht nur in der Ukraine versuchen sie, die Chinesen auf ihre Seite zu ziehen. Auch im Nahost-Konflikt machen sie deutlich, daß sie auf Chinas Unterstützung angewiesen sind. Nicht in der Lage, die Situation selbst zu bereinigen, hat der US-amerikanische Außenminister Antony Blinken „China aufgefordert, seinen Einfluß in Teheran geltend zu machen“ – natürlich im Interesse der USA.

Es ist kein Wunder, daß der Westen mit einem solchen Auftreten Sympathien nicht nur in China verspielt, sondern sie auch bei den Völkern im Nahen Osten inzwischen weitgehend verloren hat. In solchen Aussagen offenbart sich eine Einstellung, die den Interessen anderer Völker und Staaten keine Bedeutung beimißt. Die Gleichgültigkeit gegenüber den

Sicherheitsinteressen Rußlands war es ja gerade, die in den Krieg in der Ukraine hineinführte – und ähnlich ist es bei den Interessen der Palästinenser.

## Materielle Werte

Zu den politischen und diplomatischen Einflußverlusten des Westens kommen jene im wirtschaftlichen Bereich hinzu, aber auch auf dem Gebiet der Wissenschaft und der technologischen Entwicklung. Die lauthals verkündete Überlegenheit der eigenen Werte bringt die Schlagseiten in den Handelsbilanzen nicht ins Gleichgewicht. Wenn sich auch besonders die USA noch so große Mühe geben, so gelingt

dem Vorwand einer nationalen Bedrohung für die USA erließ.

Damit aber nicht genug, weiteten US-Regierungen ihre nationalen Maßnahmen gegen die chinesische IT-Industrie auch auf „politische Verbündete und Handelspartner in aller Welt“ aus, wie die FAZ schreibt. US-Sanktionslisten verbieten Herstellern und Zulieferern der gesamten westlichen Chipindustrie „unter Strafandrohung, bestimmte Produkte oder spezielle Ausrüstungen ins Reich der Mitte zu liefern“. Das bekannteste Beispiel ist die niederländische ASML, der weltweit führende Hersteller von Chipmaschinen. Die niederländische Regierung

beugte sich dem Diktat der USA und verbot dem eigenen Unternehmen die Ausfuhr seiner Produkte nach China.

Solche Maßnahmen treffen aber nicht nur China, sondern schwächen auch die westliche Wirtschaft selbst. Denn einerseits ergreift Peking Gegenmaßnahmen, die die eigene Chipindustrie fördern – zum Schaden besonders der US-amerikanischen. Die Ankündigung der chinesischen Regierung, bis 2027 US-amerikanische und westliche Chips durch chinesische zu ersetzen, „ließen die Aktien von Intel und AMD am Freitag um 1,5 Prozent zum Vortag“ einbrechen, berichtete die FAZ am 13. April. Schon am 22. März hatten die beiden Unternehmen Wertverluste an den Börsen von 4 Prozent hinnehmen müssen.

Andererseits haben neue „Exportbeschränkungen der amerikanischen Regierung“ laut FAZ vom 23. Februar die Umsätze von Nvidia, dem führenden Hersteller von Chips für die Künstliche Intelligenz, um „25 bis 30 Prozent“ sinken lassen. Diese Auflagen gelten nicht nur für Ausfuhren nach China, sondern auch für solche in andere Länder. Das bedeutet aber, daß Nvidia Umsatz in Höhe von etwa einem Viertel seiner Produktionskapazitäten verloren geht. 2022 hatte China ausländische Computer aus seinen Behörden verbannt. Als dasselbe gegen Apples iPhones verhängt wurde, büßte der Konzern „daraufhin 200 Milliarden Dollar an Börsenwert ein“ (FAZ, 26. März).

An diesen prominenten, aber nicht einzigen Beispielen wird deutlich, daß die Politik der Eindämmung Chinas auf Kosten der Unternehmen im Westen geht. Man will den US-amerikanischen Technologievorsprung erhalten. Damit aber schwächt man die Unternehmen, die man vor chinesischer Konkurrenz schützen will. Umsatz und Wirtschaftlichkeit sinken, denn es gibt keinen Ersatz für die entgangenen Gewinne, womit die Innovationskraft der Unternehmen behindert wird. Zudem ist der Erfolg dieser Politik der Behinderung bisher nicht sehr groß.



**Große Nachfrage vor allem aus dem globalen Süden nach den drei neuen chinesischen Exportschlägern: Elektrofahrzeuge, Solarzellen und Lithium-Ionen-Batterien. (Foto: Xinhua)**

es trotz aller Exportkontrollen nicht, Chinas Entwicklung aufzuhalten. Denn die ideellen „westlichen Werte“ können schon gar nicht die Abhängigkeit von materiellen Werten wie chinesischen Industrieprodukten und Rohstoffen aufheben.

Die derzeitigen Behinderungsversuche gegenüber China sind eine Reaktion auf die chinesischen Fortschritte in Wissenschaft, Technologie, Produktion und Welthandel. Die Phase der Globalisierung hat nicht nur dem Westen neue Absatzmärkte erschlossen, sie hat auch sehr stark zur Entwicklung der chinesischen Wirtschaft beigetragen. Westliche Unternehmen können in vielen Technologiebereichen mit diesem neuen Konkurrenten nicht mehr mithalten und haben inzwischen Marktanteile und Umsatz an diesen verloren.

In manchen Wirtschaftsbereichen wie der Batterieherstellung haben die Chinesen eine marktbeherrschende Stellung erreicht, so daß westliche Unternehmen dort nur schwer Fuß fassen können. Die nun stattfindende Gegenbewegung zur Globalisierung hatte US-Präsident Donald Trump eingeleitet, der Einschränkungen für die Mobilfunkunternehmen Huawei und ZTE auf dem US-Markt unter

## Wertzuwachs

Wie die Ankündigung seiner Regierung zeigte, nimmt China den Kampf im Chipkrieg auf und stellt seinen Unternehmen die notwendigen Mittel zur Verfügung. Die Aufregung im Westen über die chinesischen Subventionen ist pure Augenwischerei. Auch im Westen fließen Hunderte von Milliarden in den Auf- und Ausbau von Chip-, Batterie- und sonstigen modernen Industrien oder in die Kaufförderung von E-Autos.

Daran wird aber auch deutlich, daß die chinesischen Subventionen eine höhere Wirkung erzielen als die westlichen, weil chinesische Unternehmen die westlichen Märkte erobern, was den westlichen trotz Subventionen in China nicht gelingt. Angesichts der geringen Auslandsverschuldung und der hohen Rücklagen stehen China zudem genügend finanzielle Mittel zur Verfügung, um seinen Unternehmen für diese Aufgabe das nötige Kapital bereitzustellen.

Gerade die weitere Entwicklung des sanktionierten Huawei-Konzerns zeigt sehr deutlich, daß die westlichen Versuche, Chinas Aufstieg zu verhindern, zum Scheitern verurteilt sein dürften. Ende März meldete der Telekommunikationsriese einen Umsatzzuwachs von fast

10 Prozent und der Nettogewinn stieg sogar um 140 Prozent.

Viel wichtiger aber als diese Zahlen sind die Hintergründe dieser Entwicklung, die vermutlich stellvertretend sein dürften für die gesamte chinesische Entwicklung und die Erfolgsaussichten der westlichen Behinderungen. Bereits im Sommer 2023 hatte Huawei Aufsehen erregt mit seinem neuen Handy Mate 60. Darin war ein Chip verbaut, „der den Chinesen wegen bestehender Technologie-sanktionen der USA bisher nicht zugetraut worden war“, schrieb die FAZ am 30. März. Damit macht Huawei sogar dem Konkurrenten Apple schwer zu schaffen. So sanken „in China die Umsatzzahlen für das iPhone, während die von Huawei kräftig gewachsen sind“.

Das Bemerkenswerte daran ist, daß es sich dabei nicht um ein Zufallsergebnis handelt oder um erfolgreiche Spionage. Huawei ist es gelungen, die US-amerikanischen Sanktionen zu umgehen, indem es ein neues Verfahren entwickelt und patentiert hat, das „die Herstellung modernster Chips mit gar nicht mal so modernen Anlagen erlauben soll“, fürchtete die FAZ am 27. März. Das bedeutet, daß die chinesische Chipindustrie

vielleicht schon bald gar nicht mehr auf westliche Chips und Maschinen zu deren Herstellung angewiesen ist. Je nachdem wie die Entwicklung verläuft, könnte China auch anderen Staaten diese Verfahren in Lizenz zur Verfügung stellen, womit die westliche Chipindustrie erheblich an Bedeutung verlieren dürfte.

Huawei ist kein Einzelfall. Es steht für eine technologische Aufholjagd, die die gesamte Breite einer Gesellschaft von 1,4 Milliarden gebildeter Menschen erfasst hat, die zudem „weit technologieaffiner ist als im Westen“ (FAZ, 13. März). Das macht sich bei den Patentanmeldungen bemerkbar, wo der Vorsprung Deutschlands nicht nur schrumpft, sondern demgegenüber sich die Anmeldungen „aus China seit 2018 sogar mehr als verdoppelt“ (FAZ, 19. März) haben. Gegen diesen Erdfergeist können Sanktionen und Embargos wenig ausrichten.

**Rüdiger Rauls**

*Redaktionell geringfügig gekürzt*

*Aus: Unsere Zeit, DKP, 3.5.24*

*Rüdiger Rauls ist Buchautor und betreibt den Blog „Politische Analyse“.*

# US-Ultimatum gegen Tiktok

## Die USA scheitern erneut beim Versuch, chinesische Konkurrenz auszuschalten

André Müller kommentierte in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 25. April zurecht, daß „das US-Ultimatum an Tiktok eine plumpe und stumpfe Waffe“ ist. Nicht nur, daß der schwammige Begriff „kritische Technologie“ noch beliebiger wird. Er verwies darauf, daß China keinen direkten Zugriff auf Nutzerdaten habe, weil diese bei der US-Firma Oracle gespeichert werden. Außerdem sei die Dynamik der Socialmedia-Plattformen relativ kurzlebig, wie am Beispiel Facebook zu sehen sei. Müller führt „Bestrebungen der EU“ an, mit denen das Suchpotential bei Jugendlichen für Tiktok verringert werden soll. Er hätte besser das Beispiel Chinas angeführt, wo bereits bei Videospiele für Jugendliche zeitliche Beschränkungen gelten und süchtig machende „Belohnungsprogramme“ verboten wurden.

Das US-Ultimatum ist im Kern der plumpe Versuch, eine Konkurrenz für US-Plattformen wie Meta auszuschalten. Es ist zugleich eine „stumpfe Waffe“, um die High-Tech-Entwicklung Chinas zu behindern. Da waren die US-Präsidenten Donald Trump und Joseph Biden schon beim chinesischen Elektronikkonzern Huawei erfolglos. Huawei zeigte sich flexibel und hat die 5G-Technologie nicht nur in der Telekommunikation verbreitet, sondern auch in der Entwicklung der automotiven Transport-Technik. Die Firma ist sogar wieder in den Handy-Markt eingestiegen.

Tiktok versucht auf der einen Seite international, der US-Sanktionspolitik das Wasser abzugraben. Das Unternehmen schloß

im März mit der Afrikanischen Union (AU) eine Partnerschaft im Rahmen der in Ghana begonnenen afrikaweiten „#SaferTogether“ Kampagne, um die Herausforderungen der Online-Sicherheit gebündelt anzugehen. AU-Direktorin für Frauen, Gender und Jugend-Prudence Nonkululeko Ngwenya setzte sich durch Initiativen wie Aufklärungswerkshops und die Entwicklung umfassender Sicherheitsinstrumente dafür ein, „ein digital sicheres Umfeld für alle zu schaffen.“ So hat in Kenia das kenianische Kommunikationsministerium eine strengere Regulierung von Tiktok anstelle eines vollständigen Verbots vorgeschlagen.

Zugleich hat sich Tiktok ähnlich wie Huawei ein zweites Standbein zugelegt. Die Plattform drängte seit Juni letztes Jahres in den Internethandel Südostasiens und löste damit eine neue Runde des Konkurrenzkampfes auf dem schnell wachsenden Markt aus. „Milliarden von Dollars werden in Indonesien und dem Rest Südostasiens investiert,“ kündigte Tiktok-Chef Shou Zi Chew auf einem Forum in Djakarta an. Darüber hinaus werde Tiktok in den nächsten drei Jahren 12,2 Millionen US-Dollar in die Unterstützung von mehr als 120 000 kleinen Unternehmen in der Region investieren. Strategisches Ziel sei, 35 Prozent des südostasiatischen Internethandels zu kontrollieren.

Allerdings musste Tiktok Anfang Oktober 2023 vorübergehend den Onlinehandel in Indonesien einstellen, um Beschränkungen

einzuhalten und sich mit der indonesischen Regierung ins Benehmen zu setzen, schreibt die chinesische Wirtschaftszeitung „Caixin“ am 5. Oktober 2023. Mit der Übernahme von 75,01 Prozent der Handelsplattform Tokopedia für 840 Millionen Dollar Mitte Dezember 2023 kam Tiktok aber wieder zurück in den Markt.

In Vietnam könnten jedoch regulatorische Hürden Tiktoks Strategie durchkreuzen, dort Onlinemarktplatz Nummer eins zu werden. Der im April 2022 gestartete Onlineshop, der zum chinesischen Konglomerat ByteDance gehört, hat das vom chinesischen Konkurrenten Alibaba unterstützte Unternehmen Lazada überholt und sich zum zweitgrößten Online-Marktplatz entwickelt. Nur „Shopee“ aus Singapur ist, gemessen am Umsatz, noch größer nach Daten des lokalen Analyseunternehmens Metric.

Wie „Caixin“ Ende April meldete, hat ByteDance Limited, die Muttergesellschaft von ByteDance parallel zum Vorgehen der US-Behörden eine interne Untersuchung durchgeführt. Der hausinterne Ausschuß für Unternehmensdisziplin und -ethik hat am 28. April 44 Verstöße aufgedeckt – von Integritätsverletzungen, Interessenkonflikten, Verstößen gegen Informationssicherheitsprotokollen bis zu mutmaßlichen Straftaten wie Bestechlichkeit. Daraufhin hat ByteDance 61 Mitarbeiter wegen „Fehlverhaltens“ entlassen.

**Georges Hallermayer**

# „In den Schuhen steckten noch die abgehackten Füße der Kinder“

## Der Aufstand der indischen Sepoy und der Angriff der palästinensischen Hamas – ein Vergleich

Im Sommer 1857 kam es in dem von Großbritannien beherrschten Indien zu einem Aufstand, der durch seine Grausamkeiten weltweit Entsetzen und Abscheu auslöste, und der bis heute nachwirkt. Die damaligen Ereignisse sollen hier zunächst in aller Kürze dargestellt werden. Grundlage hierfür ist der Artikel „Indischer Aufstand: Das britische Trauma vom Massaker von Kanpur“ von Berthold Seewald.

Ausgelöst durch das Gerücht, die Patronen ihrer neuen Enfield-Gewehre würden Fett von Kühen und Schweinen enthalten, hatten sich zunächst in Meerut Hindu- und Muslim-Sepoy der East India Company gegen ihre britischen Offiziere und Unteroffiziere erhoben. Hintergrund war, daß man die Hülsen der Patronen vor dem Laden mit den Zähnen aufbeißen musste, so daß die Soldaten Gefahr liefen, Spuren des Fetts ungewollt zu sich zu nehmen. Das war – was die Kühe betraf – für Hindus aus religiösen Gründen unerträglich, und für die Moslems stellte das Schweinefett ein unüberwindliches Hindernis dar. Diese Zumutungen waren aber nur Anlaß für den Aufstand. Ursachen war die andauernde Unterdrückung, Demütigung und Mißachtung der einheimischen Bevölkerung durch die englischen Kolonialherren.

Als Sepoy wurden die von der englischen Kolonialmacht unterhaltenen indischen Truppen bezeichnet. Die „Große Meuterei“, wie die Erhebung auch genannt wird, hatte Anfang Juni 1857 die Garnison in Kanpur (im heutigen indischen Bundesstaat Uttar Pradesh) unter dem Befehl des englischen Kommandanten Wheeler erfaßt. Im Juni spitzte sich die Situation zu. Unter Führung des Großmoguls Nana Sahib schlossen sich die indischen Truppen dort dem Aufstand an.

Das Gros der 3000 Sepoy weigerte den Befehl. 300 europäische Soldaten, 80 indische sowie einige Hundert Zivilisten, darunter 400 Frauen und Kinder, zogen sich daraufhin in den befestigten Kern der Garnison zurück. Wassermangel, Hunger, Krankheiten, der Gestank der Leichen sowie die seelische Belastung untergruben bald den Durchhaltewillen der Belagerten. Als schließlich klar wurde, daß auf Entsatz nicht zu hoffen war – die Aufständischen hatten die Telegrafleitungen gekappt –, beschloßen Wheeler und seine Offiziere, das Angebot Nana Sahibs anzunehmen: freier Abzug nach Aufgabe.

Am 27. Juni 1857 verließen die Briten die Ruinen und marschierten zum Ganges, wo sie Boote erhalten sollten, mit denen sie sich nach Allahabad durchschlagen wollten. Waffen und Munition durften sie mitnehmen, doch das half ihnen wenig. Die Boote

wurden in Brand geschossen und versenkt, vor allem Männer wurden dabei getötet. 125 Frauen und Kinder wurden in einem Frauenhaus eingepfercht. Zusammen mit weiteren Flüchtlingen kampierten dort rund 200 Menschen unter entsetzlichen Bedingungen. Ruhr und Cholera dezimierten die Inhaftierten. Als britische Truppen auf Kanpur vorstießen, setzte Nana Sahib die Eingeschlossenen als Geiseln für Verhandlungen ein. Da sich die englischen Truppen unter Befehl des Generals Henry Havelock aber als überlegen erwiesen und vorrückten, beschloß die Führung der Rebellen die Gefangenen umzubringen, bevor die Briten die Stadt erreichten. Am 15. Juli wurden die wenigen verbliebenen Männer ermordet. Die Sepoy weigerten sich aber, auch die 65 Frauen und Kinder zu töten, die die Tortur bis dahin überlebt hatten. So wurden Fleischer aus dem Basar der Stadt gedungen. Sie sollen eine Stunde benötigt haben, um mit ihren Schlachtermessern das grausame Werk zu vollbringen. Die Opfer wurden nicht einfach nur getötet, sondern regelrecht zerteilt. Anschließend wurden ihre Überreste in einen Brunnen geworfen. Auch einige Überlebende wurden hineingeworfen und starben unter der Last der Verstümmelten. Als die Briten am 17. Juli 1857 in die Stadt einrückten, fanden sie – folgt man den kolportierten Berichten darüber – Kinderschuhe, in denen noch die Füße steckten. Blutige Hand- und Fußabdrücke an den Wänden zeugten von der Passion der Opfer. „Im Hof fünf Zentimeter hoch das Blut, Haarzöpfe und Kleider der armen Lady, alles wurde vorgefunden“, notierte eine entsetzte Queen Victoria im fernem London nach der Lektüre der Zeitungen in ihr Tagebuch.

### Maßlose Vergeltung

Nicht allein in Großbritannien, in ganz Europa und im Rest der sogenannten westlichen, „zivilisierten“ Welt war das Entsetzen über das Geschehene groß. Und so sah auch Karl Marx Anlass, die Ereignisse in mehreren Artikeln zu beschreiben und zu kommentieren. Am 16. September 1857 erschien in der New York Daily Tribune von ihm der Zeitungsbericht „Der indische Aufstand“. Marx stellte die von den Sepoy begangenen Taten keineswegs in Abrede, er verglich sie aber sogleich mit der Gewalt, die unter dem „Beifall des respektablen Englands“ regelmäßig ausgeübt wird, wenn sie nur der Wahrung der eigenen Interessen dient, ob sie nun von den Engländern selbst oder von anderen Völkern ausgeübt wird, ob in Europa oder in den Kolonien, entscheidend ist immer das Klasseninteresse. Marx schrieb: „Die von den

revoltierenden Sepoy in Indien begangenen Gewalttätigkeiten sind in der Tat entsetzlich, scheußlich, unbeschreiblich – so, wie man sie nur in Insurrektionskriegen, in Kriegen von Völkerstämmen und Geschlechtern und vor allem in Religionskriegen anzutreffen erwartet, mit einem Wort, solche Gewalttätigkeiten, wie sie den Beifall des respektablen Englands zu finden pflegten, wenn sie von den Männern der Vendée an den ‚Blauen‘, von den spanischen Guerillas an den ungläubigen Franzosen, von den Serben an ihren deutschen und ungarischen Nachbarn, von den Kroaten an den Wiener Aufständischen, von Cavaignacs Garde mobile oder von Bonapartes Dezemberleuten an den Söhnen und Töchtern des proletarischen Frankreichs verübt wurden.“

Marx kommt dann auf die Ursache der Gewalt zu sprechen: „Wie schändlich das Vorgehen der Sepoy auch immer sein mag, es ist nur in konzentrierter Form der Reflex von Englands eigenem Vorgehen in Indien nicht nur während der Zeit der Gründung seines östlichen Reiches, sondern sogar während der letzten zehn Jahre einer lang bestehenden Herrschaft. Um diese Herrschaft zu charakterisieren, genügt die Feststellung, daß die Folter einen organischen Bestandteil ihrer Finanzpolitik bildete. In der Geschichte der Menschheit gibt es so etwas wie Vergeltung; und es ist eine Regel historischer Vergeltung, daß ihre Waffen nicht von den Bedrückten, sondern von den Bedrückern selbst geschmiedet werden.“ Der letzte Satz bezog sich auf die Tatsache, daß es von den Engländern ausgebildete und ausgerüstete Truppen waren, die diese Taten begangen. Britannien hatte die Sepoy überhaupt erst geschaffen.

In dem Artikel zeigt sich die Überlegenheit der Marxschen Argumentation. Er beließ es nicht bei der üblichen bigotten Empörung über die begangenen Taten der Aufständischen, sondern verglich sie mit dem alltäglichen Terror der Unterdrücker, der nicht weniger grausam ist. Er ordnete die Ereignisse historisch ein und machte sie dadurch erklärbar.

Von den Friedensorganisationen in England und in den USA wurden die indischen Ereignisse von 1857 unterschiedlich, ja gegensätzlich bewertet. Domenico Losurdo geht in seinem Buch „Gewaltlosigkeit. Eine Gegengeschichte“ darauf ein: „Die im Westen vorherrschende Stimmung beeinflusste auch die American Peace Society. Deren Mehrheit argumentierte folgendermaßen: Selbst wenn die Herrschaft Englands in Indien unrechtmäßig entstanden sei, hätten die Regierungen dennoch die Pflicht, die Ordnung

aufrechtzuerhalten und zu respektieren. Anders formuliert, seien die Aufständischen im Unrecht, wenn sie zur Gewalt griffen und die herrschenden Rechtsnormen verletzen. Letztendlich seien sie somit Banditen und Kriminelle. Es handle sich also nicht um einen Krieg, sondern um einen Zusammenstoß zwischen gewöhnlichen Verbrechern und Polizeikräften.“ Losurdo zieht daraus den Schluß: Das „allgemeine Prinzip der Gewaltlosigkeit“ konzentriert „seine Kritik auf die gewalttätige Rebellion der Unterdrückten, ohne Kritik an der (brutalen) Art der Wiederherstellung der Ordnung zu üben (...)“

Anders die Reaktion der Friedensfreunde auf der anderen Seite des Atlantiks: „Die Schwestergesellschaft, die London Peace Society, die sich in England konstituiert hatte, identifiziert sich nicht mit der Haltung der American Peace Society, und spricht – sich von dieser distanzierend – hinsichtlich des Konflikts in Indien ohne Zögern von Krieg und verurteilt damit auch die Gewalt der englischen Regierung. Die Verurteilung konzentriert sich jetzt sogar in erster Linie (Losurdo zitiert dafür den US-amerikanischen Professor für religiöse Studien, Valerie H. Ziegler, aus seinem Buch „The Advocates of Peace in Antebellum America“, A.W) auf die ‚maßlose Machtgier und Ambition‘ der Kolonialmacht, auf ‚die unverschämten Aggressionen‘, auf ihren Anspruch, ‚Indien mit dem Schwert zu regieren‘, und auf die ‚Erniedrigung von 150 Millionen Personen‘. Nicht viel anders ist die Haltung, die Marx der ‚Katastrophe‘ gegenüber einnimmt.“

Es ist Marx, der darauf aufmerksam macht, dass man nicht vergessen sollte, dass „während die Greuelthaten der Engländer als Zeugnisse militärischer Kraft dargestellt und einfach und schnell erzählt werden, ohne bei abscheulichen Einzelheiten zu verweilen, die Gewalttätigkeiten der Eingeborenen, so entsetzlich sie sind, noch vorsätzlich aufgebauscht werden.“ Nach Berthold Seewald erkannte auch der Times-Reporter William Russell, der wenige Monate später Kanpur besuchte, dass die Medien vor allem aus Briefen schöpften, die „von geschickten Meistern in dieser Art Kochkunst mit so viel Schrecken gepfeffert, wie sie die Einbildungskraft noch nie ersonnen“.

Die tatsächlich begangenen Gräueltaten und erst recht die Hinzugedichteten wurden als Rechtfertigung benutzt, um jede noch so infame Vergeltungsmaßnahme der englischen Kolonialmacht zu rechtfertigen: „Wenn das Grauen, das die Briten vor Ort sahen, bereits ausgereicht hatte, um brutale Vergeltung zu üben, so sorgte der Schwall nationaler Entrüstung aus Europa dafür, alle Hemmungen dabei abzuwerfen. Sepoys, die das Pech hatten, gefangen genommen zu werden, mußten den Boden des Frauenhauses mit ihren Zungen ablecken, bevor sie gehenkt wurden. Muslime wurden zuvor in Schweineschwarten genäht, Hindus zwang man, Rindfleisch zu essen. Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, Gefangene vor die Mündung von Kanonen gebunden, bevor man diese abfeuerte.“

Diese bestialischen Methoden der Vergeltung wurden aus einer besonderen Motivation heraus begangen: „Die besondere Schwere des Massakers von Kanpur bestand darin, dass es von einem unterworfenen Volk begangen wurde – von dunkelhäutigen Männern, die es wagten, das Blut ihrer Herren und das hilfloser Damen und Kinder zu vergießen.“ So erklärte der britische Kriegsberichtersteller William Howard Russell das „herausragende Verbrechen“, das sich im Sommer 1857 auf dem Höhepunkt des indischen Aufstandes ereignete. Es sollte die Sicht der Briten auf ihre Untertanen nachhaltig prägen. Das Massaker von Kanpur wirkte auch nach der Niederschlagung des Aufstands nach. Es wurde zur vielzitierten Begründung für das Trauma „von der stets lauenden Gefahr für die weiße Frau durch die ungezügelter Begierde des wilden Eingeborenen, die selbst bei Indern der Oberschicht bestenfalls unter einem dünnen Firnis angenommener europäischer Bildung und Sitten schlummerte“, wie es der Historiker Peter Wende formulierte. Derartige kolonialistische und rassistische Klischees sollten sich bis in die Gegenwart halten.

### Das Massaker der Hamas

Am 7. Oktober 2023 überwandene Kämpfer des militärischen Arms der palästinensischen Organisation Hamas den schwer befestigten Grenzzaun zwischen dem Gaza-Streifen und Israel, überfielen dort Siedlungen und ein unmittelbar am Zaun stattfindendes Jugendfestival. Sie töteten etwa 1200 Menschen, Israelis und Angehörige anderer Nationen. Das von Marx mit Blick auf die Taten der Sepoys gefällte Urteil als „in der Tat entsetzlich, scheußlich, unbeschreiblich“ trifft auch auf die Gewalt der Hamas zu. Neben Soldaten wurden Hunderte Unschuldiger, Männer, Frauen, Kinder getötet, ganze Familien wurden gemeinsam hingerichtet. Etwa 230 Geiseln wurden verschleppt.

Wie seinerzeit kaum über die Ursachen für die in Indien ausgebrochene Gewalt gesprochen wurde, so wird heute über die Leiden, die Verzweiflung und die Ausweglosigkeit der Palästinenser in dem „offenen Gefängnis“ Gaza geschwiegen. Unerwähnt bleibt, daß sich das palästinensische Volk seit der Staatsgründung Israels 1947 einer Politik der Unterdrückung, der Vertreibung und des Terrors ausgesetzt sieht. Politik und Medien des Westens ignorieren dies weitgehend. Sie machen sich stattdessen die Sicht der American Peace Society von 1857 gegenüber dem Sepoy-Aufstand zu eigen, wonach es sich bei den Kämpfern der Hamas lediglich um „Banditen und Kriminelle“ handele, heute pauschal als „Terroristen“ abgetan. Es geht also nicht um einen Krieg, sondern nur um einen Zusammenstoß zwischen gewöhnlichen Verbrechern und Polizeikräften.

### Die israelische Rache

Dementsprechend geht die israelische Regierung bei der Beschreibung ihres Krieges im Gaza-Streifen verharmlosend von „Antiterrormaßnahmen“ aus. Und in einem Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

wird „die Dezimierung der Terrorbande“ als „Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden verlangt.“ Lenin schrieb im Mai 1917 in seiner Schrift „Krieg und Frieden“ über diese Kolonialkriege, die eigentlich gar keine Kriege sein sollen: „Nehmen sie die Geschichte der kleinen Kriege (...), weil in diesen Kriegen wenig Europäer, dafür aber Hunderttausende aus jenen Völkern umkamen, die sie versklavten, die von ihrem Standpunkt nicht einmal als Völker angesehen werden (irgendwelche Asiaten, Afrikaner – sind das etwa Völker?); mit diesen Völkern wurden Kriege folgender Art geführt: sie waren waffenlos, und man mordete sie mit Maschinengewehren.“ Und er fügte sarkastisch hinzu: „Sind denn das Kriege? Das sind doch eigentlich keine Kriege, das kann man der Vergessenheit anheimfallen lassen.“

Wie die Rache der Engländer 1857 maßlos und extrem grausam war, so übersteigt auch die Vergeltung der Israelis heute jegliche Proportionalität und wird in ihrer Zerstörungswut zu Recht als Völkermord verurteilt: „Mehr als 40 000 Tote, davon 36 330 Zivilpersonen, 14 861 Kinder, 9273 Frauen bilanziert der ‚Euro-Med Human Rights Monitor‘ nach 160 Tagen Krieg gegen Gaza. 74 400 Verletzte, zwei Millionen Vertriebene, 112 000 völlig zerstörte, 256 100 stark beschädigte Wohngebäude, 2131 zerstörte Betriebe, 634 zerstörte Moscheen, drei zerstörte Kirchen, 200 zerstörte Stätten des Kulturerbes, 175 zerstörte oder stark beschädigte Medizinenbüros und 134 bei ihrer Berufsausübung getötete Journalisten.“

Während aber über jedes noch so kleine Detail des Schicksals der getöteten und verletzten Israelis wieder und wieder ausführlich berichtet wird, und für die verschleppten Geiseln eine weltweite Solidaritätsbewegung organisiert wurde, bleiben die in die Zehntausende zählenden palästinensischen Opfer gesichtslos und daher anonym. Schon allein die wahllosen Bombardierungen der israelischen Armee sorgen dafür, dass sich nur noch wenige Journalisten in den Gaza-Streifen trauen, und so gibt es auch immer weniger Nachrichten und Bilder von den Leiden der Palästinenser. Wie die Gräueltaten der Engländer in Indien werden auch die heutigen der Israelis – wie Marx schrieb – „als Zeugnisse militärischer Kraft dargestellt und einfach und schnell erzählt (...), ohne bei abscheulichen Einzelheiten zu verweilen“.

Es zeigt sich also, daß es auffällige Parallelen zwischen dem indischen Aufstand von 1857 und dem Angriff der Hamas in 2023 gibt. Auch die maßlosen Reaktionen darauf – seinerzeit der Engländer, heute der Israelis – ähneln sich. Und das ist alles andere als zufällig, existiert doch noch immer der Kolonialismus. Als „Herrenvolk“-Demokratie unterdrückt Israel die Palästinenser.

1947, 90 Jahre nach dem Sepoy-Aufstand, erlangte Indien seine Unabhängigkeit und konnte damit das koloniale Joch abschütteln. Die Palästinenser warten seit 76 Jahren auf ihren Staat. Aber auch für sie wird der Tag der Freiheit kommen.

Andreas Wehr

Berlin

Quelle: [www.andreas-wehr.eu](http://www.andreas-wehr.eu)

# Israel braucht Nachschub: Afrikaner aus Malawi ersetzen palästinensische Landarbeiter

*Auch wenn das Westjordanland (noch) nicht Großisrael einverleibt ist, palästinensische Arbeiter und Arbeiterinnen werden auf Israels Feldern in Zukunft nicht mehr zu sehen sein. Sei es, weil sie während des Gaza-Massakers umgekommen sind, sei es aus Angst vor Rache der israelischen Siedler, sei es aus der gleichen verweigernden Haltung der Ausgebeuteten auf Martinique, die sich nach der „Sklavenbefreiung“ geschlossen weigerten, auf den verhaßten Baumwollfeldern um Lohn anzustehen und lieber in ihren Hütten darbtten.*

Doch Israels Regierung hat vorgesorgt und holt aus dem anglophonen Ostafrika Ersatz. Und sie suchte eines der kleinsten und ärmsten Länder Afrikas aus – Malawi mit 20 % Muslims konzentriert im Süden. Nach dem Bericht der Weltbank vom 11. April ist der Anteil der unter der Armutslinie von 2,25 Dollar pro Tag

lebenden Bevölkerung auf über 70 Prozent gestiegen, während der Staat Malawi 35 % seiner Einnahmen für den Schuldendienst braucht. Wie Voice of America meldete, haben Malawi und Israel eine Vereinbarung geschlossen, ungelernete Arbeiter nach Israel zu entsenden. Außenministerin Nancy Tembo leitete die Delegation nach Israel. Sie sagte, das Arbeitsministerium werde für die Vermittlung zuständig sein. Nach der bisherigen Regelung wurden bereits im November letzten Jahres etwa 1000 Farmerarbeiter über private Arbeitsvermittlungen rekrutiert. Regierungssprecher Moses Kunkuyu sagte, das Abkommen enthalte Bestimmungen über Rechte der Arbeitsmigranten, nachdem malawische Arbeiter der Delegation berichteten, daß Vertragsbedingungen nicht eingehalten wurden. Kunkuyu erwartet, daß nun in einer ersten Welle 3000 Malawier in verschiedenen

landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt werden – anstelle der unerwünschten Palästinenser. Israelische Unternehmer hätten die Absicht geäußert, in Malawi auch qualifizierte Arbeitskräfte im Baugewerbe anzuwerben, wie etwa Maurer, Zimmerer, Schweißer und Fliesenleger.

Dem malawischen Finanzminister, Simplex Chithyola Banda, kann das mit der zu erwartenden Erhöhung der „Remittance“, den Überweisungen der im Ausland lebenden Diaspora, nur recht sein. 2021 waren es mit knappen 260 Mio. Dollar gerade mal 0,3 % der nach Afrika geschickten Gelder. (Über die Hälfte gehen nach Ägypten und Nigeria). Der Finanzminister konstatierte, daß bereits 735 000 Dollar durch die Vereinbarung mit Israel über den Export von Arbeitskräften nach Malawi überwiesen wurden.

Georges Hallermayer

## Deutsche Rüstungsexporte nach Israel und in die Region

*Laut einem Bericht der Tagesschau hat Deutschland seine Rüstungsexporte nach Israel seit dem 7. Oktober verzehnfacht. 2022 betrug der Exportbetrag 32,3 Mio. Euro, knapp ein Jahr später liegt dieser Betrag bei 323,2 Mio. Euro. In den Jahren 2020 bis 2023 hat Israel Rüstungsgüter aus Deutschland im Wert von über 1 Milliarde Euro erhalten.*

### Beteiligung deutscher Firmen

ThyssenKrupp hat zwischen 2016 und 2021 vier Kriegsschiffe der Sa'ar-6-Klasse für die israelische Marine gebaut – diese Raketenkorvetten wurden zum ersten Mal am 16. Oktober 2023 beim Angriff auf Gaza genutzt. 2022 hat das Unternehmen drei U-Boote im Wert von drei Milliarden Euro an Israel verkauft – ein Drittel des Preises wurde von der Bundesregierung übernommen.

Auch Technologien von Rheinmetall, beispielsweise Panzerkanonen, sind in Israel präsent. Die Munition in den in Gaza eingesetzten 155-mm-Panzerhaubitzen werden von General Dynamics in den USA und Rheinmetall hergestellt. Der Konzern ist außerdem an der Entwicklung von ferngesteuerter Präzisionsmunition gemeinsam mit dem israelischen Munitionsproduzenten U-Vision sowie an der Entwicklung und Herstellung von Radhaubitzen zusammen mit Israels größtem privaten Waffenhersteller, Elbit Systems, beteiligt.

Seit Jahren liefert das Augsburger Unternehmen Renk Schalt-, Wende- und Lenkgetriebe für die aktuelle Version des israelischen Merkava-Kampfpanzers (Mk IV). MTU mit Sitz in Friedrichshafen stellt Motoren für israelische Kriegsschiffe und Panzer her, u.a. für den oben genannten Merkava-Panzer Mk IV.

Auch der Rüstungs- und Sensorikhersteller Hensoldt mit Hauptsitz in Bayern ist ein wichtiger Liefer- und Handelspartner des israelischen Militärs.

Aktien der Unternehmen Rheinmetall und Hensoldt haben nach dem Angriff der Hamas und dem israelischen Gegenschlag eine Wertsteigerung von bis zu 12 Prozent verzeichnet.

### Eskalationssteigerung durch deutsche Rüstungsexporte

Der alarmierende Zuwachs von Rüstungsexporten an einen Staat, der bei seinem Angriff bereits zehntausende Zivilisten getötet hat, reiht sich ein in eine immer stärker werdende Tendenz der Bundesregierung, mehr und mehr Kriegsmaterial zu exportieren, wie der Jahresabschluß 2023 zeigt: Es wurden Rüstungsexporte in Höhe von mindestens 12,2 Milliarden Euro genehmigt. Das bedeutet einen Anstieg von über 25 Prozent im Vergleich zum bisherigen Rekordstand von 9,35 Milliarden Euro im Jahr 2021. Die Hauptempfänger dieser Exporte sind, abseits der Ukraine und NATO-Staaten, Länder im Nahen und Mittleren Osten.

Die Bundesregierung gewährte den Export von Rüstungsgütern aus deutscher Herstellung im Wert von 1,76 Milliarden Euro für Drittländer wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten oder Saudi-Arabien. Die neueste Entwicklung in diesem Kontext ist die Ankündigung von Außenministerin Baerbock, den Export von Eurofightern nach Saudi-Arabien, der 2018 unter der Ex-Kanzlerin Merkel gestoppt wurde, doch zu genehmigen. Saudi-Arabien führt die Koalition der im Jemen intervenierenden Staaten an. Darüber hinaus hatte Saudi-Arabien eine See-

Land- und Luftblockade gegen seinen Nachbarstaat Katar verhängt. Die Festschreibung im Koalitionsvertrag, keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten zu erteilen, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind, wäre mit dem Export der Eurofighter nach Saudi-Arabien nichtig. Der Kurswechsel wird begründet mit dem Einsatz bereits an Saudi-Arabien gelieferter Eurofighter für den Abschluß von Raketen der jemenitischen Huthi-Rebellen, die seit dem Krieg gegen Israel gerichtet waren. Daß sich im Jemen eine der weltweit größten humanitären Katastrophen abspielt, in der Schätzungen der UN zufolge seit Kriegsbeginn im Jahr 2015 mehr als 377 000 Menschen getötet worden sind und das Land sich seit Jahren in einem bitteren Dauerausnahmestand, bestehend aus Hungersnot und Epidemien, befindet, spielt bei der Unterstützung der Bundesregierung für Saudi-Arabien keine Rolle. Trotz dieser Katastrophen befeuert Deutschland genau diesen Konflikt mit Rüstungsexporten. Die ersten geopolitischen Folgen und Übertragungseffekte des Krieges in Gaza sind im Libanon, Irak, Jemen und Syrien zu verzeichnen.

Durch den Verkauf von Waffen und weiteren Rüstungsgütern beteiligt sich Deutschland maßgeblich an den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten. Auch Waffen und Teile von Waffen aus Deutschland werden bei den israelischen Angriffen verwendet – die Bundesregierung trägt daher eine Mitschuld an den Opfern und der Zerstörung in Gaza.

Elvin Çetin

Redaktionell gekürzt  
Aus: IMI-Analyse 2024/09



# Kuba braucht unsere Solidarität mehr denn je

**K**uba durchlebt derzeit eine schwere Krise: Als würde die seit mehr als sechs Jahrzehnten andauernde US-Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade nicht erdrückend genug sein, erließ Ex-Präsident Donald Trump im Januar 2021 kurz vor seiner Amtsübergabe an Joseph Biden weitere 243 Zwangsmaßnahmen. Noch schwerer wiegt die erneute Nennung Kubas auf einer Liste des US-Außenministeriums als angeblicher „State Sponsor of Terrorism“. Diese Verleumdung kommt einer Strangulierung aller relevanten Bereiche des täglichen Lebens gleich. Kuba ist de facto von internationalen Finanzströmen ausgeschlossen, simple Bezahlvorgänge für den Wareneinkauf laufen beständig Gefahr, durch Banken und US-Behörden eingefroren zu werden. Hinzu kommt die reale Bedrohung für Handelspartner, durch die extraterritoriale Ausweitung der Blockadegesetze mit dem 1996 erlassenen Helms-Burton-Gesetz ebenfalls Opfer von US-Sanktionen zu werden. Kuba braucht unsere Solidarität also dringender denn je. Die Verfasserin war in ihrer Funktion als Koordinatorin der AG Cuba sí in der Partei Die Linke mit einer Delegation im Februar 2024 in Kuba. Ziel war ein Einblick in die aktuelle Situation, die Maßnahmen der Regierung und die Prüfung, inwiefern die Cuba sí-Projekte den aktuellen Bedürfnissen Rechnung tragen. Dazu dienten Gespräche u.a. im Zentralkomitee der KP Kubas, im Außenhandels- und Landwirtschaftsministerium sowie im Institut für Völkerfreundschaft.

Auffällig war das wider Erwarten breite Angebot an Lebensmitteln, Verbrauchs- und Konsumgütern. Seit September 2021 sind rund 11 000 neue privat geführte Mipymes (Mini-, Klein- und mittlere Unternehmen) entstanden, v.a. im Einzelhandel, in der Gastronomie und für Transport- und Reparaturdienstleistungen.

Leider beruhen viele dieser Unternehmungen lediglich auf dem teureren Wiederverkauf importierter Güter, ohne mehr Wertschöpfung zu bewirken durch z.B. den Import von Rohstoffen und der Weiterverarbeitung im Land. Die Regierung plant, durch steuerliche Anpassungen dieser unerwünschten Tendenz zu begegnen. Es soll mehr Anreize für Produktivität in der Landwirtschaft geben.

Die Kaufkraft des kubanischen Peso wird durch eine hohe Inflation entwertet. Einerseits werden die neuen Unternehmer für dieses Phänomen mitverantwortlich gemacht, da sich bei ihnen eine hohe Menge an Bargeld konzentriert. Andererseits fand die Währungszusammenführung des Peso nacional mit dem konvertiblen Peso (CUC) zum Jahreswechsel 2020/21 zu einem ungünstigen Zeitpunkt statt, als die Pandemie noch nicht überwunden war und die erwarteten Wachstums- und Erholungskennziffern nicht eintraten. Der offizielle Tauschkurs von 1 Euro: 125 Peso cubano wird inoffiziell von 1:395 (Abfrage am 8.5.2024) unterlaufen. Damit verbunden sind

steigende Preise, mit denen die Löhne und Gehälter nicht Schritt halten. Menschen ohne Zugang zu Devisen sind inzwischen real von Armut bedroht. Aufgefangen wird dies durch Tafeln, in denen sich die Bedürftigen auch mit Kleidung versorgen können.

Ein schwieriges und äußerst komplexes Szenario, in dem Kuba sein Ziel eines prosperierenden und nachhaltigen Sozialismus umsetzen will. Wichtigste Säulen bleiben der sozialistische Staatsbetrieb und die Planwirtschaft. Private und genossenschaftliche Akteure und ausländische Direktinvestitionen werden als wichtige ergänzende Elemente gesehen. Die großen Themen Reduzierung



Milchprojekt von Cub Sí auf Kuba

der Importabhängigkeit, Steigerung der Produktivität und Effizienz, die Erhöhung der Lebensmittelproduktion und die Ansiedlung von Joint Ventures in der Sonderentwicklungszone Mariel bleiben aktuell.

In der gegenwärtigen Lage treibt die Regierung zudem verstärkt die Dezentralisierung und lokale Projekte voran. Kommunen erhalten mehr Entscheidungsbefugnisse, Eigenaktivität wird gefördert. Auf kommunaler Ebene sollen alle Akteure zur Lösung der bestehenden Probleme beitragen, um durch diese direkte Einbindung in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse ein starkes Verantwortungsgefühl zu entwickeln und Projekte erfolgreich umzusetzen.

Unsere Reise galt in erster Linie der Landwirtschaft. Deren Lage ist ebenso komplex: Neben Beschaffungsproblemen für Maschinen, Ausrüstung und Ersatzteile sowie Landflucht fehlt es an Bereitschaft, die nach wie vor schwere körperliche Arbeit auf sich zu nehmen. Der Klimawandel mit längeren Dürreperioden, späterem Beginn der Regenzeit, verstärkten Hurrikans und Überschwemmungen erschwert die Planbarkeit. Kraftstoff und Dünger fehlen. Die unzureichende veterinärmedizinische Versorgung und Futtergrundlage beeinflussen die Produktion von Jungtieren.

Lösungen werden im verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien gesehen, der Zucht klimatisch angepasster Nutzpflanzen und -tiere, im Schutz genetischer Ressourcen, der Substitution von Importen bei Futter-, Dünge- und

Pflanzenschutzmitteln sowie in der Arbeit mit jungen Menschen.

Der Cuba sí-Partnerorganisation ACPA (Kubanische Vereinigung für Tierproduktion) kommt hierbei eine wichtige Rolle zu. ACPA ist in allen Provinzen Kubas mit Filialen und Basisorganisationen präsent und vermittelt Kenntnisse in Landwirtschaft und Tierhaltung, einer diversifizierten Betriebsführung, bei der Nutzung erneuerbarer Energien und ökologischer Nachhaltigkeit.

Auf dem Cuba sí-Projekt in der Provinz Mayabeque sahen wir in den besuchten Betriebsteilen die Früchte dieser Arbeit: Bereitgestellte Spendengelder flossen u.a. in Ausrüstung zur

Erweiterung der Weide- und Anbauflächen. Die wissenschaftliche Kooperation mit Forschungseinrichtungen ermöglicht den Anbau von Futtergräsern, die an veränderte klimatische Bedingungen besser angepaßt sind und dadurch die Fütterung in Dürreperioden sichern. Damit stabilisiert und vergrößert sich der Herdenbestand. Reine Milchbetriebe diversifizieren ihre Tierhaltung mit Schafen, Ziegen, Schweinen und Geflügel. Das ermöglicht viele wirtschaftliche Standbeine. Mehrere Käsereien sind so entstanden, für die inzwischen größere Verarbeitungsbehälter benötigt werden. Milch, Fleisch und Früchte werden weiterverarbeitet, erweitern das Angebot der Betriebe, generieren Einnahmen und schaffen neue Arbeitsplätze. Die verbesserte Angebotspalette

wirkt positiv auf die Versorgungslage der Bevölkerung und bietet preislich erschwingliche Lebensmittel.

Genau hier wird Cuba sí weiter ansetzen: 2024 investieren wir jeweils 75 000 Euro für die Projekte in Mayabeque und Guantánamo für den Einsatz erneuerbarer Energien (Paneele, Windräder, Tauchpumpen, Biogasanlagen), um die Abhängigkeit von Kraftstoff weiter zu reduzieren, für Arbeitsmittel zur Verarbeitung und Haltbarmachung von Lebensmitteln und für Mühlen zur Futtermittelgewinnung.

Zum Abschluß unserer Reise wurde sehr deutlich, daß die Projekte von Cuba sí zielgerichtet an den entscheidenden Stellen wirken und genau den derzeitigen Bedürfnissen der kubanischen Aktualität entsprechen.

Bei der Aussicht, daß der nächste US-Präsident wieder Donald Trump heißen könnte, wird unsere Solidarität dringender denn je gebraucht. Denn Kuba muß sich wappnen für diesen Fall und viele ökonomische Prozesse für die Sicherung seiner Ernährung anstoßen. Lokale Projekte wie die von Cuba sí sind da jeden Cent wert. Wir freuen uns deshalb über jede Spende!

Empfänger: Die Linke/Cuba sí  
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10  
BIC: BE LA DE BE XXX (Berliner Sparkasse)  
VWZ: Milch für Kubas Kinder/Rotfuchs

Miriam Näther, Koordinatorin AG Cuba sí,  
berlin@cuba-si.org

# Die Philippinen sind auf dem besten Weg, die Ukraine Asiens zu werden

Das Südchinesische Meer ist ein wichtiger geostrategischer Ort, dort kreuzen sich einige der wichtigsten Schifffahrtsrouten der Welt. Das Meer ist bedeutsam für den Fischfang, zudem werden dort Milliarden Kubikmeter an Erdgas und -öl vermutet. Etwa 80 Prozent der Öl-Lieferungen für den Nord-Osten Asiens gehen durch das Südchinesische Meer.

Fünf Anrainerstaaten, China, die Philippinen, Vietnam, Malaysia und Brunei sowie die chinesische Provinz Taiwan haben unterschiedliche Vorstellungen über den Grenzverlauf auf offener See. Ihre Gebietsansprüche überlappen sich teilweise und stützen sich auf unterschiedliche Argumente. Manche Länder wollen mit historischen Karten belegen, daß ein bestimmtes Gebiet ihnen schon immer gehörte, andere stützen sich auf das geltende internationale Seerechtsübereinkommen, nach dem jedem Land 200 Seemeilen (370 km) vor der Küste als exklusive Wirtschaftszone zustehen. Peking beansprucht fast das gesamte Südchinesische Meer für sich und stützt sich dabei auf eine historische „Neun-Strich-Linie“. Ein von den Philippinen angerufenes Schiedsgericht in Den Haag urteilte 2016, daß das Seerechtsübereinkommen, dem auch China beigetreten ist, maßgebend sei und verwarf den historischen Anspruch Chinas im Rahmen der „Neun-Strich-Linie“. Umstrittene Gebiete sind vor allem die Spratley-Inseln, die teilweise von Vietnam, Taiwan, den Philippinen, Malaysia, Brunei und China besetzt sind, und die Paracel-Inseln, die von China, Vietnam und Taiwan beansprucht werden. Das Scarborough Riff wird von China, Taiwan und den Philippinen beansprucht. Zusammen bilden diese drei Zonen ein riesiges Dreieck mitten im Südchinesischen Meer. Es handelt sich dabei aber fast ausnahmslos um unbewohnbares Land, hunderte verstreute Riffe, Atolle und kleine Inseln. Teilweise sind es auch nur Untiefen, die nur bei Ebbe aus dem Wasser ragen. Sie können aber als militärische Stützpunkte und Außenposten genutzt werden. So hat China im letzten Jahrzehnt auf den Spratley-Inseln einige Riffe zu künstlichen Inseln aufgeschüttet, woraufhin die USA demonstrativ Kriegsschiffe in die Region entsandte. Das Scarborough Riff, in dem auch die zweite Thomas-Scholle liegt und um das es in diesem Beitrag geht, liegt etwa 200 km vor der philippinischen Küste. Von dort nach China sind es noch 800 km.

Die zweite Thomas-Scholle, so das Schiedsgericht in Den Haag, sei nach Art. 121 Abs. 3 des SRÜ keine Insel, liege aber in der ausschließlichen Wirtschaftszone der Philippinen. Wem das Objekt gehöre, darüber äußerte sich das Schiedsgericht allerdings nicht. China hat das Urteil nicht anerkannt, das Schiedsgerichts sei inkompetent und parteiisch, ließ Peking verlauten.

## Streit um eine Rostlaube

China und die Philippinen bewegen sich derzeit auf einen bewaffneten Konflikt im Südchinesischen Meer zu, der sich zu einem amerikanisch-chinesischen Stellvertreterkrieg ausweiten könnte. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht dabei das Scarborough-Riff, das zur Zeit von Manila kontrolliert wird. Im Mai 1999 ließen die Philippinen dort ein



USA und Philippinen bei gemeinsamem Seemanöver Oktober 2023

Marineschiff aus dem Zweiten Weltkrieg, die Sierra Madre, auf einer Untiefe unter dem Vorwand „technischer Schwierigkeiten“ auf Grund laufen. In Wirklichkeit aber wollte Manila damit seine territorialen Ansprüche auf das Gebiet stärken. Nach chinesischen Protesten versprachen die Philippinen, das Schiff abzuschleppen, haben das aber nicht gemacht. Statt dessen haben sie das Schiff de facto zu einem militärischen Stützpunkt ausgebaut. Die Rostlaube dient jetzt als Außenposten für eine Handvoll Truppen. Diese müssen vom philippinischen Festland aus regelmäßig versorgt werden, was von chinesischer Seite nicht beanstandet wird. Eine nicht schriftliche Sondervereinbarung aus dem Jahr 2016 zwischen Xi Jinping und dem früheren philippinischen Präsidenten Duterte sollte den Status quo bis zu einer endgültigen Klärung der Streitfrage beibehalten und die Versorgung der Soldaten mit Lebensmitteln sowie den Fischfang in dem Gebiet weiter erlauben. Die Situation spitzt sich jetzt zu, weil das philippinische Militär versucht, nicht nur Lebensmittel, sondern auch Baumaterialien zur Verstärkung der Sierra Madre dorthin zu bringen. Sonst wird das Schiff bald durch Rost zerfallen und das Problem ist gelöst. Manila bestreitet, daß es die Sondervereinbarung gäbe. Für China brechen die Philippinen damit ihr Wort.

Am 30. April setzten Schiffe der chinesischen Küstenwache Wasserkanonen gegen zwei philippinische Schiffe ein, die in der Nähe patrouillierten. Nach philippinischen Angaben verursachte der starke Wasserdruck Schäden an den Schiffen. Allerdings hat China noch keine Waffengewalt eingesetzt. Dieses geschah nur wenige Wochen nach einem anderen Zwischenfall im Scarborough-Riff, bei dem mehrere philippinische Soldaten verletzt wurden.

## Gemeinsame Front gegen China

Nach dem Sieg der USA im Spanisch-Amerikanischen Krieg lösten die USA die Spanier als Kolonialmacht ab. Von 1942 bis 1945 waren die Philippinen von den Japanern besetzt. 1946 wurden sie unabhängig, die USA blieben allerdings ihre engsten Verbündeten und unterhielten dort weiterhin Militärstützpunkte. Über vier Millionen Filipinos leben und arbeiten in den USA. Englisch ist neben dem philippinischen Tagalog allgegenwärtig. Die Mehrheit der Filipinos ist pro-amerikanisch eingestellt.

2016 wurde Rodrigo Duterte Präsident der Philippinen. Duterte, der Obama schon mal einen „Hurensohn“ nannte, wandte sich außenpolitisch von den USA ab und näherte sich China, dem wichtigsten Handelspartner, an. Seit Juni 2022 ist Ferdinand Jr., genannt „Bongbong“, der Sohn des früheren Diktators und amerikanischen Statthalters auf den Philippinen, Präsident. Und seit Bongbong Präsident ist, reihen sich die Philippinen in eine gemeinsame Front gegen China ein. Ein Verteidigungsabkommen aus dem Jahr

2014 (EDCA) zwischen den USA und den Philippinen sicherte den USA Zugang zu fünf Militärbasen. „Bongbong“ erweiterte letztes Jahr das Bündnis um vier weitere Militärbasen. Diese Stützpunkte wurden mit Blick auf eine mögliche Konfrontation mit China ausgewählt, die USA haben jetzt Zugang zu neun Militärbasen und stationieren dort rotationsweise ihre Truppen. Bereits im Jahr 1951 unterzeichneten die Philippinen und die USA einen Vertrag über gegenseitige Verteidigung. Artikel 5 des Abkommens sieht vor, daß sich beide Staaten gegenseitig unterstützen, falls einer von beiden von einem anderen Staat angegriffen würde. Wenn ein Seemann oder ein Soldat getötet wird, würde man sich auf Artikel 5 des Vertrags über gegenseitige Verteidigung berufen und die USA um Unterstützung bitten, droht man aus Manila jetzt den Chinesen. Innerhalb der Marcos-Regierung gibt es nicht wenige Leute, die China weiter provozieren wollen, damit die USA durch den Vertrag in die Kontroverse verwickelt werden. Das Pentagon hat erklärt, es sei bereit, Manila zu unterstützen, wenn es sich angesichts der Bedrohung durch andere Nationen auf den Vertrag beruft. Zur Abschreckung Chinas werden dieses Jahr vermehrt gemeinsame Manöver in der Region abgehalten. Seit November 2023 fahren Schiffe der amerikanischen und der philippinischen Marine gemeinsame Patrouillen. An der diesjährigen Balikatan-Übung, die am 22. April begann und bis zum 10. Mai andauerte, nahmen mehr als 16 000 Soldaten aus den USA, 5000 aus den Philippinen, 150 australische und 100 französische Soldaten teil. Geübt wurde die Rückeroberung einer Insel im äußersten Norden der Philippinen und die Schiffsversenkung in einem simulierten Konflikt um Taiwan. Ein Dutzend Raketen wurden ins Südchinesische Meer abgefeuert, um die Funktionsfähigkeit der US-Raketen zu

testen. Zum ersten Mal fand in diesem Jahr ein Teil der Übungen jenseits der 12-Seemeilen-Grenze der philippinischen Hoheitsgewässer statt. Vierzehn Nationen hatten Beobachter entsandt. „Zufällig“ fiel der Zwischenfall bei der zweiten Thomas-Scholle mit den Kriegsspielen zusammen.

Der US-Kongreß verabschiedete kürzlich ein Auslandshilfepaket in Höhe von 95,3 Mrd. USD, in dem 2 Mrd. USD für Taiwan, die Philippinen und andere regionale Verbündete zum Kauf von US-Waffen und Ausrüstung vorgesehen sind. Hinzu kommt ein EU-Gesetz gegen Zwangsarbeit, das sich vor allem gegen China richtet, sowie ein Lieferkettengesetz, das ebenfalls auf China zielt. US-Außenminister Blinken droht China derweil mit weiteren Sanktionen, weil es, nach Auffassung der USA, Rußland im Krieg gegen die Ukraine unterstützt.

Der wahre Unruheherd im Südchinesischen Meer sind die USA. Neben den Angelsachsen Australien und Neuseeland sowie Nordkorea,

Japan und Taiwan sind jetzt auch die Philippinen wieder ihre Verbündeten in der Region. Sie sind es, welche die Sicherheit im Südchinesischen Meer gefährden. Die dortigen Seewege sind unsicherer geworden, seit die USA, die NATO-Staaten und ihre Verbündeten glauben, durch Manöver und Militärkonvois die Freiheit der Meere garantieren und eine „regelbasierte Ordnung“ durchsetzen zu müssen. Immer wieder kommt es dabei zu gefährlichen Konfrontationen mit der chinesischen Marine, Vorfälle die es nicht gab, bevor die USA ihren „Schwenk nach Asien“ machten. Das steht im Gegensatz zu den Bemühungen der ASEAN-Mitglieder, die das Südchinesische Meer als ein Meer des Friedens, der Freundschaft und der Zusammenarbeit erhalten möchten.

Aber es gibt auch Widerstand. Die meisten Anrainerstaaten und die ASEAN sehen die Entwicklung mit Unbehagen und weigern sich, für eine Seite Partei zu ergreifen. Auf den Philippinen selber haben Anhänger des

ehemaligen Präsidenten Duterte eine Koalition gebildet, die sich gegen die wachsende Allianz des Landes mit den USA richtet. Duterte schwor kürzlich in einem Interview mit der Global Times, daß er, sollte er nochmals Präsident werden, die EDCA-Stützpunkte wieder entfernen würde.

Statt sich den USA anzubiedern, die vom Ort des Geschehens eine halbe Welt entfernt und selber nicht direkt betroffen sind, täten die Philippinen besser daran, sich Verbündete unter den ASEAN-Staaten, deren Mitglied sie ja sind, zu suchen und ihren Konflikt mit China auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Es hat jedoch den Anschein, daß die Philippinen dazu nicht bereit sind und ganz im Sinn der USA eine militärische Auseinandersetzung suchen. Manila sollte sich auch von „Verteidigungs“-Bündnissen mit den USA, Australien, Japan und Nordkorea fernhalten, Bündnisse, die ins Leben gerufen wurden, um einen Krieg mit China vorzubereiten.

KLJ

## „RotFuchs“-Veranstaltungen im Juni

### ■ Regionalgruppe Magdeburg

**Am Dienstag, dem 11. Juni, um 16.30 Uhr** spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Die aktuelle politische Lage Mitte des Jahres 2024**

**Ort:** Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg (erreichbar mit den Straßenbahnlinie 9, Haltestelle Fermersleber Weg)

### ■ Regionalgruppe Rostock

**Am Sonnabend, dem 15. Juni, um 10 Uhr** spricht Harri Grünberg zum Thema: **Gaza-Krieg. Der Nahe Osten brennt. Ursachen des Krieges. Perspektiven für eine Friedenslösung.**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

### ■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

**Am Dienstag, dem 18. Juni, um 18 Uhr** spricht Dr. Alexander King, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, zum Thema: **Was bringt die Politik der CDU und SPD-Koalition den Berliner Bürgern?**

**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

### ■ Regionalgruppe Halle

**Am Am Dienstag, dem 18. Juni, um 15 Uhr** spricht Dieter Bauke zum Thema: **Inflation – Wem nützt sie? Was steckt dahinter?**

**Ort:** Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

### ■ Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau

**Am Donnerstag, dem 20. Juni, um 17 Uhr** Lichtbildervortrag von Peter Müller zur **Druschba-Freundschaftsfahrt 2023 – Eine aktuelle Reise nach und durch Rußland, dem Freundschaftsgedanken verpflichtet**

**Ort:** Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

### ■ Regionalgruppe Cottbus

**Am Sonnabend, dem 22. Juni, um 10 Uhr** Lichtbildervortrag von Peter Müller und Gattin unter dem Titel: **Druschba-Freundschaftsfahrt 2023 – Eine aktuelle Reise nach und durch Rußland, dem Freundschaftsgedanken verpflichtet**

**Ort:** Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

### ■ Regionalgruppe Dresden

**Am Sonnabend, dem 22. Juni, um 10 Uhr** spricht die Landesvorsitzende der BSW Sabine Zimmermann zum Thema: **Erfahrungen aus fünf Monaten BSW – Ziele und Perspektiven der Partei**

**Ort:** „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

### ■ Regionalgruppe Falkensee

**Am Dienstag, dem 25. Juni, um 19 Uhr** spricht der Wirtschaftsfachmann Uwe Trostel zum Thema: **Marktwirtschaft – Planwirtschaft in der modernen Ökonomie**

**Ort:** Begegnungsstätte der Linken, Bahnhofstraße 74, 14612 Falkensee

### ■ Regionalgruppe Potsdam

**Am Dienstag, dem 25. Juni, um 18 Uhr** spricht Sevim Dagdelen, Mitglied des Bundestages (BSW) zu ihrem Buch „**Die NATO. Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis**“

**Ort:** Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

### ■ Regionalgruppe Leipzig

**Am Mittwoch, dem 26. Juni, um 18 Uhr** spricht der letzte Betriebsdirektor des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode, Dr. Wolfgang Beck, zu seinem Buch: **„Alles hat ein Ende, auch die Marktwirtschaft“**

**Ort:** Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

### ■ Regionalgruppe Strausberg

**Am Donnerstag, dem 27. Juni, um 15 Uhr** spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins, Dr. Arnold Schölzel, zum Thema: **Das Parlament der EU, seine Funktion und Möglichkeiten. Bewertung der Wahlergebnisse.**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70, 15344 Strausberg

### ■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

**Am Freitag, dem 28. Juni, um 15 Uhr** spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Welche Rolle spielt das NATO-Großmanöver Steadfast Defender 2024 für die Konflikte in Osteuropa und im Nahen Osten?**

**Ort:** Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

### ■ Regionalgruppe Harz

**Am Freitag, dem 28. Juni um 16 Uhr** spricht Miriam Näther (Cuba Si-Bundeskoordinatorin) zum Thema: **Die Veränderung des Kräfteverhältnisses in Lateinamerika im Kampf um eine multipolare Welt**

**Ort:** Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

### ■ Regionalgruppe Neubrandenburg

**Am Sonnabend, dem 29. Juni, um 10 Uhr** spricht Miriam Näther (Cuba Si-Bundeskoordinatorin) zum Thema: **Kuba heute – Perspektiven und Solidarität**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e.V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

### ■ Regionalgruppe Gera/Altenburg

**Am Sonnabend, dem 29. Juni, um 14 Uhr** spricht Thomas Elstner zum Thema: **Woher kommt die Gefahr? Aus dem Osten oder aus dem Westen?**

**Ort:** Gaststätte Steinweg 1, 07545 Gera

## 6. Juni 1944: „D-Day“

„RotFuchs“ druckt einen Beitrag des Historikers **Prof. Dr. Dietrich Eichholtz** nach, den dieser anlässlich des 70. Jahrestages der Normandie-Offensive der Zeitschrift „Kehrseite“ des Bezirksverbandes der Partei Die Linke Steglitz-Zehlendorf im März 2014 zur Verfügung stellte.

**Hans Schoenefeld**, damals Chefredakteur des Blattes und heute RF-Autor, kommentierte dazu im Editorial:

Zum aktuellen Gesamttenor paßt die Kommentierung des „Spiegel“ zum Gedenken an die „Zweite Front“, die am 6. Juni 1944 mit der Normandie-Invasion eröffnet wurde. Sie hat die Niederlage des „Dritten Reichs“ zweifellos beschleunigt, aber rechtfertigt dies die Behauptung, es „ist das amerikanische Produktionswunder, welches den Sieg über Deutschland schafft ... und nicht der Blutzoll der Roten Armee“? Im Juni 1944 stand die Rote Armee bereits an der polnischen Ostgrenze, die Kapitulation Deutschlands war also nur noch eine Frage der Zeit.

Wesentlich interessanter wäre es, der Frage nachzugehen, ob mit der späten Eröffnung der 2. Front nicht vor allem weitere Geländegewinne der Roten Armee verhindert werden sollten.

Manches spricht dafür, daß die Landung in der Normandie der Prolog zum Kalten Krieg war. Ein kalter Krieg, der, wie der medial gepflegte Russenhaß, nie beendet wurde.

### Invasion und Antihitlerkoalition

Im Frühjahr 1944 war die Rote Armee seit Stalingrad an die tausend Kilometer nach Westen vorgedrungen, hatte fast die gesamte Ukraine, den größten Teil Russlands und die Umklammerung Leningrads freigekämpft. Sie überschritt schon die rumänische und näherte sich der polnischen Grenze und hatte damit bis April ein Gebiet halb so groß wie Deutschland befreit und sämtliche Eroberungspläne der deutschen Faschisten in der UdSSR zerschlagen.

Der deutsche Rückzug war auf der ganzen Linie begleitet von ungeheuren Gräueltaten, von Mord und Zerstörung.

Die Erfolge der westlichen Alliierten in Nordafrika und in Süditalien nahmen sich demgegenüber bescheiden aus, aber auch eine Viertelmillion deutscher und italienischer Gefangener und das Ausscheiden Italiens aus dem Krieg wogen in der Bilanz schwer.

Stalin hatte seit 1941/42 eine massive Entlastung der Roten Armee durch alliierte Landung in Europa gefordert. Er war aber immer wieder enttäuscht und betrogen worden. Präsident Roosevelt, Stalin und Churchill trafen sich schließlich Ende Dezember 1943 in Teheran. Roosevelt war gewillt, „Germany first“, nämlich eine angloamerikanische Großlandung („Overlord“) in Nordwestfrankreich vorzubereiten, mit möglicher Unterstützung von Anlandungen in Südfrankreich.

Die britische Seite trat demgegenüber hartnäckig für einen offensiven Einsatz ihrer Truppen zur Beherrschung des Mittelmeerraumes ein, in der nur schlecht verhohlenen Absicht, den Invasionstermin hinauszuschieben und sich in Südosteuropa und auf dem Balkan eine Vormachtstellung gegenüber der UdSSR zu schaffen.

Stalin durchschaute das britische Manöver: „Wenn ich eine unvorsichtige Frage stellen darf, dann möchte ich gern von den Engländern erfahren, ob sie an die ›Operation Overlord‹ glauben oder nur davon reden, um die Russen zu beruhigen.“ Roosevelt tadelte den Drang der Briten, die Invasion zu verzögern, was ihn erheblicher US-konservativer Kritik aussetzte, weil das Vorhaben die UdSSR bevorzugen sollte.

Stalin war der Meinung, Roosevelt würde Wort halten. „Wenn nicht“, so sagte er nach der Konferenz zu Marschall Shukow, „so

reichen auch unsere eigenen Kräfte, um Hitlerdeutschland zur Strecke zu bringen.“

Am Ende stand das wichtigste Ergebnis der Konferenz fest: Die angloamerikanische Invasion sollte im Laufe des Mai 1944 stattfinden. Stalin sicherte bindend zu, die Rote Armee werde in einer abgestimmten Aktion unmittelbar nach Beginn mehrere große Schläge auch von Osten her führen.

In der westalliierten Politik spielten zu dieser Zeit bereits erhebliche interne, bis heute nicht völlig offen gelegte Verbindungen deutscher, darunter offen faschistischer Kreise eine Rolle, denen vor allem daran lag, sich rechtzeitig auf die Seite des Westens zu schlagen, Staat und Wehrmacht funktionsfähig zu halten und den sowjetischen Gegner von den deutschen Grenzen fernzuhalten. Bei Churchill, der das schnelle Vordringen der Roten Armee seit geraumer Zeit argwöhnisch beobachtete und zunehmend als Vorreiter des Kalten Krieges gegen die „Rote Gefahr“ auftrat, war hieran hohes Interesse vorzusetzen.

Anfang Juni 1944 stand eine ungeheure Streitmacht in Südengland und im Kanal für den Einsatz in Frankreich bereit: 7.000 Schiffe, darunter große Landungsschiffe für Panzer und Mannschaften, Schwimmpanzer, zwei Flugzeugträger, etwa 30 Schlachtschiffe und Kreuzer, Raketenfahrzeuge für den Kampf an Land. Einsatzbereit waren 10 000 Flugzeuge. An Landetruppen waren 37 Divisionen unter Waffen, darunter vier Luftlande- und 33 Panzer- und motorisierte Divisionen. Der Invasionstermin fiel schließlich auf die Nacht und den Morgen des 6. Juni.

In wenigen Monaten des Sommers/Herbstes 1944 schlug die Antihitlerkoalition jene gewaltigen Schlachten, in denen Nazideutschland aus West- und Osteuropa vertrieben wurde. Damit verlor das Deutsche Reich nicht nur den Kernbestand seiner Wehrmacht, viele Dutzende Divisionen, sondern auch die von ihm zusammengeraubten Ressourcen, auf die es bisher gebaut hatte (Erdöl, Eisenerz, Bauxit, Mangan usw.).

### Landung in Nordfrankreich

Mit Hilfe einer gewaltigen Luftüberlegenheit und des konzentrierten Feuers ihrer schweren Schiffsgeschütze eroberten die Angloamerikaner einen Landekopf

auf der Halbinsel Cotentin und einen Küstenstreifen östlich bis zum wichtigen Hafen Caen. Der Ausbruch aus dem Cotentin gelang erst

am 1. August 1944. Die Zerschlagung starker deutscher Kräfte im Kessel von Falaise öffnete Mitte August schließlich den Operationsraum nach Westen in Richtung Paris.

Vier entscheidende Faktoren erleichterten den Alliierten das Vorankommen:

- die rasche Kräftevermehrung zu Lande,
- die Luftüberlegenheit,
- die Unterstützung hunderttausender französischer Widerstandskämpfer,
- die Entlastung durch die abgesprochene sowjetische Großoffensive.

Hitler und die Wehrmachtführung begriffen die Lage in keiner Weise und verlangten, Paris als „Brückenkopf“ zu halten und, im äußersten Fall, sie dem Feind nur vollkommen zerstört zu überlassen, nach dem Beispiel Warschaus. Paris aber war stets ein Zentrum des französischen Widerstands, und die Wehrmacht war von Anfang an nicht mehr Herr über die ganze Stadt. Die Eisenbahner streikten, die organisierte Widerstandsbewegung (Forces françaises de l'intérieur) ging zum Aufstand über (19. August). Am 24. August erreichte die französische 2. Panzerdivision im Verband der alliierten Truppen als erste die Stadt. Der deutsche Wehrmachtbefehlshaber, v. Choltitz, übergab die Stadt am 25. August und ging in französische Gefangenschaft.

### Die Antwort der Roten Armee

Die gewaltige sowjetische Offensive, die, monatelang vorbereitet, am 21. Juni losbrach, entwickelte sich bis September/Oktober 1944 zur größten zusammenhängenden Schlacht des ganzen Krieges. Es handelte sich um fast ein Dutzend große Teiloffensiven, in denen die Rote Armee, die mit 130 Divisionen antrat, die Hauptkräfte des deutschen Heeres zerschlug und bis auf den sogenannten „Kurlandzipfel“ das gesamte, zuvor in deutscher Hand befindliche sowjetische Territorium befreite. Noch im Spätherbst/Winter folgte die Zerschlagung der deutschen und ungarischen Truppen während der Kämpfe in Ungarn, die die Rote Armee schließlich Anfang 1945 bis nach Österreich führte. Die Schlacht begann in Belorußland. Ende Juni wurde die Hauptstadt Minsk genommen – ein bedeutender Sieg, schon ganz in der Nähe der polnischen und litauischen Grenze. Die Deutschen zählten Verluste von über 100 000 Toten und Gefangenen. Die Heeresgruppe Mitte verlor bei ihrem Zusammenbruch bis Anfang Juli über

350 000 Mann, mehr als 1942/43 bei Stalingrad. Zwischen Brest und Kaunas öffnete sich der Roten Armee eine riesige Lücke von 400 Kilometern Breite für ihren Vormarsch nach Westen in Richtung Warschau und Ostpreußen. In Polen fielen die früheren Grenzstädte Brest und Belostok/Bialystok. An der Weichsel erkämpfte die Sowjetarmee erste Brückenköpfe (Magnuszew, Baranów, Sandomierz). Auf polnischem Boden wurden Ende Juli Lublin, Lemberg/Lwów, Stanislaw und Przemyśl befreit. Am 1. August riefen die polnische Exilregierung in London und ihre eingesickerten schwachen Truppen („Heimatarmee“) in Warschau den Aufstand aus, ohne die östlich davon schwer kämpfende Sowjetarmee zu verständigen. Die Deutschen zogen in äußerster Eile Kräfte von mehreren starken Divisionen zusammen, die die Rote Armee von der Stadt abdrängten und in Warschau selbst ein furchtbares Blutbad anrichteten. Erst Mitte September 1944 kam die Rote Armee wieder in Richtung Warschau voran und nahm Praga ein, den ostufrigen Teil der Stadt. Von hier aus leistete sie den Aufständischen militärische und logistische Hilfe. Doch ein Zusammengehen mit den schon untergangsgeweihten „Heimatarmee“-Kräften kam nicht zustande. Am 2. Oktober kapitulierten deren Anführer vor den Deutschen. In das „rücksichtslose und grauenhafte Abenteurer“ des Warschauer Aufstands (Stalin an Churchill) wollte und konnte das Moskauer Hauptquartier nicht eingreifen, ehe nicht die Kräfte für die bevorstehenden Kämpfe auf polnischem und deutschem Boden bereitgestellt waren. Es war anscheinend klar geworden, daß Front und Hinterland hierfür neu aufgebaut und organisiert werden mussten. Das belastete polnisch-russisch/sowjetische Verhältnis, das seit hundert Jahren Osteuropa nicht hat zur Ruhe kommen lassen und 1944/45 als akute Störung innerhalb der Antihitlerkoalition auftrat, läßt sich allerdings nur nachvollziehen, wenn man auf der einen Seite den polnischen aggressiv-antirussisch/antisowjetischen Nationalismus und seine Abhängigkeit von westlich-alliierten Förderung erkennt, auf der anderen Seite den russischen Annexionismus, der sich 1939 auf kurze Zeit sogar mit dem Hitler-Faschismus verband.

### Risse in der Antihitlerkoalition

Die Invasion eröffnete den Menschen die Gewißheit, das Kriegsende binnen Jahresfrist zu erleben, zuerst in Europa, wenig später auch auf dem asiatischen Kriegsschauplatz. Die damaligen Pläne der Antihitlerkoalition für eine Weltorganisation der Vereinten Nationen, die spätere UNO, verhiessen ihnen einen Frieden für Jahrzehnte, anders als der glücklose Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg. Aber alle Pläne und Verheißungen dieser Art erwiesen sich vor der Geschichte als trügerisch. Solange die Waffen sprachen, hielten die drei großen Mächte zwar an ihrem Hauptziel fest: der Beseitigung der Hitlerherrschaft und des faschistischen deutschen Regimes. Sie beendeten 1945 auch den Krieg gegen Japan siegreich. Aber die brüchige Grundlage ihres Zusammenhalts wurde gerade in der Zeit ihrer größten militärischen Triumphe immer sichtbarer. Je näher die Alliierten dem deutschen Kernland und dem Kriegsende kamen, desto stärker divergierten die Auffassungen von den militärischen und politischen Kriegszielen zwischen den Beteiligten in West und Ost. Bis zu Roosevelts Tod im April 1945 zeigte sich Winston Churchill immer offener als starrer Vertreter der europäischen Führungsmacht und als das, was er schon zu Zeiten des Ersten Weltkriegs war: ein konsequenter Feind und Verächter des Kommunismus. Das britische Weltreich mit seinen als militärischen und logistischen Hilfsquellen unverzichtbaren Dominien in aller Welt sollte – nach Londoner Vorstellungen – nach dem Sieg in neuer Stärke erstehen, sein Einfluß in Europa stärker denn je sein. Der sowjetische Vormarsch in Europa alarmierte Churchill nicht erst nach der Katastrophe des Warschauer Aufstands. Er rechnete nicht nur mit dem Mittelmeerraum und der Golfregion als künftig sicherer britischer Herrschaftssphäre, sondern steckte das Ziel seiner „Balkanstrategie“ von Österreich bis ans Schwarze Meer. Den maßgeblichen Einfluß der UdSSR auf Polen, die Tschechoslowakei, Nordeuropa und Finnland lehnte er kategorisch ab und rechnete mit der westalliierten Einnahme von Berlin. Als wichtigstes politisches Ziel taugten Churchills Nachkriegsvorstellungen damals noch nicht. Als offener Vorreiter einer antisowjetischen Strategie und des „Kalten

Krieges“ trat er erst im März 1946 in den USA unter dem Beifall des neuen USA-Präsidenten Harry D. Truman mit seiner berüchtigten Fulton-Rede hervor. Freilich ist sein Kampf gegen die sowjetische Befreiungspolitik in Ost- und Südosteuropa besser zu verstehen, wenn man weiß, daß sich die Faustpfänder dieser Vorstellungen seit Jahren auf britischem Boden bzw. in britischer Abhängigkeit befanden: Die polnische Exilregierung und eine polnische Armee von vielleicht 200 000 Mann, der König von Jugoslawien (Peter II.), der König von Griechenland (Georg II. nebst Kronprinz Paul), der frühere tschechoslowakische Präsident Beneš, samt Beamten und anderer Entourage. Churchill rechnete es noch auf der Potsdamer Konferenz 1945 vor, dass Großbritannien allein die Polen fünfeinhalb Jahre lang mit etwa 120 Millionen Pfund Sterling alimentiert habe (18. Juli 1945). Sie würden meist nach Polen zurückkehren, und dort müsse man ihnen „volle Freiheit und wirtschaftliche Sicherheit“ garantieren. Im Herbst 1944 bemühte sich Churchill selber in Moskau zwei Wochen lang, mit Stalin über einige der brennendsten Fragen dieser Art zu verhandeln. Stalin war derzeit nicht interessiert an Auseinandersetzungen mit den Westalliierten und schien ihm Zugeständnisse zu machen, besonders in Griechenland, in Jugoslawien und Ungarn.

### Die Ostfront im Spätherbst 1944

Die Strategie der sowjetischen Oberkommandos für die letzte Kriegsperiode war, so wenig Genaueres aus den Quellen darüber zu erfahren ist, nicht allzu schwer zu entschlüsseln. Die Rote Armee bereitete nach den verlustreichen, kräftezehrenden Vormärschen des bisherigen Jahres 1944 die ungeheuren Vorhaben bis zum nahen Kriegsende vor. Vordringlich blieb es, die entscheidende Offensive nach Deutschland hinein und den Kampf um Berlin vorzubereiten. Die Gefahr deutschen Eingreifens von Norden war durch die Zernierung der deutschen Heeresgruppe Nord bis Kriegsende im Kessel der lettischen Kurland-Provinz abgewandt. Mit Finnland schloss die UdSSR Frieden. Von Rumänien aus eroberte die Rote Armee ganz Ungarn bis an die österreichische Grenze und schließlich Wien und das Wiener Becken.

## 1. Mai in Israel: Juden und Araber gemeinsam gegen Krieg, Besatzung und Kapitalismus

Hundert Personen, Jüdinnen und Juden, Araberinnen und Araber, versammelten sich am Kampftag der Arbeiterklasse zu den Maiparaden der Kommunistischen Partei Israels (Maki) und des linken Bündnisses Chadasch. Ein Aufmarsch zog von Jaffa nach Tel Aviv, ein anderer von Abu Snan nach Kafr Jasif in Westgaliläa.

Neben den roten Fahnen der Kommunistischen Partei und von Chadasch, Gewerkschaftsfahnen und den Fahnen Palästinas wurden Transparente gegen den mörderischen Krieg Israels in Gaza, die Besetzung der palästinensischen Gebiete, den US-Imperialismus, den

Kapitalismus und für die Rechte der Arbeiterklasse hochgehalten.

Unter den Teilnehmenden des Marsches in Tel Aviv war der Knesset-Abgeordnete von Chadasch, Ofer Cassif. Er richtete u.a. folgende Worte an die versammelte Menge: „Wir marschieren heute, um gegen das verbrecherische Massaker in Gaza, die Besatzung und die ethnische Säuberung im Westjordanland und in Ostjerusalem, gegen soziale Ungerechtigkeit, Klassenausbeutung und Faschismus und für die Freilassung der Geiseln auf der Grundlage des Prinzips ‚Alle für Alle‘, für soziale und nationale Gleichheit,

Demokratie und gerechten Frieden zu protestieren.“

Bereits am Samstag zuvor kam es in Nazareth zu einem Aufmarsch von KP und Chadasch, an dem sich tausende Menschen beteiligten, nachdem die Polizei am Tag zuvor Ausrüstung und Fahnen der Chadasch- und KPI-Zweigstelle in Nazareth beschlagnahmt hatte. Bei der Razzia waren auch zwei Aktivistinnen verhaftet worden, darunter Parteisekretär Mansour Dahamshe.

Quelle: Zeitung der Arbeit, Wien, 3.5.24

# „Sehr schwer, eine Position zu erkennen“

Der „RotFuchs“ führte ein Interview mit dem früheren Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke, **Tobias Bank**

*Sie haben Anfang Januar überraschend Ihren Rücktritt als Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke mit Wirkung vom 1. Februar erklärt. In einem Brief an die Mitglieder schrieben Sie, nicht mehr „Feigenblatt eines vermeintlichen innerparteilichen Meinungspluralismus“ sein zu wollen. Welche Auffassungen kommen aus Ihrer Sicht in der Partei nicht zur Geltung?*

Im Bundesvorstand und in vielen Landesvorständen der Linken dominiert seit einigen Jahren die parteiinterne Strömung „Bewegungslinke“ faktisch alle Entscheidungen. Beide Bundesvorsitzenden werden von dieser Strömung getragen. Von beiden Vorsitzenden war ich als Bundesgeschäftsführer nicht gewollt, setzte mich aber als unabhängiger Kandidat gegen den Vorschlag der Bewegungslinken auf dem Parteitag 2022 durch. Dies vorab zur Einordnung.

Bekanntere Vertreter dieser Strömung versuchen z. B. regelmäßig, unsere friedenspolitischen Positionen zu schleifen. Auch verfolgt diese Strömung das Konzept der Kümmererpartei, mit dem die PDS einst erfolgreich war, nicht mehr. Kommunalpolitik und Themen wie z. B. Landwirtschaft oder ländliche Räume, die Solidarität mit Kuba oder (marxistische) Grundlagenbildung haben für sie sehr wenig Bedeutung und es gibt eine Fokussierung auf Großstädte. Auch das Thema Ostdeutschland wurde sehr lange vernachlässigt. Von Rentenunrecht und Geschichtsbebewusstsein möchte ich gar nicht erst sprechen. Es wird auch nicht mehr gefragt, wie was finanziert wird, auch das war eine Stärke der PDS, sondern es geht um einen Überbietungswettbewerb an Forderungen.

*Ihre Nachfolgerin Katina Schubert hat Ihnen vorgeworfen, Sie hätten keine Analyse der Wahlniederlagen in den vergangenen Jahren in Auftrag gegeben. Was ist dran an dem Vorwurf?*

Dieser Vorwurf zeugt von Unkenntnis oder Kalkül. Als ich das Thema „Analyse der Bundestagswahl 2021“ im Herbst 2022 (Ende Juni 2022 wurde ich gewählt) im geschäftsführenden Parteivorstand, dem auch Katina Schubert damals schon angehörte, ansprach, wurde ich von der Bundesvorsitzenden mit den Worten abgebugelt, daß wir so etwas nicht bräuchten und dazu genug aufgeschrieben wurde. Mit denselben Worten hat sie das Thema auch im Bundesvorstand Anfang 2022 abgebugelt, als die Forderung einer Analyse aufkam. Natürlich habe ich mich damit nicht zufriedengegeben und wollte eine Analyse über eine uns nahestehende Stiftung initiieren. Der zuständige Mitarbeiter, auch ein Vertreter der Politik der Bewegungslinken, wimmelte mich mit genau demselben Wortlaut ab. Eine Analyse der schlechten

Landtagswahlergebnisse von 2023 hatte ich ca. acht Wochen nach der Bayernwahl auf offener Bühne gegenüber der uns nahestehenden Stiftung eingefordert und stieß auf sehr offene Ohren. Dafür gibt es genug Zeugen. Insofern ist an dem Vorwurf nichts dran. Ganz im Gegenteil. Eigentlich müßte man fragen, ob die Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes, also auch Frau Schubert, ihrer Aufgabe und Kontrollfunktion bezüglich einer Analyse nachgekommen sind. Katina Schubert ist ja nun meine Nachfolgerin und kann alles besser machen. Wir dürfen gespannt sein, ob sie Analysen in Auftrag gibt.

*Nach meiner Erinnerung hat der Parteivorstand seit den Wahlen zum EU-Parlament 2019, als erstmals seit Gründung der Partei 2007 nur mit Mühe die Fünf-Prozent-Marke erreicht wurde, so gut wie nichts zu den Ursachen schlechter Wahlergebnisse gesagt. Trifft das zu und wie erklären Sie sich das?*

Meiner Meinung nach trifft das in etwa zu. Es hieß dann immer „Jetzt bloß keine Personaldebatten“ oder „Bitte keine Fehlerdiskussion.“ Ich bin davon überzeugt, daß eine Analyse nicht gewollt ist. Denn sie würde einmal mehr aufzeigen, daß die Politik der Bewegungslinken die gesamte Partei ins politische Aus führt. Nicht umsonst sind wir bei ca. 2,5 % in bundesweiten Umfragen. Das ist übrigens auch in Landesverbänden so, wo die Bewegungslinke das Sagen hat. Vier Beispiele: Schleswig-Holstein: 1,7 Prozent, Niedersachsen: 2,7 Prozent, Baden-Württemberg: 3,6 Prozent, Bayern 1,5 Prozent.

*Nach Ihrem Rücktritt haben verschiedene Gliederungen Ihrer Partei einen Sonderparteitag gefordert. Schließen Sie sich dem an?*

Fakt ist, daß sich die Parteibasis endlich emanzipieren und einen pluralen zusammengesetzten Parteivorstand organisieren muß. Denn die Parteiführung hat sich mittlerweile sehr weit von der Parteibasis entfernt. Der Parteiparat zu großen Teilen noch viel mehr. Der in Sachsen-Anhalt geplante Parteitag im Oktober 2024 könnte für eine Emanzipation zu spät sein. Die für uns wichtigen Landtagswahlen, z. B. in Thüringen und Sachsen, sind dann vorbei und es sind dann nur noch elf Monate bis zur nächsten Bundestagswahl.

*Im Februar wählten die 28 Abgeordneten der Gruppe Die Linke im Bundestag Heidi Reichinek und Sören Pellmann mit knappen Ergebnissen zu ihren Vorsitzenden. In den Medien galten beide nicht als Favoriten der beiden Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan. Hat sich die von Ihnen kritisierte Situation in der Parteiführung durch diese Wahl geändert?*

Nein, überhaupt nicht. Die Mehrheitsverhältnisse in der Gruppe sind einfach andere als im Parteivorstand. In der Gruppe ist die Bewegungslinke zum Glück in der Minderheit. Sonst würde es diese Gruppe gar nicht geben.

*Die Bundesrepublik soll und wird in einer weltweit gefährlichen Situation „kriegstüchtig“ gemacht. Die Forderung nach Waffenstillstand in der Ukraine oder im Nahen Osten wird verunglimpft oder sogar mit Hilfe der Polizei unterdrückt. Wie beurteilen Sie die Positionen Ihrer Partei zu diesen Entwicklungen?*

In den Medien ist eigentlich nichts zu unserer aktuellen Position dazu zu finden. Demos für Frieden oder Waffenstillstand werden durch die Partei so gut wie nicht initiiert und vom Apparat mehrheitlich abgelehnt. In der Friedensbewegung spielen wir fast keine Rolle mehr. Die Linke ist inzwischen so leise geworden und macht sich zu viele Gedanken, was die bürgerliche Presse über sie schreibt oder Hochschulzirkel über sie denken, daß es mir sehr schwerfällt, derzeit dazu überhaupt eine Position zu erkennen.

*Bei der Bundestagswahl 2021 erreichte Die Linke 4,9 Prozent, in den sogenannten Sonntagfragen liegt sie gegenwärtig bei 3 Prozent. Befürchten Sie bei der Wahl zum EU-Parlament am 9. Juni ein Debakel für die Partei?*

Ja, denn wir spielen einfach keine Rolle. Regelmäßige Strohfeder und Schlagzeilen für einen halben Tag seitens der Parteiführung sind nicht nachhaltig. Menschen merken doch, ob Medienhascherei der Antrieb ist, oder ob solide und breit getragene Beschlüsse mit inhaltlichem Futter der Hintergrund sind. Auch die Konzentration auf die beiden Spitzenkandidaten zeigt dies. Anstatt Gerhard Trabert, den sogenannten Arzt der Armen, mehr zu „vermarkten“ oder Ines Schwerdners Kompetenz als Wissenschaftlerin und Journalistin zu nutzen, konzentriert man sich auf die beiden Kandidaten an der Spitze der Liste, die ausdrücklich von der Bewegungslinken unterstützt werden.

*Im Herbst finden in drei ostdeutschen Ländern Landtagswahlen statt? Engagieren Sie sich in Brandenburg?*

Für mich sind jetzt erst einmal die bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen wichtig. Ich habe einen starken und kompetenten Kreisverband, den ich mit meiner Kandidatur für den Kreistag unterstütze. Im Herbst werde ich mich in den Landtagswahlkampf einbringen. Verschiedene Direktkandidaten haben mich um Unterstützung gebeten und diese bekommen sie.

Die Fragen stellte Arnold Schölzel

# Maulkorb oder Meinung? Krieg oder Frieden? Wir brauchen das BSW!

*Im Vorfeld der EU-Wahlen veröffentlicht RF den Standpunkt von **Dr. Alexander King**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Koordinator des BSW-Parteiaufbaus im Land Berlin*

Mai/Juni 2024: Die Europawahl steht an. Der Wahlkampf beginnt. ARD und ZDF senden ihre obligatorischen Diskussionsformate und haben alle gängigen Parteien dazu eingeladen. Bis auf eine: Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) darf seine europapolitischen Positionen nicht mit denen der anderen Parteien messen. ARD und ZDF haben verkündet, daß sie das BSW zu keiner dieser Sendungen einladen werden, daß sie den Zuschauern und Beitragszahlern die BSW-Positionen vorenthalten wollen.

Das BSW protestiert dagegen. Die selbsternannten Demokraten in der Einheitsfront von Linke bis CDU sind hingegen erleichtert. Sie bleiben gerne unter sich und laden sich lieber einen Watschenmann von der AfD hinzu, der es ihnen leichtmacht, sich als die „Guten“ zu präsentieren.

Wesentlich anspruchsvoller wäre die Auseinandersetzung mit Persönlichkeiten wie Sahra Wagenknecht und Fabio Di Masi gewesen. Diese Auseinandersetzung scheuen die etablierten Parteien. Es ist erbärmlich.

Natürlich haben sie dafür Begründungen zur Hand: Das BSW habe ja noch nie an Wahlen teilgenommen. Oder noch hanebüchener: Sahra Wagenknecht sei doch ständig in Talkshows. Das müsse reichen.

Natürlich sind diese Begründungen nicht stichhaltig. Vertreter anderer Parteien sind noch viel häufiger in Talkshows als Sahra Wagenknecht, zum Beispiel Marie-Agnes Strack-Zimmermann oder Kevin Kühnert, und trotzdem würde niemand auf die Idee kommen, SPD und FDP deshalb nicht zu den Wahldebatten einzuladen.

Viel wichtiger aber: ARD und ZDF haben überhaupt nicht das Recht, Einladungen in ihre Europasendungen nach Gusto zu vergeben. Dafür gibt es gesetzliche Vorgaben aus den Staatsverträgen.

Demnach müssen auch Parteien berücksichtigt werden, die noch nicht an Wahlen teilgenommen haben, wenn sie bei der anstehenden Wahl auf einen gewissen Erfolg hoffen dürfen. Das trifft auf das BSW ohne jeden Zweifel zu. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hält derzeit die Hand weit auf und hofft auf noch höhere Rundfunkbeiträge. Doch vor einer Beitragserhöhung muß eine grundlegende Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR) stehen. Das BSW unterstützt die Initiative „Meinungsvielfalt Jetzt!“ und das Manifest von 130 Künstlern und Journalisten für einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland.

Mit einseitiger Berichterstattung und Kommentierung, bis hin zu Diffamierung, trägt

der ÖRR zu einem Klima bei, in dem viele Meinungsäußerungen verächtlich gemacht und an den rechten Rand gestellt werden. Und in dem andererseits die Menschen mit immer neuen widersinnigen Dogmen wie der Gendersprache und abstruser Genderideologie traktiert werden – und wehe, sie ziehen nicht mit!

Laut einer Studie des Allensbach-Instituts glauben nur noch 40 % der Menschen in Deutschland, ihre Meinung frei äußern zu können. Das ist erschreckend. Nur das BSW wehrt sich gegen diese Bevormundung und Einschränkung der Meinungsvielfalt, während z. B. Die Linke längst in das grün-liberale Meinungskartell übergelaufen ist.

Wer während der Corona-Pandemie Kritik an Maßnahmen äußerte oder sich nicht impfen lassen wollte, galt als Schwurbler. Wer den Krieg in der Ukraine durch Friedensverhandlungen statt immer mehr Waffen beenden will, gilt – übrigens auch für Die Linke – als Putin-Freund, wer sich einen Waffenstillstand für Gaza wünscht, gar als Antisemit. Dieser Debatten-Unkultur hat das BSW den Kampf angesagt.

Wer traut sich angesichts dieses Klimas noch, öffentlich für Friedensverhandlungen und gegen Waffenlieferungen an die Ukraine zu argumentieren? Nur Sahra Wagenknecht und das BSW. Wir erinnern uns an den Aufstand für Frieden im Februar 2023, initiiert von Wagenknecht und Alice Schwarzer. Die Kundgebung am Brandenburger Tor war ein Erfolg. Zehntausende nahmen teil. Doch die mediale Hetze gegen Wagenknecht, die Kundgebung und ihre Teilnehmer war beispiellos, leider unter Beteiligung der Linken. Für mich und viele andere war das der Punkt, an dem klar wurde: Diese Linke kann nicht mehr unsere Partei sein.

Wir brauchen eine Stimme der Vernunft – auch in der internationalen Politik. Und diese Stimme ist von jetzt an das BSW. Jeder, der sich eine starke Friedensbewegung in Deutschland wünscht, sollte deshalb BSW wählen.

Mit den Rußland-Sanktionen kamen die wirtschaftlichen Probleme – aber nicht nach Rußland, sondern nach Deutschland: hohe Energiepreise, hohe Erzeugerkosten, Inflation, sinkende Kaufkraft, Verlagerung von Investitionen ins Ausland, Abwanderung von Industriebetrieben, Bedrohung des Mittelstands und, für Berlin besonders relevant, Stillstand im Wohnungsbau.

Dazu kommen gestiegene Zinsen, Fachkräftemangel wegen des schlechten Bildungssystems, fehlende Investitionen in die Infrastruktur wegen der Schuldenbremse und überbordende Bürokratie, die unter den Grünen immer weiter wuchert, jetzt unter dem Label „Nachhaltigkeit“.

Das BSW spricht deshalb auch bewußt den Mittelstand, die kleinen und mittleren Unternehmer an. Sie sind im Parteivorstand und in den bisherigen Landesvorständen vertreten. Wir wollen einen starken Sozialstaat mit einer Arbeitslosenversicherung, die vor Armut schützt und den erarbeiteten Lebensstandard sichert, und ein Rentensystem wie in Österreich.

Was wir nicht wollen, ist ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE), wie es die Linke jetzt fordert. In Kombination mit offenen Grenzen, ebenfalls eine realitätsfremde Forderung der Linken, brächte das BGE unseren Sozialstaat im Nu zum Einsturz. Das hat mit Vernunft und Gerechtigkeit nicht das geringste zu tun.

Das BSW wurde nicht gegründet, um die Weltrevolution auszurufen und das kapitalistische System zu stürzen. Wir haben keine Illusionen hinsichtlich dieses Systems. Wir kennen den unweigerlichen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg. Wir haben unseren Marx gelesen.

Aber das BSW hat eine andere Aufgabe. Im Wahlkampf fragten wir: Abstieg oder Aufbruch? Darum geht es uns: Wir wollen die Alternative zur herrschenden Politik sein. Wir wollen den Menschen, die sich an den Rand gedrängt, um die Zukunftschancen ihrer Kinder gebracht sehen, eine Stimme geben, sie zurück in die politische Arena holen, ihnen den Optimismus zurückbringen, daß sich Dinge zum Guten verändern lassen. Wenn uns das gelingt, haben wir viel erreicht – und können künftig noch viel mehr bewirken.

## Aus Friedrich Schillers Feder

„Jahre der Verwüstung des Raubs, des Elends sind dahingeflohn,

... Gewerbe und Kunstfleiß liegen nieder, der Bürger gilt nichts mehr, der Krieger alles, straflose Frechheit spricht den Sitten Hohn, ...“

So sprach einst Herzog Wallenstein aus Friedrich Schillers Feder.

Am 9. Mai des Jahres '45, dem Todestag des Dichters auch,

da war der Tag des Sieges über all das nun.

Doch heute leider steht das Wort von

Wallenstein

Als alte Wahrheit wieder dafür ein.

E.Rasmus

# Ausladung

Die deutsche Seite lud russische Vertreter von den Gedenkfeierlichkeiten zur Befreiung von Nazi-Konzentrationslagern aus, obwohl russische Kriegsgefangene in den Lagern eine der größten Gruppe der Häftlinge stellten und viele KZ von russischen Soldaten befreit wurden.

## Offizielle Erklärung des russischen Außenministeriums

Jedes Jahr am 11. April wird der Internationale Tag zur Befreiung der Häftlinge der Nazi-Konzentrationslager begangen. Dieses Datum ist nicht zufällig gewählt. An diesem Tag, dem 11. April 1945, begannen die Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald, eines der größten Todeslager, einen bewaffneten Aufstand, der mit Hilfe von Untergrundorganisationen und sowjetischen Kriegsgefangenen sorgfältig geplant wurde. Sie hielten das Lager bis zum Eintreffen der amerikanischen Truppen. Die Nazis hatten keine Zeit, die Beweise für ihre Gräueltaten zu vernichten, und die Welt sah das wahre Gesicht des deutschen Faschismus.

Während des Zweiten Weltkriegs errichteten die Nazis ein riesiges Netz von Konzentrationslagern. Die Zahlen sind erschreckend: Mehr als 20 Millionen Menschen wurden in mehr als 14 000 Konzentrationslagern gefangen gehalten. Millionen von ihnen starben an den Folgen von Folter, medizinischen Experimenten, Hunger, Kälte und erschöpfender Arbeit.

Wir erinnern daran, daß die 65. Armee der Roten Armee von General Batow schon am 19. März 1944 die Häftlinge des Nazi-Todeslagers Osaritschi auf dem Gebiet der Weißrussischen SSR mit 33 480 Menschen, darunter 15 960 Kinder unter 13 Jahren, befreit hat. (...)

Die Rote Armee hat im Juli 1944 auch die Häftlinge von Majdanek bei Lublin in Polen vor dem Tod gerettet. Später befreiten sowjetische Truppen im Januar 1945 die Häftlinge in Auschwitz, im April 1945 in Sachsenhausen und Ravensbrück, im Mai 1945 in Stutthof und in vielen anderen „Todesfabriken“.

(...) Unsere Soldaten haben KZ-Häftlinge unter Einsatz ihres eigenen Lebens befreit. (...) Diese Leistung der Selbstaufopferung versucht man im Westen zu vergessen, sie aus der Geschichte zu „tilgen“, indem sie Denkmäler abreißen, Schulbücher umschreiben und Dokumente vernichten. Jetzt haben sie mit der direkten Verfolgung und politischen Schikane derer begonnen, die die Erinnerung bewahren und nicht verlieren wollen.

In diesem Zusammenhang sind wir auf die Mitteilungen aufmerksam geworden, die die russische Botschaft in Berlin Anfang April dieses Jahres von den Verwaltungen der Gedenkstättenkomplexe auf dem Gelände der ehemaligen NS-Konzentrationslager Buchenwald, Dora-Mittelbau, Sachsenhausen und Ravensbrück erhalten hat. Worum ging es dabei? Man könnte meinen, daß wir zu gemeinsamer historischer Arbeit eingeladen würden oder daß uns angeboten würde, die Abteilungen und Ausstellungen zu renovieren, die über den Beitrag der sowjetischen Truppen bei der Befreiung dieser „Todeslager“ berichten. Aber unserer Botschaft in Berlin wurde übermittelt, daß es nicht erwünscht ist, daß russische Beamte an den Gedenkveranstaltungen anläßlich des 79. Jahrestages der Befreiung der Häftlinge dieser „Todesfabriken“ teilnehmen. Es geht um offizielle Vertreter unseres Landes, die es sich zur Lebensaufgabe gemacht haben,

die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg und den Zweiten Weltkrieg zu bewahren, die ihre eigenen Kräfte investiert, gearbeitet und ihre Pflicht erfüllt haben, indem sie an der Umsetzung ihrer zivilgesellschaftlichen Position zur Bewahrung des historischen Gedächtnisses und der Verteidigung aller Denkmäler in Europa gewidmet haben. In Bulgarien, den baltischen Staaten, in Polen und anderen Städten des „aufgeklärten Europas“ wurden sie abgerissen. (...)

Wir betrachten diesen provokativen Angriff als einen weiteren Schritt der deutschen Seite, der darauf abzielt, die historische Erinnerung an den Verlauf und die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs weiter antirussisch zu politisieren. Es ist die Zerstörung der historischen Erinnerung und der Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg seitens des offiziellen Berlins, das eindeutig hinter dieser Haltung steht und sie befeuert.

Dies erklärt weitgehend die Tatsache, daß die deutsche Regierung immer noch nicht auf die im März dieses Jahres von der russischen Botschaft an das deutsche Außenministerium gerichtete Note reagiert hat, in der gefordert wurde, daß Berlin die vom Dritten Reich während des Großen Vaterländischen Krieges in der UdSSR begangenen Verbrechen offiziell als Völkermord anerkennen solle. (...)

Wir werden nicht nur die Erinnerung an die bewahren, die in den schrecklichen Kerkern der Konzentrationslager starben und überlebten, sondern auch denen Tribut zollen, die sie befreit haben. (...)

Redaktionell gekürzt

Quelle: Anti-Spiegel, 18.4.24

## BUCHTIPP

### ► „Macht-Scharade + Dokumentation + 75 Jahre BRD“

„Am 2. August 1945 verabschiedeten die Siegermächte des II. Weltkrieges UdSSR, USA und Großbritannien mit dem „Potsdamer Abkommen“ ihre Ziele für ein künftiges friedliches neues Deutschland. Sie vereinbarten u. a.: „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen hinsichtlich [...] der Währung und des Bankwesens“ und „der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet“.

Die „Macht-Scharade“ skizziert und dokumentiert den Verrat an diesen Beschlüssen und nennt die politischen Hauptakteure. Bereits 1946 erblickte in den USA der Geheimplan für eine deutsche Spaltung das Licht der Welt. Am 24. Mai 1949 wurde der deutsche Separatstaat BRD gegründet. Altfaschisten kamen in „Amt und Würden“.

Die noch heute zu vernehmende manipulative Lüge, Berlin oder gar Deutschland sei mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 fragmentiert worden, war und ist eine lächerliche Geschichtsklitterung und reine Schutzbehauptung.

Für das Konterkarieren des Potsdamer Abkommens nach 1945 und die deutsche Teilung tragen die damals politisch Verantwortlichen in den USA im engen Bündnis mit ihren westdeutschen Marionetten die alleinige Schuld.

Jürgen Heidig

Zu beziehen über den Buchhandel, Preis: 18,50 € (ISBN 978-3-00-078102-5) oder per Mail an: autor-und-verlag-heidig@gmx.de.

Die Lieferung erfolgt gegen Rechnung.

### Fazit vom Treptower Ehrenmal - zum Tag des Sieges -

Ein ehemals mich behandelnder Arzt  
Fragte mich, ob ich ein Staatsfeind sei.  
Dies fiel mir nicht schwer zu bejah'n.  
Beim Lesen der Nachricht zum 9. Mai,  
Wo Kriegs- und Antirußlandwahn  
Übt staatskonform sich Polizei  
Schier schikanös am Ehrenmal,  
Um Ungeist neu zu spinnen,  
Der mir läßt keine andre Wahl  
Als zu des Staates Lügenbrei  
Erhärten mich mein Sinnen.

E.Rasmus



# Contra Hitler an der Saar

Unter dem gleichnamigen Titel produzierte das DEFA-Studio für Dokumentarfilme in Berlin 1984 eine Dokumentation für das DDR-Fernsehen, die das Thema der Saarabstimmung 1935 und den Kampf um die antifaschistische Einheitsfront zum Inhalt hatte. Der Film unter der Regie von Rolf Schnabel, in dem Zeitzeugen der Ereignisse von 1934/35, wie Julius Schneider und Richard Kirn, sowie politische Protagonisten der damaligen Zeit, wie der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, der DKP-Vorsitzende an der Saar Rolf Priemer und Dr. Luitwin Bies zu Wort kamen, erlebte seine Fernsehpremiere leider nicht wie geplant. Hintergrund war die von Erich Honecker zu diesem Zeitpunkt geplante Reise in die BRD und seine Absicht, auch seiner Heimat, dem Saarland, einen Besuch abzustatten. Darauf werde von Moskau mit großem Mißtrauen reagiert und so wolle man mit dem Film nicht unnötige Unruhe verursachen. Egon Krenz hielt dazu in seine Erinnerungen fest, daß nach Auffassung der Moskauer Führung die Interessen der Sowjetunion nicht identisch seien mit den Aktivitäten der DDR gegenüber der BRD. Und so wanderte unser Film erst einmal in die Archive. Nun haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung Saar und die Peter-Imandt-Gesellschaft zum 90. Jahrestag der Einheitsfrontbewegung im Saarland die Dokumentation zur Wiederaufführung gebracht. Das Publikumsinteresse daran war so groß, daß eine zweite Veranstaltung organisiert werden mußte.

Der Film dokumentierte den komplizierten politischen Kampf der linken Bewegung im Saarland um Herzen und Hirne der Menschen im Kontext mit der Saarabstimmung im Januar 1935, der letztlich nicht den erhofften Erfolg brachte.

Wie im Versailler Vertrag vorgesehen, fand unter Aufsicht des Völkerbunds das Referendum statt, bei dem die saarländische Bevölkerung über die Zugehörigkeit des Gebietes zum Deutschen Reich, zu Frankreich oder die Beibehaltung des Status quo zu entscheiden hatte. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden politischen Mitteln kämpfte die Linke im Saarland gegen die massive und übermächtige Propagandakampagne der Führung der NSDP, die 1933 die rechten Parteien in einer „Deutschen Front“ für das Saargebiet zusammengeschlossen hatte und kurz vor der Saarabstimmung in die „Dritte Deutsche Front“ aufging. Unter der Losung „Deutsch ist die Saar, immerdar!“ warb man mit Kampagnen und Großkundgebungen für die Rückkehr des Saarlandes „heim ins Reich“. Dafür versicherte sie fünf Millionen Briefsendungen, organisierte 1500 Versammlungen sowie 1500 sogenannte kulturelle Veranstaltungen und klebte über 80 000 Plakate. Federführender Finanzier war der Stahlbaron und Waffenindustrielle Hermann Röchling, der nach 1945 zweifach als Kriegsverbrecher verurteilt wurde. Noch 1956 wurde nach ihm ein Stadtteil im saarländischen Völklingen benannt – Hermann-Röchling-Höhe. Erst 2013 beschloß der dortige Stadtrat die Umbenennung des Stadtteils in Röchlinghöhe.

Vom „Deutschen Reich“ aus wurden schon Monate vor der Volksabstimmung massive Anstrengungen unternommen, um das Saargebiet auch per Rundfunkpropaganda zu erreichen. Volksempfänger wurden verteilt, über die immer wieder verkündet wurde, das Saargebiet gehöre zu Deutschland. Selbst die Bischöfe von Trier und Speyer hatten ihren Priestern im katholischen Saarland verboten, sich der Statusquo-Bewegung anzuschließen. Besonders im Jahr 1934 steigerte sich dies zu einer gesamtdeutschen Saarkonjunktur, propagandistisch



gelenkt und geleitet von der „Deutschen Front“, an deren Spitze die Broschüre Hermann Röchlings „Wir halten die Saar!“ stand. Dabei stellten sich fast alle saarländischen Autoren in den Dienst der Deutschen Front, indem sie Gedichte, Lieder, Sprechchöre oder Polit Dramen veröffentlichten.

Der Film zeigte anschaulich, wie es dennoch gelang, eine breite antifaschistische Einheitsfront von unten gegen die faschistische Gefahr zu organisieren und sich gegen den Anschluß an Hitler-Deutschland zu stemmen. Mitte 1934 bündelten Kommunisten, Sozialdemokraten und katholische Hitler-Gegner ihre Kräfte und setzten sich in Demonstrationen, Kundgebungen, mit Flugblättern und Schriften gegen die Demagogie der Nazis ein. Kurz darauf traten ihr auch die kommunistischen Gewerkschaftsverbände bei. Unter der Losung „Haltet die Saar, Genossen!“ entwickelte sich ein breites Bündnis im Abstimmungskampf. Im Juli 1934 entschied sich die KPD, auch veranlaßt vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, zur Bildung einer Einheitsfront mit den Sozialdemokraten zwecks Fortsetzung des Völkerbundsmandats. Zur Unterstützung der politischen Arbeit vor Ort entsandte die KPD-Führung Herbert Wehner ins Saargebiet, der hier auf den Vorsitzenden der Kommunistischen Jugendverbandes, den Saarländer Erich Honecker, traf, der seit 1928 dem Kommunistischen Jugendverband Deutschland/Bezirk Saar angehörte und 1931 an die Spitze des

KJVD im Saargebiet trat. Die antifaschistische Arbeit unter der Jugend trug mit dazu bei, die Aktionseinheit der Linken zu festigen. Über diese Zeit berichtet Erich Honecker ausführlich in seinem biographischen Bericht „Aus meinem Leben.“

Am 4. Juni 1934 wurde vom Völkerbund der 13. Januar 1935 als Tag der Volksabstimmung festgelegt. In den Wochen vor dem Referendum erschienen in Nazi Deutschland wie an der Saar zahlreiche Artikel, Broschüren und Flugblätter, in denen vor der Gefahr des Anschlusses gewarnt wurde. Bertolt Brecht schrieb den Text für das Lied „Haltet die Saar, Genossen!“, das von Hanns Eisler vertont wurde. Gustav Regler veröffentlichte seinen Roman „Im Kreuzfeuer“. Erich Weinert sprach auf rund 150 Wahlkampfveranstaltungen. Prominente Autoren und Schriftsteller, u.a. Klaus Mann, Henri Barbusse, Willi Münzenberg, Alfred Kerr, Willi Bredel, Alfred Kantorowicz, Erwin Piscator und Ernst Toller, stellten sich mit ihren Beiträgen auf die Seite der Einheitsfrontbewegung. In spannenden Reportagen berichteten Theodor Balk und der sowjetische Schriftsteller und Journalist Ilja Ehrenburg über die Ereignisse an der Saar. Die wohl größte antifaschistische Kundgebung, organisiert durch die Einheitsfront aus SPD und KPD, fand im Sommer 1934 in Sulzbach statt.

Es sollte sich aber bald zeigen, daß die Gegner des Anschlusses an Hitler-Deutschland der propagandistischen und finanziellen Unterstützung aus dem Reich letztlich nur wenig entgegensetzen hatten.

Im Stadion am Kieselhumes fand am 6. Januar 1935, wenige Tage vor dem Referendum, die letzte große antifaschistische Kundgebung statt. Am gleichen Tag wie die „Deutsche Front“ veranstaltete auch die „Einheitsfront“ ihre Abschlußkundgebung vor der Abstimmung am 13. Januar. Vor mehr als 60 000 Menschen sprachen saarländische Hitlergegner aus KP, SP und christlichen Oppositionsparteien. Max Braun, SPD-Landesvorsitzender, trug die Idee eines freien Saarstaates unter Kontrolle des Völkerbundes vor. Fritz Pfordt, Vorsitzender der KPD/Saar, warnte mit dem Ruf „NIE ZU HITLER!“ die Bevölkerung vor einem Anschluß an Nazi-Deutschland. Es sprachen auch Johannes Hoffmann vom katholischen Völkerbund und Johanna Kirchner von der AWO.

Am 13. Januar 1935 wurde dann unter der Aufsicht des Völkerbunds gewählt. 90,8 Prozent der Saarländer votierten für den Anschluß an das „Deutsche Reich“, 8,8 Prozent für die Selbständigkeit der Saar und 0,4 Prozent für den Anschluß an Frankreich.

Noch ein Nachsatz zum Film: Nach dem Ende der DDR übergab Rolf Schnabel, wie er schrieb, das einzige existierende Exemplar, an Dr. Luitwin Bies. Heute wissen wir, daß auch eine Kopie im Deutschen Rundfunkarchiv existiert, die auf Anfrage für nichtkommerzielle Zwecke ausgeliehen werden kann.

**Dr. Michael Polster**  
Berlin

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

## Die Brüsseler (1935) und die Berner Konferenz (1939) der KPD

*Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.*

RF

12. April 1979

Im Winter 1935 erhielten Gestapoleitstellen eine Information ihrer Zentrale, in Brüssel habe eine Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands stattgefunden. Die Grenzposten wurden angewiesen, Teilnehmer dieser Konferenz bei ihrer illegalen Rückreise aufzuspüren und zu verhaften. Der ganze Fahndungsapparat der Nazibehörden wurde alarmiert; man konnte jedoch nicht einen einzigen Delegierten festnehmen.

Quelle für die Gestapoinformation war eine Dezemberrummer der „Roten Fahne“, des Zentralorgans der KPD, das unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur seit Frühjahr 1933 illegal erschien. Die „Rote Fahne“ hatte eine Notiz über die Parteikonferenz veröffentlicht und als Tagungsort Brüssel genannt – aus Tarnungsgründen und zur Irreführung der Faschisten. Die Zeitung hatte diese Meldung erst gebracht, nachdem der Parteiführung der KPD Nachrichten vorlagen, daß die Delegierten wieder ihre Heimatorte erreicht hatten. Die Konferenz war nämlich längst beendet; sie hatte vom 3. bis 15. Oktober 1935 getagt – nicht in Brüssel, sondern in der Nähe Moskaus. Die Zusammenkunft war von historischer Bedeutung für den Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen den Hitlerfaschismus, um eine antifaschistische Demokratie und für den Sozialismus in Deutschland. In der Geschichte der KPD zählt diese Konferenz als 13. Parteitag.

Sicher vor den Anschlägen des faschistischen Klassenfeindes hatte also die „Brüsseler“ Konferenz – so wurde sie auch künftig genannt – ihre verantwortungsvolle Arbeit durchführen können. Fast 40 stimmberechtigte Delegierte und einige Gäste nahmen an ihr teil. Zu den Delegierten zählten Mitglieder des Zentralkomitees und des Politbüros der KPD, die von ihren Emigrationsorten aus die illegalen Parteiorganisationen in Deutschland anleiteten; andere Delegierte kamen aus Berlin und Bremen, Frankfurt am Main und Hamburg, dem Rhein-Ruhr-Gebiet, von der Saar und aus Sachsen. Fast alle Parteibeirke der Kommunistischen Partei Deutschlands waren vertreten.

Lange vor der Konferenz brachen die Delegierten auf; den Weg hatten die dafür

zuständigen Parteiorgane vorbereitet. Einer von ihnen, Karl Mewis, erinnerte sich: „Die Reise verlief ohne Zwischenfall. Diesmal fuhr ich als Holländer. Mit einem dänischen Schiff ging es nach Esbjerg und von dort mit der Eisenbahn zunächst bis Kopenhagen; weiter dann über den Öresund nach Stockholm, von dort wieder mit einem Schiff nach Åbo, dem finnischen Hafen, und schließlich mit der Eisenbahn über Helsinki und Wyborg nach Leningrad ... Man fuhr wieder durch Freundsland, nach Moskau.“ So oder ähnlich reisten auch die anderen Delegierten über Prag und Warschau, über Amsterdam und Antwerpen, illegal Grenzen überquerend, gesichert durch die Solidarität der Bruderparteien. Andere Delegierte kamen aus der Emigration in den Niederlanden und Belgien, Luxemburg, Frankreich und der Schweiz, Österreich und der Tschechoslowakei.

Die meisten Genossen waren schon Monate vor der Parteikonferenz in Moskau eingetroffen, weil die Partei sie zu einem noch bedeutenderen Kongreß delegiert hatte, zum VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der ein Vierteljahr vor der Brüsseler Konferenz, im Juli/August 1935, stattgefunden hatte. Schon Mitte Januar 1935 hatte das Politbüro der KPD beschlossen, daß die Parteikonferenz im Anschluß an den VII. Weltkongreß stattfinden solle, um dessen Ergebnisse einbeziehen zu können. Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bedeutete eine Wende in der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung. Ausgehend vom veränderten Kräfteverhältnis in der Welt durch den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion und ausgehend von den ersten Gefahren für Frieden und Demokratie durch die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, entwickelte er die Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung zum Kampf gegen Krieg und Faschismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Der Kongreß orientierte die kommunistischen Parteien und ihre Verbündeten in den kapitalistischen Ländern als nächstes strategisches Ziel auf die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten der Werktätigen gegen die Angriffe des Faschismus, auf

den Sturz faschistischer Diktaturen und die Errichtung antiimperialistischer, demokratischer Verhältnisse. Regierungen der Arbeiterfront oder der Volksfront wurden als mögliche Übergangsformen zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ins Auge gefaßt. Der VII. Weltkongreß der KI begründete damit jene Strategie, die den einzelnen kommunistischen Parteien half, eine ihren Kampfbedingungen entsprechende Politik auszuarbeiten, die in ihren Grundzügen aktuell geblieben ist.

Den deutschen Kommunisten oblag nach dem Weltkongreß die Aufgabe, ihre bisherige Politik zu überprüfen, verallgemeinerte Erfahrungen der Bruderparteien für die eigene Politik auszuwerten und den neuen Weg zum gemeinsamen Kampf aller Antifaschisten gegen die Hitlerdiktatur abzustecken. Diesen Problemen widmete sich Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Konferenz im Hauptreferat, dem Bericht des Politbüros des Zentralkomitees der KPD. Er würdigte die großen Leistungen der Partei, verbunden mit einer kritischen Einschätzung der zurückgelegten Wegstrecke und der notwendigen Neuorientierung der Parteiarbeit. Wilhelm Florin sprach über „Die konkrete Anwendung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“. Weitere führende Funktionäre der KPD äußerten sich in Konferenzbeiträgen zu Fragen der Massenpolitik. Walter Ulbricht sprach über das Thema „Die Arbeit in der ‚Deutschen Arbeitsfront‘ und der Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften“. Anton Ackermann behandelte den „Kampf der Partei um die werktätige Jugend“. Franz Dahlem beschäftigte sich mit dem Thema „Parteiaufbau und Massenarbeit“.

An der Brüsseler Parteikonferenz nahm im Auftrag des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale der Sekretär des Exekutivkomitees und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Palmiro Togliatti, teil. Er würdigte in einem besonderen Beitrag den VII. Weltkongreß und half den deutschen Kommunisten, die Politik zum Sturz der faschistischen Diktatur und für ein neues, antifaschistisches Deutschland

auszuarbeiten. Auch Genosse Dimitri Manuilski aus der Sowjetunion war einige Tage anwesend, mit ihm weitere Mitarbeiter des Exekutivkomitees sowie Vertreter der Kommunistischen Parteien Chinas, Frankreichs und Großbritanniens. Sie sprachen ebenfalls auf der Konferenz.

Die Delegierten berieten über Fragen von großem Gewicht. Warum hatte der Faschismus in Deutschland zur Macht kommen können? Welche Politik mußte entwickelt werden, um die Hitlerdiktatur zu stürzen und den drohenden Krieg zu verhindern? Wie sollte ein neues Deutschland aussehen? Diesen für die Zukunft des deutschen Volkes und für die ganze internationale Arbeiterbewegung so wichtigen Fragen waren nicht nur der Bericht und die Referate gewidmet. Auch die Diskussionsbeiträge beschäftigten sich mit ihnen. Im Referat Wilhelm Piecks und in den Diskussionsbeiträgen anderer Konferenzteilnehmer wurde eine Einheitsfront- und Bündnispolitik der Partei entwickelt, die darauf gerichtet war, alle Teile der Arbeiterklasse, ihre illegalen Organisationen sowie alle anderen Gegner des Hitlerregimes zusammenzuschließen. Diese antifaschistische Volksfront sollte nicht von politischen und weltanschaulichen Grundpositionen ihrer einzelnen Teile abhängig gemacht werden. Nur eines wurde vorausgesetzt: ehrlicher Kampf gegen das Hitlerregime und gegen den drohenden Krieg.

Die Verwirklichung der antifaschistischen Einheit der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront bis hinein in das Bürgertum war jedoch entscheidend davon abhängig, ob es gelingen würde, alle Hitlergegner auf das politische Ziel zu einigen, das mit dem Sturz der Hitlerdiktatur erreicht werden sollte. Deshalb unterbreitete die Brüsseler Konferenz allen demokratischen Kräften in ihrem Manifest „An das werktätige deutsche Volk“ den Vorschlag, ein „neues, freies Deutschland“ zu schaffen, nach dem Sturz des Hitlerregimes eine Regierung der proletarischen Einheitsfront bzw. der antifaschistischen Volksfront zu bilden. In dieser Regierung mußte die Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß besitzen; denn nur so war zu sichern, daß in Deutschland eine demokratische Ordnung entstehen konnte, die entscheidende Maßnahmen gegen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, gegen Faschismus und Militarismus durchsetzte. Nur auf diese Weise waren die neuen gesellschaftlichen Grundlagen einer antifaschistischen Demokratie zu schaffen, in der das Volk selbst seine Zukunft entscheiden sollte.

Damit war ein neuer Ausgangspunkt von historischer Bedeutung gewonnen worden. Mit der Brüsseler Konferenz schloß die Kommunistische Partei Deutschlands nicht nur die Diskussion über die richtige Anwendung der Leninschen Revolutionstheorie auf die Klassenkampfbedingungen in Deutschland im wesentlichen ab. Sie formulierte prinzipiell jene strategischen und taktischen Grundsätze, die mit der Errichtung einer antiimperialistischen, demokratischen Ordnung in einem einheitlichen revolutionären Prozeß dem Übergang zur sozialistischen Gesellschaft den Weg bahnten.

Die Politik der Brüsseler Konferenz gab nicht nur dem antifaschistischen Widerstandskampf der Kommunisten neue Impulse. In der Illegalität in Deutschland, in der Emigration, überall wohin die Kenntnis der Konferenzbeschlüsse drang, belebte sie die Diskussion: Was kommt nach Hitler? Wie soll das neue Deutschland aussehen? Was heißt Arbeiter-Einheitsfront-Regierung? Was heißt Volksfront-Deutschland? Da gab es Auffassungen, daß eine Arbeiter-Einheitsfront-Regierung oder eine Volksfront-Deutschland sofort den Sozialismus zu proklamieren hätten. Und andere wiederum meinten, das Deutschland nach dem „Dritten Reich“ der Nazis müsse eine, wenn auch verbesserte, Neuauflage der Weimarer Republik sein. Klarheit über das Wesen der gesellschaftlichen Ordnung nach dem Sturz des Hitlerregimes, über den Charakter des neuen Deutschlands wurde für den Zusammenschluß aller Hitlergegner von großer Bedeutung.

Es kam für die KPD darauf an, das strategische Ziel der Brüsseler Konferenz genauer zu bestimmen und dabei sowohl die eigenen Erfahrungen als auch die Meinungen von Sozialdemokraten und bürgerlichen Hitlergegnern aus der Diskussion über die demokratische Republik zu berücksichtigen. Einen bedeutenden Beitrag dazu leistete Wilhelm Pieck mit seinen Arbeiten über den Kampf um Demokratie und zu Fragen der Volksfront in Deutschland in den Jahren 1936 bis 1938.

Die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands bereitete Ende 1938 eine neue Parteikonferenz vor, die Antwort auch auf diese wichtige Frage des antifaschistischen Widerstandskampfes geben und neue Initiativen zur Schaffung einer umfassenden Front der verschiedenen Hitlergegner entfalten sollte, zumal sich die Gefahr eines neuen Weltkrieges immer deutlicher abzeichnete. Geschützt durch die Solidarität der Französischen Kommunistischen Partei, fand diese Konferenz – zur Irreführung der Gestapo als „Berner Konferenz“ bezeichnet – vom 30. Januar bis 1. Februar 1939 in der Nähe von Paris statt. Die über 20 Teilnehmer, unter ihnen zehn Mitglieder des Zentralkomitees der KPD, berieten über „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“. Darüber sprach Wilhelm Pieck im Hauptreferat.

Sowohl in diesem Referat als vor allem auch in der Resolution der Konferenz wurde die Frage nach dem neuen Deutschland exakt beantwortet, das strategische Ziel des antifaschistischen Kampfes, formuliert von der Brüsseler Konferenz, genauer präzisiert. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die imperialistische Demokratie der Weimarer Republik die faschistische Diktatur ermöglicht hatte, bestimmte die Berner Konferenz (in der Geschichte der KPD ihrer Bedeutung wegen als 14. Parteitag gezählt) die Charakterzüge der antiimperialistischen Demokratie des neuen Deutschlands, „Das befreite Deutschland“, so hieß es in der Resolution, „das sich stützt auf die Einigkeit und Freiheit seines Volkes und die Kraft seiner Volksarmee, im Bunde mit der Sowjetunion und mit den Völkern Frankreichs, Englands, Amerikas und mit

allen fried- und freiheitliebenden Kräften in der Welt, wird ein starkes und allgemein geachtetes Deutschland sein, das die deutsche Nation wieder zu Ehren in der Welt bringen wird. Ein solches Deutschland allein ist der Ausweg aus dem Chaos, das die Kriegswirtschaft, die Kriegspolitik, die barbarische Diktatur des Hitlerregimes über Deutschland bringen.“

Die neue demokratische Republik wird deshalb, so schlugen die Kommunisten vor,

- den Faschismus mit der Wurzel ausrotten,
- das Monopolkapital enteignen,
- eine Bodenreform durchführen sowie
- eine Armee und Polizei als demokratische Machtorgane des Volkes schaffen und einen demokratischen Staatsapparat aufbauen.

In der neuen demokratischen Republik sollte die einige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, das Schicksal des Landes bestimmen.

Das war ein klarer Kurs auf eine friedliche und demokratische Zukunft. Er erwies seine Richtigkeit nicht nur im Widerstandskampf gegen das faschistische Hitlerregime; er fand seine Verwirklichung in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und in der Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik.

#### Literaturhinweise

*Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Konferenz. Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1957*

*Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands. Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1975*

*Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar bis 1. Februar 1939). Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1974*

## Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden lädt ein

**Thema: „GLOBALE KRIEGE, SOZIAL-RAUB, REPRESSION – EIN NEUER FASCHISMUS?“**

Die Konferenz im Rahmen der Reihe „Das OKV diskutiert“ findet am

**20. Juni von 12 bis ca. 18 Uhr**

im Seminarräum 1, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin statt.

#### Redner:

Dr. Matthias Werner, Prof. Ekkehard Lieberam, Prof. Anton Latzo, Dr. Arnold Schölzel, RA Hans Bauer, Susanne Witt-Stahl, Jürgen Lloyd

# Erinnerung an den Schriftsteller Kurt Barthel

**A**nna Seghers nannte ihn einen „Arbeiterjungen mit einem heißen Herzen und großem Talent“. So würdigte sie den Schriftsteller und Dramaturgen Kurt Barthel, der von 1914 bis 1967 lebte. Sein 110. Geburtstag am 8. Juni soll Anlaß sein, auf sein Leben und Werk zurückzublicken, das von der Zeit des Faschismus und des Aufbaus der Deutschen Demokratischen Republik geprägt ist. Kurt Barthel nannte sich KuBa – damit schloß er mögliche Verwechslungen mit dem etwas älteren Max Barthel aus, der sich 1933 den Faschisten anschloss. KuBas politischer Lebensweg führte in den 20er- und 30er-Jahren zunächst zur Sozialdemokratie. Während des Faschismus emigrierte er in die Tschechoslowakei und in den Weltkriegsjahren nach Großbritannien. 1946 kam KuBa in die Sowjetische Besatzungszone; die spätere Deutsche Demokratische Republik wurde seine Heimat. 1948 wurde KuBa Kulturleiter im VEB Maxhütte in Unterwellenborn. Zur Einweihung einer neuen Wasserleitung dieses Stahlwerks schrieb er das Gedicht „Sagen wird man über unsre Tage“. Darin heißt es: „Und man wird die junge Stadt zu Füßen liegen sehn und wird sagen: Die den Grundstein dazu legten wurden ausgelacht und hungerten, und doch planten sie und bauten und bewegten Trümmersteine.“

In jener Zeit veröffentlichte er auch das „Gedicht vom Menschen“, das den Autor weithin bekannt machte. Die „Geschichte der deutschen Literatur“ nennt es „eines der wichtigsten lyrischen Werke der sozialistischen

Poesie“. Für dieses Gedicht wurde ihm der Nationalpreis der DDR verliehen.

In den Jahren 1957 bis 1967 war KuBa Chef-dramaturg am Volkstheater Rostock. In Verbindung mit der neu geschaffenen Ostseewoche schrieb der Dichter die dramatische Ballade „Klaus Störtebeker“, die 1959 bis 1961 sowie Anfang der 80er in Ralswiek am Großen Jasmunder Bodden vor Hunderttausenden Zuschauern aufgeführt wurde.

Doch KuBa war nicht nur Dichter und im Schriftstellerverband aktiv. Er war Mitglied der SED, zeitweilig sogar im Zentralkomitee, er war Mitglied der Akademie der Künste und Abgeordneter der Volkskammer. Das genügte der BRD-Presse, KuBa als Mensch und Dichter verächtlich zu machen. Die Häme wurde selbst zu seinem Tod am 12. November 1967 nicht geringer. „Der Spiegel“ bezeichnete Kurt Barthel als jemanden, der Verse verfasste und sich für einen Dichter hielt. KuBa habe sich „Zeile um Zeile an die Spitze der Parteiliteraten“ geschrieben und „seiner Partei jeden Wunsch“ erfüllt. Wie anders klingt doch die Würdigung des Vorstandes des Deutschen Schriftstellerverbandes vom 8. Juni 1964. Der 1. Sekretär, Prof. Dr. Hans Koch, schreibt zu KuBas 50. Geburtstag: „Du bist in unserer Republik zum Volksdichter geworden. Deine Gedichte und Stücke sind lebendig, weil sie klar und parteilich sind und kämpferischen Schwung haben ... Wir warten mit Spannung auf Dein nächstes Werk. Möge es gelingen, damit es als Beitrag zu unserer sozialistischen Literatur ebenso ins Volk eingeht wie die besten Deiner früheren

Werke.“ Und Koch erinnert daran, „wie Louis Fünberg, Dein Freund und Lehrer, erzählte, daß Du eines Tages zu ihm gekommen seiest mit Gedichten, kreuz und quer auf Zeitungsranden geschrieben, weil Du kein anderes Papier hattest, aber nicht schweigen konntest im Kampf gegen Faschismus und Barbarei.“

Dass KuBas Werk auch heute wieder eine Würdigung erfährt, ist dem 2021 erschienenen Erinnerungsbuch „Es kommt dein Tag, Genosse Spartakus!“ zu verdanken. Grundlage ist ein Band, der 1985 im Mitteldeutschen Verlag erschienen war. In der erweiterten Neuauflage hat der Neue Impulse Verlag aus Essen zusätzliche Erinnerungen und Würdigungen an den Antifaschisten, Schriftsteller und Dramaturgen hinzugefügt.

Rechtzeitig zum 110. Geburtstag ist das von Raimund Ernst herausgegebene Buch „Krieg kommt nicht aus einer schwarzen Wolke“, in dem zahlreiche kulturpolitische Aufsätze sowie Gedichte und Lieder Kurt Barthels zu finden sind, erschienen. Beim Neuen Impulse Verlag ist zudem ein 90-minütiger Vortrag zu KuBa mit Informationen zu seinem Leben und Werk erhältlich, der ein umfassendes Bild von dem „Arbeiterjungen“ vermittelt, der 1967 bei einem Gastauftritt des Rostocker Volkstheaters in Frankfurt am Main nach einem Herzinfarkt starb.

**Bernd Gerwanski**

Löhne

*Kurt Barthel (KuBa): Krieg kommt nicht aus einer schwarzen Wolke, Paperback, 240 Seiten, 16,80 Euro, Neue Impulse Verlag, Essen*

## Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juni!

### Zum 98. Geburtstag

Eberhard Kunz (Berlin) am 11. Juni

### Zum 97. Geburtstag

Lutz Jahoda (Heidese) am 18. Juni

### Zum 95. Geburtstag

Wilhelm Möller (Leipzig) am 7. Juni

### Zum 94. Geburtstag

Inge Marcinowski (Dassel) am 6. Juni

### Zum 93. Geburtstag

Roger Reinsch (Berlin) am 29. Juni

### Zum 92. Geburtstag

Joachim Spinler (Potsdam) am 10. Juni

Prof. Dr. Werner Roß (Schulzendorf) am 22. Juni

### Zum 91. Geburtstag

Fred Schlicke (Dresden) am 8. Juni

Hasso Wiegmann (Berlin) am 10. Juni

Klaus Kukuk (Berlin) am 13. Juni

### Zum 90. Geburtstag

Wilfried Beyer (Plauen) am 3. Juni

Arno Dunst (Schwerin) am 4. Juni

Lothar Krüger (Nuthetal) am 7. Juni

Adolf Hoffmann (Schwedt) am 14. Juni

Michael Brix (Potsdam) am 17. Juni

Günter Hennig (Berlin) am 22. Juni

Hans Zoschke (Magdeburg) am 25. Juni

### Zum 85. Geburtstag

Christian Baumeister (Cottbus) am 8. Juni

Dr. Werner Lisowski (Schöneiche) am 8. Juni

Edgar Braun (Berlin) am 9. Juni

Helmar Kolbe (Berlin) am 16. Juni

Rolf Dreier (Berlin) am 22. Juni

Rolf Möller (Strasburg) am 22. Juni

Jürgen Prüter (Wismar) am 23. Juni

### Zum 80. Geburtstag

Hans-Jürgen Scholz (Halberstadt) am 16. Juni

Walter Zasworka (Sömmerda) am 29. Juni

### Zum 75. Geburtstag

Hans-Jürgen Löffler (Strausberg) am 21. Juni

Hans-Georg Feesche (Hettstedt) am 23. Juni

Helmut Ische (Göttingen) am 28. Juni

Unsere besten Wünsche gehen an unsere Berliner

## Heide Waßmuth

zum 80. Geburtstag am 25. Juni und an

## Norbert Mochan

zum 75. Geburtstag am 3. Juni.

Heide und Nobert gehören langjährig zum Versandkollektiv und gewährleisten mit ihrer Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit Monat für Monat den pünktlichen Versand des „RotFuchs“. Wir gratulieren herzlich und bedanken uns bei Euch für Euer Engagement.

**Redaktion und Vorstand**

Der Vorsitzende der Regionalgruppe Königs Wusterhausen

## Ralf Kubitz

begeht am 1. Juni seinen 80. Geburtstag. Lieber Ralf, wir gratulieren Dir herzlich und bedanken uns für Dein ständiges Bemühen, allen interessierten Linken der Region Bildungsveranstaltungen anzubieten. Beste Grüße, weiterhin Erfolg und Gesundheit.

**Redaktion und Vorstand**

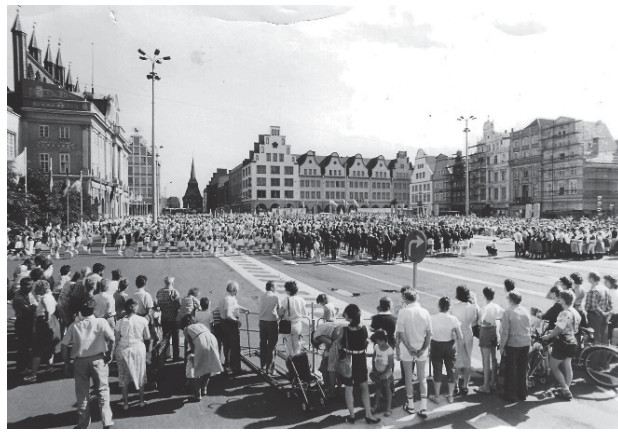
**WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.**

# Ein Festival setzte Maßstäbe

**Harry Machals (95),** unser „RotFuchs“-Urgestein, hält in seinen „Lebenserinnerungen“ ein großartiges Stück internationalistischer Kulturgeschichte der DDR fest.

Als Direktor des „Veranstaltungsdienstes Rostock“ hatte er maßgeblichen Anteil am immer wiederkehrenden Erfolg der „Rostocker Sommerfesttage“.

Rostock war während der „Ostseewochen“ und Pressefesten der „Ostseezeitung“ für viele Jahre das Mekka von Bläserensembles und renommierten Jugend-Orchestern im Ostseeraum mit sinfonischer Ausrichtung. Zu den traditionellen „Rostocker Sommerfesttagen“ – einer Woche der Musik, Literatur und Künste – gehörte von 1982 bis 1990 der „Internationale Musikantentreff Ostsee“. Aus bescheidenen Anfängen wurde durch schöpferische Arbeit des „Veranstaltungsdienstes Rostock“ ein angesehenes internationales Festival von jugendlichen Bläserensembles und Orchestern aus zahlreichen europäischen Ländern. Dieses Festival war z.Z. des Kalten Krieges im Ostseeraum das einzige Musikfestival dieser Art, einer Größe und bisher einmaligen Gestaltung, das Jugendorchester aus beiden Weltsystemen – nicht nur des Ostseeraumes – zusammenführte und dadurch auch einen hohen bildungspolitischen Wert hatte. Mit großem Engagement förderten der Rat der Stadt, der Komponistenverband der DDR und das Zentralhaus für Kulturarbeit der DDR das jährlich stattfindende Treffen in Rostock.



**Traditionelle musikalisch gestaltete Friedensmanifestation aller Jugendblasorchester, Folklore- und Tanzensembles und Chöre zu den „Rostocker Sommerfesttagen“**

Das internationale einmalige Festival junger Blasmusiker wurde in der Regel mit „We shall overcome“ und Schostakowitschs „Für den Frieden der Welt“ eröffnet. Sehr oft zeigten auch Tanz-Folkloreensemble und hübsche Marionettengruppen ihr Können, bevor ein „Friedensbekenntnis“ durch Sprecher aus jedem Ensemble in der jeweiligen Landessprache als Voraussetzung für das Stattfinden solcher Treffen im Ostseeraum erfolgte. Ein Höhepunkt für die vielen Rostocker, Urlauber und Touristen war auch die Mitwirkung z.B. des Kreuzchores Dresden oder des Rundfunkjugendchores Wernigerode. Typisch für die hohe internationale Wertschätzung des „Musikantentreffs Ostsee“ ist die Meinung von Herrn Nico Neyens, der das Festival in Neerpelt, Belgien, mit Rostock verglich und sagte: „Das ist hier einmalig, ich kenne alle Festivals in Europa. So wie in Rostock über eine ganze Woche unter guten Bedingungen gibt es das nirgends. Der internationale Charakter mit 12 bis 15 Orchestern aus den Ostseeanliegerstaaten sowie aus Österreich, Ungarn und Bulgarien war von Freundschaft, dem gegenseitigen Lernen, dem Austausch von Notenmaterialien, Werkstattgesprächen und großartigen, eindrucksvollen Gemeinschaftskonzerten hervorragend geprägt.“

Es ging aber nicht nur um flotte Musik auf Straßen und Plätzen. Unter den Augen einer qualifizierten international besetzten Fachgruppe stellten sich die Klangkörper, zu Hause bestens vorbereitet, den kritischen Urteilen und freundschaftlichen Hinweisen der Fachleute, die aus Schweden, Ungarn, Belgien, Ungarn, Österreich, CSSR und der DDR kamen.

In diesen Wertungskonzerten, die einem Wettbewerb gleichkamen, ging es neben der öffentlichen Wirkung auch um die Trophäe des Rates der Stadt, den „Silbernen Greif für das beste Orchester“. Die Struktur des Festivals stellte sich schon sehr früh als die seinem Zweck entsprechend günstige heraus, die folgende Elemente ausmachte:

- Gestaltung von konzertanten Veranstaltungen auf Straßen und Plätzen mit teils sehr großer Publikumsresonanz,
- Wertungskonzerte mit Vorspiel von Pflichttiteln / Wettbewerb „Konzerte in geschlossenen Räumen vor der internationalen Jury,
- das musikalisch gestaltete „Friedensbekenntnis“ auf dem Ernst-Thälmann-Platz,
- Abendkonzerte (Das Nocturne „Am Brunnen der Lebensfreude“ mit Glockenspiel am „Fünfgiebelhaus“,
- thematisch gestaltete Workshops zu speziellen Problemen der kompositorischen Arbeit für sinfonische Jugendblasorchester, Gemeinschaftskonzerte unter dem Leuchtturm mit großem Défilé auf der Strandpromenade,
- Freundschaftstreffen aller Orchester und Disco-Abende,
- der traditionelle Empfang des Oberbürgermeisters für die Leiter im Barock- oder Festsaal des Rathauses,
- die Abschlusveranstaltungen mit der Übergabe des „Silbernen Greif“- Preises der Stadt Rostock, Freundschafts- und Erinnerungsgeschenken Rostocker Betriebe an die Gastorchester.

Der internationale Charakter des Festivals wurde über alle Jahre hinweg durch ausgewählte, hochqualifizierte Klangkörper aus folgenden Ländern bestimmt, die teils mehrfach teilnahmen: Polen, UdSSR, Ungarn, CSSR, Bulgarien, Niederlande, Belgien, Finnland, Norwegen, Island, Schweden, Dänemark, Frankreich, DDR. Auch die statistischen Daten sind beachtlich: Von 1982 bis 1990 nahmen 114 Orchester mit 6165 Musikern aus den genannten 14 europäischen Ländern teil, die ca. 400 Konzerte unterschiedlicher Art in Rostock und umliegenden Bäderorten gaben.

Eine Bewertung dieses Festivals in seiner einzigartigen inhaltlichen, musikalisch-künstlerischen und glänzend organisatorischen Art kann durchaus zu den kulturpolitischen und stadtgeschichtlichen großen Ereignissen Rostocks in der DDR-Zeit gezählt werden. Unverständnis und finanzielles Unvermögen sowie subjektiv bedingtes Desinteresse beim Landesmusikrat und dem Bläserverband M/V führten nach der sogenannten Wende 2003 nach 20 Jahren zur sang- und klanglosen ersatzlosen Abschaffung dieses so erfolgreichen Festivals.

## BUCHTIPP

### ► Tanjuscha

„Tanjuscha“ ist die Geschichte der Begegnung zweier junger Menschen, die sich beide der Literatur verschrieben haben. Während Tatjana als Tochter eines hochrangigen Funktionärs der ukrainischen Nomenklatura mit dem berühmten „goldenen Löffel“ im Mund geboren worden ist, stammt der DDR-Bürger Maximilian Gernlebe aus sogenannten einfachen Verhältnissen. So unterschiedlich beider familiärer Hintergrund ist, so unterschiedlich gestaltet sich ihr Weg zum Schriftsteller. Tatjana kann ihr

Lebensziel ohne Umwege erreichen und zählt, als sie Maximilian begegnet, als Sekretärin des ukrainischen Schriftstellerverbandes bereits zu den anerkannten Lyrikern der Sowjetunion. Maximilian dagegen kann sich seinen Traum vom literarischen Schreiben erst nach langjährigem Dienst als Armeemoffizier erfüllen. Als Maximilian im Winter 1971/72 am Ende eines Lehrgangs auf der Kiewer Militärakademie Tatjana kennenlernt, entwickelt sich zwischen beiden eine auf ihren gemeinsamen literarischen Interessen basierende

freundschaftliche Beziehung, die sie auch nach seiner Rückkehr in die DDR durch intensiven Briefwechsel weiterhin pflegen ...

Der Roman beruht im Kern auf eigenen Erlebnissen des Autors.

Karl-Heinz Otto: „Tanjuscha“ Edition Märkische Reisebilder, 474 S., 25 €.

Bestellung direkt beim Autor: Tel.: (0331) 2 70 17 87 oder E-Mail: dr.carlotto@t-online.de



## LESERBRIEFE

### Das „Russische Wunder“ 2.0

„Das Russische Wunder“ ist eine geschichtliche Dokumentation von Andrew und Annelie Thorndike, die 1953 in der DDR in die Kinos kam. Nicht mehr viele Zeitgenossen wissen heute noch um die Geschichte der Entstehung der Sowjetunion vor 102 Jahren. Die Gründung erfolgte 1922 als Ergebnis des glorreichen Sieges der Bolschewiki praktisch gegen den Rest der Welt. Dazu gehörte von Japan bis den USA alles, was sich heute „der Westen“ nennt. Damals wie heute besonders aktiv – Großbritannien. Wagten es doch die Bolschewiki, die kapitalistischen Großkonzerne (vor allem englische und deutsche) z. B. in Baku einfach zu enteignen. Öl war schon zu dieser Zeit äußerst lukrativ. Und diese „Phantom Schmerzen“ der Engländer sind auch heute noch der eigentliche Grund für ihren Haß auf Rußland. Und so geht es ihnen Seite an Seite mit den USA jetzt darum, Rußland zu „dekolonisieren“, wie George Friedman in seiner Rede vor dem „Strat-for council“ 2015 in Chicago zugab.

Mit ihrem Stellvertreterkrieg in der Ukraine fällt der komplette Westen erneut über Rußland her. In heuchlerischer wie demagogischer Art und Weise werden humanistische Gründe vorgeschoben, die leider von vielen Bürgern auch noch geglaubt werden. Eine vollkommen regierungshörige Presse tut ihr übriges zu dieser von Russenhaß zerfressenen irrealen und explosiven Politik.

Damals schaffte es die im Entstehen begriffene junge Sowjetunion, die zeitweilig auf ein Fünftel ihres Territoriums zurückgedrängt war, große Teile vor allem der Bauernschaft gegen die Invasoren aus dem Westen zu mobilisieren und die „Weißen“ zu besiegen. Nach vier Jahren waren die westlichen Invasoren wie geprügelte Hunde aus dem Land vertrieben. Mit einer gewaltigen Anstrengung wurde im Zuge der Mobilisierung des Volkes, das buchstäblich nichts mehr zu verlieren hatte, die Rote Armee geschaffen, die trotz der überwältigenden Bewaffnung der Invasoren letztlich erfolgreich war.

Nebenbei sei bemerkt, daß diese Invasion 1918 bereits die zweite war. Kein geringerer als Napoleon unternahm anfangs des 19. Jahrhunderts schon einmal den Versuch, dieses Riesenreich zu unterwerfen. Also wiederum etwa 100 Jahre zuvor. Heute beweist ein weiterer „kleiner“ Franzose, der offensichtlich im Geschichtsunterricht geschlafen hat, daß

Geschichte für ihn lediglich in Märchenbüchern stattfindet.

Die Gegenwart beweist, daß sich an den Begehrlichkeiten in der kapitalistischen Welt nichts geändert hat. Dazu kommt eine gehörige Portion Ignoranz, die dazu zwingt, den Leuten immer noch zu erzählen, daß die Ukraine erfolgreich sein kann oder muß. Es ist abenteuerlich und äußerst gefährlich, wie geschichtsvergessen die derzeitige „Laien-Politiker-Riege“ agiert und in beängstigender Weise unser aller Zukunft gefährdet. Die westliche Welt scheint vollkommen wahnsinnig geworden zu sein, wie Sahra Wagenknecht richtigerweise bemerkte.

Volker Büst, Kalbe/M

### Der Feind steht im eigenen Land

Die Regierenden und die sie tragenden Mitglieder des Bundestages treiben das Land in die kriegerische Feindschaft gegen Rußland und China. Die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte sind bereit, die imaginäre Feindschaft zur Grundlage und als Kriterium ihrer Entscheidungen zu machen, und tun dies bereits.

Das Schulsystem ist in Selbstdemontage begriffen, erkennbar absichtsvoll geschieht dies, denn so kann man junge Menschen leichter in beliebige politisch gewollte Richtungen drängen. Gesetze mit sozialen Zusicherungen werden nicht verwirklicht (Stichwort: Kindergartenplätze). Die Rentner werden um die Früchte ihrer Lebensleistungen gebracht und bangen um einen sicheren Lebensabend.

Die Menschen schauen hilflos zu und lassen sich vom Mainstream der Medien für einen Popanz auf die Straße locken, ohne die eigenen Interessen überhaupt zu erkennen. Opposition oder gar Revolution sind nicht in Sicht. Die leise Hoffnung auf ein Aufkeimen einer Bewegung (BSW) dahin bleibt verhalten. Die schlimmste: Krieg wird möglich, die Herrschenden beginnen ihn ungefragt und setzen darauf, daß das Volk mitmacht.

Liegt der Plan Barbarossa 2.0 schon im kriegstüchtig werdenden Deutschland bereit? Ist die NATO seit Abzug (!) aller russischen Truppen aus Osteuropa inzwischen so nahe an Rußland herangerückt, wie es Hitler-Deutschland einst vor dessen großen „Rußlandfeldzug“ schaffte? So wie damals wurde die Gefahr in kürzester Zeit riesig groß. Es handelte sich seinerzeit aber nicht um die russische Gefahr. Die Gefahr kam aus dem versammelten Westen, vor der sich einst die Sowjetunion gleich nach ihrer Gründung gegen die internationalen Interventionen, dann gegen das faschistische Deutschland und dann im Kalten Krieg wehren mußte.

Wieder geht es gegen Rußland. Tagtäglich werden regierungsseitig und mainstream-medial falsche Tatsachen behauptet, um aufzurüsten und profaschistische sowie US-gelenkte Regime zu finanzieren, wie das in der Ukraine und in Israel geschieht. Wer „über den Zaun“ in diese Länder schaut und sieht, wie mit Wehrdienstverweigerern in der Ukraine umgegangen wird und auch ohne westliche Kritik umgegangen werden kann, hat einen Vorgesmack darauf, wie Kriegstüchtigkeit konkret

erlebt werden wird. Einen Unterschied gibt es zu Barbarossa 1.0: Damals gab es noch eine Zukunft für die Menschheit nach dem inszenierten großen II. Weltkrieg. Heute würde mindestens Europa unbewohnbar und es ist nicht anzunehmen, daß die USA wie in bisheriger Geschichte das Kriegsgeschehen gänzlich von ihrem Territorium fernhalten können. Die Völker in Europa und Nordamerika müssen begreifen: Der Feind steht im eigenen Land.

Renato Lorenz, Berlin

### Erde mit Krieg und Sanktionen nicht zu retten

Nach Israels Beschuß auf das iranische Konsulat mit mindestens zwölf Toten, darunter zwei iranische Generäle, war vorauszusehen, daß sich der Krieg im Nahen Osten ausweitete. So ist der iranische Gegenangriff auf Israel keine Überraschung. Israels moderne Luftabwehr war darauf vorbereitet und konnte fast alle Raketen abfangen. Jetzt denkt Israels Präsident über weitere Gegenschläge nach, statt über Deeskalation. Damit wird ein Flächenbrand riskiert. Der Iran wird Vergeltung üben, sicher nicht nur für den Angriff auf seine Botschaft. Das Vorgehen der israelischen Armee, die im vergangenen halben Jahr ihre Angriffe auf syrisches Staatsgebiet verstärkt hat, um dort iranische Militärangehörige gezielt zu töten, die, um nur ein weiteres Beispiel zu nennen, in Aleppo über fünfzig Menschen tötete, darunter iranische Armeeangehörige, Zivilisten und Mitglieder der Hisbollah, wird nicht ungestraft bleiben, mit unsicherem Ausgang für alle Beteiligten. Wo Tod mit noch mehr Töten gerechtfertigt wird, mit Waffenlieferungen und Geld aus der EU und den USA, wird das Recht auf Leben begraben. Doch Chinas Präsident sagte beim Treffen mit Olaf Scholz: „Gemeinsam könnten wir der Erde mehr Stabilität und Sicherheit einhauchen“! Da frage ich, wann begreift der Westen, daß die Erde mit Waffen, Krieg und Sanktionen nicht zu retten ist?

Ernst Jäger, Panketal

### Rüstungsstopp fordern!

Ihr Artikel im Märzheft 2024 „Von der Doppelmoral deutscher Klimapolitik“ veranlaßt mich, auf eine Petition des „Ohne-Rüstung-Leben e.V.“ zu genau diesem Thema aufmerksam zu machen, für die bis zum 1.9.2024 Unterschriften gesammelt werden.

Während Deutschland über Heizungen diskutiert, ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Bundeswehr von 2019 bis 2021 um 18 % gestiegen. Mit der beschlossenen Aufrüstung wird er noch weiter ansteigen.

Die vom Militär und den bewaffneten Konflikten in der Welt verursachten Emissionen werden aus den UN-Protokollen und den Berichten des Weltklimarates bewußt herausgenommen.

Fordern wir das Stoppen der milliarden-schweren Aufrüstung, die dem Klima massiv schadet!

Reinhard Pohle, Pößneck

## Wo bleibt die Friedensdiplomatie?

Diese ist im Westen völlig vergessen oder unbekannt. Mit Bewilligung der 61 Mrd. US-Dollar für die Ukraine wird der Krieg verlängert – für wie lange? Todesopfer im Militär- und Zivilbereich sowie eine Unzahl von Verletzten und Zerstörungen sind dabei einkalkuliert.

Bei der derzeitigen Auseinandersetzung spielen die Begriffe „agieren“ und „reagieren“ eine große Rolle. Der Westen sieht es so: Rußland wird Aggressivität vorgeworfen, d.h. Rußland agiert und der Westen (incl. NATO) reagiert mit Rüstung und Truppenverlegungen, z.B. ins Baltikum, weil er das aus seiner Sicht als notwendig erachtet. Kann es nicht auch umgekehrt sein? Die NATO hat mit ihrer Osterweiterung agiert und Rußland reagiert auf diese Bedrohung durch den Westen (siehe z.B. das Raketenschutzschild in Polen wegen der angeblichen Bedrohung durch den Iran)? Wegen eines möglichen Gesichtsverlustes ist die NATO/der Westen natürlich nicht bereit zuzugeben, daß man maßlos überzogen hat. Für mich bedeutet Diplomatie, daß man miteinander redet und der Gegenseite zuhört, wer welche Bedenken hat. Ist der Ausgang der Kubakrise schon vergessen, wo man sich zuhörte und aufeinander zuing? Das große Problem ist, daß der Westen die für Rußland notwendige Defensivhaltung als Aggressivität auslegt und dabei meint, nur er sieht alles richtig und alternativlos. Wer hat den USA und damit auch dem Westen das Recht gegeben zu meinen, daß nur sie alles richtig machen und die anderen grundsätzlich falsch liegen? Das ist den anderen gegenüber eine nicht gerechtfertigte Anmaßung. Aber die geostrategischen Interessen der USA sollten bekannt sein, und nur darum geht ihnen, sie wollen Weltherrschaft, die natürlichen Ressourcen Rußlands selbst ausbeuten können und nehmen sich das Recht (das ihnen niemand verliehen hat), keinen Ebenbürtigen (Rußland, China, Indien) neben sich zu dulden. Anlässlich seines 300. Geburtstages sei Kant mit seinem Wahlspruch zur Aufklärung erwähnt (und hier habe ich besonders die Bundesregierung im Blick): „Sapere aude!“ – „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ Es ist dringend notwendig, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen, zu reden und einander zuzuhören. Nur bei solcher Toleranz sind Kompromisse möglich. Es geht nicht nur um Menschenleben in den derzeitigen Kriegsgebieten, sondern um das Überleben der gesamten Menschheit! Nochmals Kant: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude!“ Heute wie damals hochaktuell!

**Wolfgang Mengel, Stralsund**

## Chinas Lektion

Noch sind neoliberale Marktwirtschaftler unbeeindruckt, werden aber zunehmend unruhig, denn Marktwirtschaft hat Gewinner und Verlierer. Das sind westliche Wertewirtschaftler nicht gewohnt. China erteilt ihnen gerade eine Lehre nach der anderen. Der Kanzler, der kürzlich dort war, redet plötzlich von „fairem Wettbewerb“. Wie fair ist der Westen denn China gegenüber stets begegnet? Wer hat liebend gern den Handel mit China gesucht, zum eigenen und nicht chinesischem Vorteil? Und wer redet nun von unfairen Subventionen, als kenne der Westen nichts davon, von Sanktionen etc. ganz zu schweigen. Beinahe lustig, wie sich deutsche Politiker aufspielen. Selbst Wirtschaftsvertreter hören sich dagegen ziemlich nüchtern und weniger hysterisch an. Wenn sich ein deutscher Kanzler auf der Bühne von einem chinesischen Gesprächspartner an Spielregeln der Märkte erinnern lassen muß, ist das einfach peinlich. Vielleicht hat Scholz die „Zeitenwende“ leichtfertig verkündet, ohne zu ahnen, wie die aussehen wird. Wer wird sich durchsetzen gegen China? Jene, die jetzt nach Wirtschaftskrieg schreien, mit Perspektive eines großen Krieges? Kapital – Krise – Krieg ist nicht anders angelegt und erbringt heute den Beweis.

**Roland Winkler, Aue**

## Gift für Skripal?

Die primitive Inszenierung des Vergiftungsdramas „Skripal und Tochter“ vor sechs Jahren in Salisbury ist fast schon vergessen. Ich will aber wieder daran erinnern, denn nachdem sich der Nebel verzogen hat, erfahren wir, was wirklich los war. Ob organisiert oder improvisiert, die Geheimdienst-Operation „Nowitschok“ zeigt, daß der MI6 und seine 00-Agenten auch nicht mehr das sind, um mit den Russen Schritt zu halten. Nachdem der Ex-Agent des russischen und vier westlicher Geheimdienste am 4. März 2018, sicher von Putin mit Nowitschok (das klingt so schön russisch), „angetötet“ wurde, erreichte die russophobe Hysterie wieder einmal Rekordhöhen, was an Mc Luhan, einem Medienwissenschaftler des letzten Jahrhunderts, erinnert, der meinte: „Empörung statet selbst Idioten noch mit Würde aus.“ Welchen Blödsinn wir glauben sollten, ist unerhört. Nowitschok A 234 ist ein Nervengift und tötet die Zielpersonen binnen Minuten. Wirksame Gegenmittel soll es nicht geben. Skripal und Tochter aber überlebten! Auch Kontakt-Personen sollen sterben, aber die Ersthelferinnen, angeblich Alison McCourt (oberste Krankenschwester der britischen Armee) und ein Notarzt, sind heute noch gesund und munter. Woher das Gift kam, ist bis heute unklar. Es könnte die Türklinke infrage kommen, aber warum man dann das Dach der Skripals abriß, bleibt mysteriös. Schwierig zu erklären ist ein Foto durch eine Verkehrskamera von Skripal 40 Minuten nach der Vergiftung und das Einsetzen der „tödlichen“ Wirkung erst nach zwei Stunden. Zur Aufklärung dieses „Giftrangriffes“ auf die NATO wurden die Russen nicht zugelassen. Auch von den Analysen des Probenmaterials

im Schweizer Armeelabor erfuhren die Russen nur „auf Umwegen“: Nowitschok A 234 in tödlicher Konzentration und Spuren von BZ, einem NATO-Kampfstoff. Der soll zur Qualitätskontrolle der Schweizer zugemischt worden sein. Ein letzter Versuch, die Russen zu diskriminieren, waren Aufnahmen von Agenten in Nähe des Unterschlupfes des Ex-Agenten und Tötung einer Zivilistin, die eine Parfüm-Flasche fand und nutzte, in der Nowitschok gewesen sein soll. Dann wurde es still, denn die Provokation hatte ihre Schuldigkeit getan – eine neue Sanktionsrunde gegen Rußland wurde eingeleitet. Kürzlich fand ich in der „Lancet“, einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift, die Auflösung des Puzzles: Die Skripals hatten sich beim Muschel-Essen mit dem Neurotoxin Saxitoxin mit typischen Symptomen (Erbrechen, Übelkeit, Bewußtlosigkeit und Muskelkrämpfen) vergiftet, was schon der Notarzt diagnostiziert hatte.

In der gleichen Zeitschrift war zu lesen, daß auch Nawalny, so wie die Skripals, nicht vorsätzlich, sondern versehentlich vergiftet wurde, und das nicht von Putin.

**Dr. Gerd Machalett, Siedenbollentin**

## Klage gescheitert

Mit Erscheinen des Dossiers „Blackbox Doping-, Opfer-Hilfe – Wie Politik und Öffentlichkeit mit fragwürdigen Zahlen getäuscht werden“ ist die Vorsitzende bei der Doping-Opferhilfe, Ines Geipel, umgehend zurückgetreten.

Dieses Dossier hatte zur Folge, daß die menschenverachtende „DDR-Zwangsdopingkampagne“ in sich zusammengebrochen und Frau Geipel auf dem Müllhaufen der Dopinggeschichte gelandet ist.

Ein wesentlicher Inhalt dieses Papiers ist der Trittbrettfahrervorwurf im Rahmen der Doping-Opferhilfegesetze. Dieser Vorgang liegt seit Januar 2019 dem Sportausschuß im Deutschen Bundestag auf dem Tisch. Doch dieser glänzt durch Schweigen.

Besagtes Material fürchten Staat und Medien wie der Teufel das Weihwasser, denn alle Vorwürfe zum Thema Trittbrettfahrer, zur Vita von Frau Ines Geipel sind mit Fakten belegt. Bis heute hat niemand dagegen geklagt. Leider ist dieses Dokument im Internet für die Allgemeinheit nicht mehr zugänglich. Ich habe es jedoch im „webarchive“ noch gefunden, das man downloaden kann.

([https://web.archive.org/web/20190626120021/http://www.dopingalarm.de/files/dossier\\_politik\\_der\\_dopingopfer.pdf](https://web.archive.org/web/20190626120021/http://www.dopingalarm.de/files/dossier_politik_der_dopingopfer.pdf))

Über diese Möglichkeit kann sich jeder selber ein Bild darüber machen, wie die verleumderische „DDR-Zwangsdoping-Hetzkampagne“ orchestriert wurde.

Das neunseitige Erwidierungsschreiben des Rechtsanwalts Eisenberg an das Kammergericht Berlin, der Henner Misersky in der Klage Geipel gegen Misersky vertrat, endet mit den Worten: „Damit wäre Geipel als Betrügerin überführt.“

Die erfolgreiche DDR-Sportgeschichte darf nicht den Leuten aus dem „Geipel-Dunstkreis“ überlassen werden. Dieses Dossier ist eine wichtige Hilfe.

**Johann Weber, Ruhstorf, Niederbayern**



## „RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF  
als Printausgabe  
genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30  
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung  
per E-Mail:

[vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)



Wir gratulieren zum Internationalen Kindertag. Graphik: Konrad Golz

### IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

#### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

#### Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

#### Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0157 - 524 461 43  
E-Mail: [rotfuchskessel@t-online.de](mailto:rotfuchskessel@t-online.de)

#### Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk

**Internet:** [www.rotfuchs.net](http://www.rotfuchs.net)

**Redaktionsschluß für die übernächste  
Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900  
ISSN (Online) 2628-7897

#### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Martin Baraki  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Dr. h.c. Gerhard Giese  
Georges Hallermayer  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Dr. Ralf Hohmann  
Lutz Jahoda  
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke  
Dr. Hans-Jürgen Joseph  
Dr. Kurt Laser †  
Prof. Dr. Anton Latzo  
Dr. Holger Michael  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)  
Hans Schoenefeld  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

#### Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes  
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

#### Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30  
[vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)

#### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73  
[WDockhorn@t-online.de](mailto:WDockhorn@t-online.de)

#### Finanzen:

Gabriele Parakeninks  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Mail: [parakeninks@rotfuchs.net](mailto:parakeninks@rotfuchs.net)  
Tel. 0151/68 51 51 56

#### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.